

Preussische Allgemeine

Nr. 25 · 24. Juni 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

„Es geht immer um Interessen“

Ein Gespräch mit **Klaus von Dohnanyi** zur weltpolitischen Lage in Zeiten globaler Krisen und Umbrüche **Seite 3**



Epochengestalt

Zum 100. Todestag Walther Rathenau **Seite 10**



Krypto-Währungen

Die große Ernüchterung über Bitcoin & Co. **Seite 12**

FOTOS: IMAGOSIEN SIMON, BPK, SHUTTERSTOCK

AUFGEFALLEN

Kiew in der Beitrittsfalle?

Die Ukraine soll offizieller Beitrittskandidat der Europäischen Union werden. So zumindest wollen es EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die meisten Regierungen der Unions-Mitglieder.

Wer in den erlauchten Club eintreten will, muss bekanntlich etliche harte Kriterien erfüllen. Schon wird darüber gesprochen, ob und wann Kiew diese erfüllen könnte. Da ist viel von wirtschaftlicher Rückständigkeit die Rede sowie von Korruption und mangelnder Rechtsstaatlichkeit, aber auch von der Gewissheit, dass dies mit der richtigen Perspektive zu bewältigen sei.

Über einen Punkt schweigen die Beitrittsbefürworter allerdings. Das ist die Maßgabe der EU, sich niemals offene Grenzkonflikte ins Haus zu holen. Mag die Union in Sachen Staatsschulden auch großzügig sein, nicht zuletzt, weil jede Regierung ausgabenpolitisch gern mal über die Stränge schlägt, so blieb sie in Sachen Grenzkonflikte stets hartnäckig. So mussten die Balten vor ihrem Beitritt ihre Konflikte mit den Russen klären und die Kroaten ihre Probleme mit Serben und Bosniern.

Für die Ukraine bedeutet dies, dass ein EU-Beitritt erst in Frage kommt, wenn a) der russische Angriff gestoppt ist und b) das Land danach keine offenen Grenzfragen mehr hat. Da es unwahrscheinlich ist, dass die Ukraine die Krim und den Donbass im laufenden Krieg zurückerobert wird, kann es sein, dass sie sich schon bald entscheiden muss zwischen dem Ziel, Mitglied der EU zu werden – und der Aufrechterhaltung des Anspruchs auf die von Russland besetzten Gebiete. *neh*

GELDWERT

Die EZB hat vor der Inflation kapituliert

„Engagement ohne Grenzen“: Die uferlose Gelddruckerei soll trotz der bereits galoppierenden Entwertung des Euro fortgesetzt, ja sogar verstärkt werden

VON HANS HECKEL

Es war ausgerechnet das deutsche Direktoriumsmitglied Isabel Schnabel, das die faktische Kapitulation der Europäischen Zentralbank (EZB) vor der anrollenden Inflation verkündete. Das klassische Mittel der Inflationsbekämpfung ist die Anhebung des Leitzinses durch die Notenbank. Damit werden Kredite teurer, was Konsum und Investitionen verteuert, während Sparen wieder attraktiver wird. Beides zieht Geld aus dem Markt und mindert so die Nachfrage, was den Spielraum für Preisanhebungen eindämmt.

Nachdem die Inflation auf acht Prozent gestiegen war, reagierte die EZB lediglich am 8. Juni mit der Ankündigung, den Leitzinssatz im Juli um mickrige 0,25 Prozent anzuheben, womit sich der Satz immer noch im Bereich der Nulllinie bewegen würde. Dieser Tappenschritt reichte aus, dass an den Anleihemärkten sofort Unruhe ausbrach. Offenbar traut man der Zahlungsfähigkeit von Ländern wie Italien oder Griechenland so wenig, dass diese Staaten schlagartig mehr Zinsen für neue Schulden zahlen mussten.

Die beiden Länder wurden über Jahre mit frisch „gedruckten“ Milliarden von der EZB mit Geld versorgt. Dadurch rutschten sie immer tiefer in den Schuldenumpf, weshalb jetzt schon die kleinste Zinsanhebung die Gefahr eines Staats-

bankrotts am Horizont erscheinen lässt. Wie Drogenabhängige benötigen die Euro-Länder im Süden immer mehr Notenbankgeld, um nicht abzustürzen.

Schnabel versprach nur sechs Tage nach der Zinsankündigung der EZB, dass man den Südstaaten mit neuem Notenbankgeld aushelfen werde. „Dieses Engagement kennt keine Grenzen“, so die EZB-Direktorin. Das heißt, dass die Notenbank endlos Inflationsgeld produzieren wird, um ein Abdriften der Länder in eine neue Schuldenkrise zu verhindern.

Fehlkonstruktion von Anfang an

Dort wird das Geld unter anderem für soziale Wohltaten ausgegeben. In Italien sind die Renten höher als in Deutschland, obwohl die Lebensarbeitszeit deutlich kürzer ausfällt. Damit gelangt das frische Notenbankgeld dann in den Umlauf, wo es die Nachfrage anhebt und damit die Preise treibt, was im „Zeitrundeneffekt“ der Erfahrung zufolge zu höheren Lohn- und Rentenforderungen führt, damit die höheren Preise bezahlbar bleiben – eine klassische Inflationsspirale.

Dass Schnabel unverdrossen vom Ziel der „Preisstabilität“ redet, an dem die EZB angeblich festhalte, darf als Propaganda verbucht werden. In Wahrheit betreibt die Notenbank das genaue Gegenteil. Selbst der französische Wirtschaftsexperte François Lenglet, dessen Land ebenfalls in der Schuldenfalle sitzt, konstatiert,

die EZB habe die Kontrolle verloren. Der Kontrollverlust ist die Quittung für die bodenlose Gelddruckerei, mit der seit der Finanzkrise alle Fehlentwicklungen finanziell verkleistert wurden, statt die Probleme wirklich anzugehen oder einfach zuzugeben, dass der Euro von Anfang an eine Fehlkonstruktion war, die abgewickelt gehört.

Denn Deutschland beispielsweise könnte die Leitzinsen vor dem Hintergrund seiner vergleichsweise moderaten Verschuldung durchaus anheben. Nur ein Land wie Italien eben nicht, da ihm selbst winzige Zinsanhebungen, wie Mitte Juni gesehen, bereits massiv zusetzen und sein gesamtes Schuldenkonstrukt in Richtung Kollaps treiben. Für Deutschland und die deutschen Sparer gilt nun: mitgefangen, mitgegangen.

Der triumphale Aufstieg der Linkspopulisten bei den französischen Parlamentswahlen am Sonntag wird den Abstieg weiter beschleunigen, da schuldenfinanzierte soziale Wohltaten zum Kernbestand linkspopulistischer Politik gehört. Vor zehn Jahren sagte der damalige EZB-Chef und heutige italienische Ministerpräsident Mario Draghi, der Euro werde verteidigt, „was immer es auch kostet“. Was es kostet, wird sich bald schmerzhaft zeigen: Ersparnisse, Wohlstand sowie wirtschaftliche und politische Stabilität – und am Ende gar vielleicht die Existenz der Europäischen Union selbst.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wo bleibt eigentlich das „Gelb“ in der Ampel? Eine Spurensuche **Seite 7**

Kultur

Vor 200 Jahren starb E. T. A. Hoffmann – über ein Königsberger Universalgenie **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Der Neubau des Hauptbahnhofs in Allenstein schreitet planmäßig voran **Seite 13**

Lebensstil

Auf den Spuren des in der Sturmflut von 1362 untergegangenen Rungholt **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Korruption Es besteht die Gefahr, dass die vom Westen der Ukraine gelieferten Waffen spätestens nach dem Ende des Krieges von Terroristen oder gewöhnlichen Kriminellen im Westen eingesetzt werden

An Kiew gelieferte Waffen im Darknet angeboten

Der israelische Cybersicherheitsdienstleister KELA berichtet von regem Handel im Netz – Ist bald Krieg auf unseren Straßen?

VON WOLFGANG KAUFMANN

Kriegswaffen können in die Hände von Terroristen oder Schwerekriminellen gelangen. Das zeigen nicht zuletzt die Erfahrungen aus den Konflikten auf dem Balkan sowie im Irak, Syrien und Afghanistan. Und nun sind auch die ersten Angebote im Darknet, also dem nicht so leicht zugänglichen „dunklen“ Teil des Internets, aufgetaucht, die sich auf Kriegsgerät beziehen, das der Westen derzeit in die Ukraine liefert. Die diesbezüglichen Hinweise stammen von dem israelischen Cybersicherheitsdienstleister KELA und wurden im Laufe dieses Monats durch verschiedene Medien aufgegriffen.

Laut den Recherchen von KELA bieten mehrere „Märkte“ innerhalb des Darknet Waffen feil, die aus ukrainischen Beständen stammen sollen. Einer davon ist „Thief“, auf dem es neun Angebote von drei potentiellen Verkäufern gibt. Der erste nennt sich „Weapons Ukraine“ und hat Gewehre, Handgranaten sowie kugelsichere Westen auf seiner Liste bei einer Preisspanne von 1100 bis 3600 US-Dollar. Wie „Weapons Ukraine“ mitteilt, kam es bereits zu 32 Geschäftsabschlüssen. Der zweite Anbieter namens „Big Discounts on Weapons“, der angeblich direkt in Kiew sitzt, verspricht die Lieferung von US-amerikanischen Panzerabwehrwaffen vom Typ FGM-148 Javelin zum Stückpreis von 30.000 Dollar. Und die Produktpalette des dritten Anbieters „Black Market Guns“ umfasst unter anderem schwedische NLAW-Panzerabwehrraketen für je 15.000 Dollar und US-amerikanische Kamikaze-Drohnen vom Typ AeroVironment Switchblade (Sprungmesser) für 7000 Dollar.

Pentagon sieht eine Kampagne

Drei Erklärungen scheinen möglich. Zum Ersten könnte es sich um Einzelfälle handeln, um Waffen, die von kriminellen Mi-

litärs oder anderen Einzelpersonen abgezweigt wurden, bevor sie an die Front gelangten. Zum Zweiten könnten systematische Waffenschiebereien im größeren Ausmaß stattfinden, an denen etliche hochrangige Offiziere und Zollbeamte beteiligt sind. Immerhin müssen die „Lieferungen“ ja irgendwie aus der Ukraine herausgelangen. Es ist zum Dritten aber auch denkbar, dass hier Betrüger am Werk sind, die gar nichts anzubieten haben, oder aber eine vom russischen Geheimdienst initiierte Desinformationskampagne dahintersteckt, deren Ziel darin besteht, den Westen von weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine abzu-

halten. Letzteres behauptete naheliegenderweise der Pentagon-Sprecher Eric Pahon im Interview mit „Fox Business“.

Waffen gehen einfach „verloren“

Allerdings meinen die KELA-Mitarbeiter, dass die Angebote tatsächlich von Anbietern in der Ukraine erstellt wurden. Darüber hinaus ist das osteuropäische Land schon seit 2014 für das massenhafte Verschwinden von Kriegswaffen bekannt. So gingen während der Kämpfe gegen die prorussischen Separatisten in den Verwaltungsbezirken Donezk und Lugansk innerhalb von nur zwei Jahren 300.000 Handfeuerwaffen „verloren“,

von denen lediglich 4000 wieder auftauchten.

Daher ertönen nun etliche besorgte Stimmen. „Da sind wirklich beachtliche Risiken mit diesen Waffenlieferungen in die Ukraine verbunden“, stellte Nils Duquet, der Direktor des Flemish Peace Institute, gegenüber dem Fernsehsender France24 fest.

„Wie in Lateinamerika“

Und auch der Generalsekretär der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) und die Vorsitzende des Europäischen Polizeiamtes (Europol), Jürgen Stock und Catherine De Bolle,

zeigten sich alarmiert, wobei die beiden fürchten, dass wir das Schlimmste noch vor uns haben, wenn denn dann irgendwann die Kampfhandlungen beendet sind. Stock sagte, erst wenn an der Front Ruhe herrsche, würden die Kriegswaffen als illegale Waffen auf den Schwarzmarkt gelangen. „Das kennen wir von vielen anderen Konfliktschauplätzen.“ De Bolle wiederum verglich das dann zu erwartende Niveau der Gewalt in Europa mit dem in jenen lateinamerikanischen Staaten, die momentan als absolute Hochburgen der Kriminalität gelten.

Wenn die von KELA entdeckten Angebote authentisch sind, könnte der Krieg auf unseren Straßen aber auch schon in näherer Zukunft beginnen. Aber egal, wann es losgeht, für die Sicherheitskräfte ergeben sich auf jeden Fall ganz neue Herausforderungen. Schließlich hätten selbst die professionell trainierten und ausgerüsteten Sondereinsatzkommandos der Polizei kaum eine Chance auf dem „Gefechtsfeld“, wenn sie plötzlich auf entschlossene Personen mit Panzerabwehrwaffen und Kamikaze-Drohnen treffen. Dann könnten sich die Einsatzfahrzeuge der Elitepolizisten binnen Sekunden in Schrotthaufen verwandeln, während eventuelle Überlebende hilflos zusehen müssten, wie Attentäter ein Blutbad anrichten oder Mafiosi ihren kriminellen „Geschäften“ nachgehen.

Polizeigewerkschaft warnt

Und es sollte sich niemand der Illusion hingeben, dass die Anforderungen beim Umgang mit hochtechnologischen Kriegswaffen die Fähigkeiten von Kriminellen oder Terroristen übersteigen. Wie der bayerische Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Jürgen Köhnlein, unlängst enthüllte, weilen „Extremisten jeglicher Couleur“ bereits seit Monaten in der Ukraine, um sich mit Javelin, NLAW und Switchblade vertraut zu machen.



Abschuss einer Javelin-Rakete (Symbolbild): US-Marines im Einsatz in Afghanistan

Foto: imago/StockTeckImages

CORRUPTION PERCEPTIONS INDEX

Nur Russland gilt in Europa als noch korrupter

Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International für das vergangene Jahr liegt die Ukraine auf Platz 122

Dafür, dass Kriegswaffen, die in die Ukraine geliefert wurden, nun an Kriminelle und Terroristen weiterverschachert werden, spricht nicht zuletzt die mit dem Beginn des Ukrainekriegs schlagartig in Vergessenheit geratene Tatsache, dass die Ukraine nach Russland als das zweitkorrupteste Land Europas gilt. Im Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index, CPI) von Transparency International für das vergangene Jahr liegt die Ukraine auf Platz 122 und Russland auf Platz 136 und damit auf dem Niveau zentralasiatischer und afrikanischer Kleptokratien.

Deshalb kam der Europäische Rechnungshof (EuRH) in Luxemburg auch zu einem vernichtenden Urteil, als er vergangenen September seinen Sonderbericht 23/2021 über die „Bekämpfung der Großkorruption in der Ukraine“ vorlegte. Das Thema sei für die EU, welche die Ukraine seit 2014 mit über zwölf Milliarden Euro unterstützt habe, von zentraler Bedeutung, denn die Korruption stelle ein

„Haupthindernis für die Entwicklung des Landes“ dar und „läuft den Werten der EU zuwider“. Doch gebe es nach wie vor keinerlei sichtbare Fortschritte, was auch an der EU selbst liege: „Der EU sind diese Verbindungen zwischen Oligarchen, hochrangigen Beamten, Politikern, der Justiz und staatseigenen Unternehmen seit Langem bekannt.“ Trotzdem habe sie „keine echte Strategie zur Bekämpfung von Korruption auf höchster Ebene“ entwickelt. So würden beispielsweise „illegale Kapitalströme, einschließlich Geldwäsche, nur am Rande thematisiert“. Des Weiteren bemängelten die obersten Rechnungsprüfer der EU, dass die Europäische Kommission bei ihrer Bewertung der Zustände in der Ukraine „oft zu großzügig gewesen“ sei.

Auch drei Jahre nach der Übernahme der Präsidentschaft sind Wolodymyr Selenskyjs Versprechen im Hinblick auf die Bekämpfung der Korruption weitgehend unerfüllt. Nach wie vor existieren 3500 meist notorisch ineffiziente Staatsbetriebe, die von den Verantwortlichen

als Selbstbedienungsladen genutzt werden. Ebenso unterblieb eine systematische Überprüfung der 900.000 Staatsdiener, was deren Vermögen und Nebeneinkünfte betrifft. Im Verlauf derselben würde man sicher auf zahlreiche Schwarze Schafe treffen, wie der Fall eines Richters nahelegt. Der Jurist besaß acht Häuser und zwölf Autos. Zudem fanden die Ermittler bei ihm mehrere hunderttausend US-Dollar in bar. Dabei war das offizielle Einkommen des Mannes eher bescheiden. Aber es ist in der Ukraine nach wie vor üblich, dass derjenige in einem Prozess obsiegt, der das höchste Bestechungsgeld zahlt. Nach Schätzungen von Oleksi Chmara von der Transparency-International-Außenstelle in Kiew sind etwa 80 bis 90 Prozent der ukrainischen Richter korrupt und müssten deshalb ausgetauscht werden.

Neben Richtern und Staatsanwälten gelten Polizisten und Zollbeamte als besonders anfällig für Bestechung. Vor allem die Zöllner verdienen in der Regel nicht

„Dutzende Milliarden Euro gehen jedes Jahr infolge von Korruption verloren. Der EU sind diese Verbindungen zwischen Oligarchen, hochrangigen Beamten, Politikern, der Justiz und staatseigenen Unternehmen seit Langem bekannt. Doch die Kommission ist bei ihrer Bewertung oft zu großzügig“

Europäischer Rechnungshof

sonderlich gut. Umso größer ist für sie die Versuchung, bei Schmuggel und Deklarationsschwindel wegzusehen und dafür die Hand aufzuhalten. Das trifft vor allem für die Beamten im Hafen von Odessa zu, in dem mafiose Strukturen vorherrschen.

Besonders korrupt soll es auch bei den Streitkräften zugehen. Ukrainischen Oppositionspolitikern und Transparency International zufolge wurden vor dem Krieg in manchen Jahren Geldsummen veruntreut, die ein Fünftel bis ein Drittel des Verteidigungshaushaltes ausmachten. So zum Beispiel durch die Vergabe von unsinnigen Aufträgen an ukrainische Rüstungsunternehmen, die sich dafür entsprechend bei den Entscheidungsträgern erkenntlich zeigten. Desgleichen kursieren Berichte über größere Mengen abgezweigter Treibstoffe oder den Diebstahl von Lebensmitteln zur Verpflegung der Truppe. Und es besteht der dringende Verdacht, dass auch schon vor dem Ukrainekrieg Waffen in dunklen Kanälen verschwunden sind. W.K.

„Mehr Selbstbewusstsein ist gefragt“

Über nationale Interessen in einer globalen Welt, die unterschiedlichen Ausgangslagen von Europäern und US-Amerikanern sowie die Notwendigkeit, trotz aller Unterstützung für die Ukraine zu einem Verhandlungsfrieden mit Russland zu kommen

IM GESPRÄCH MIT
KLAUS VON DOHNANYI

Der Russland-Ukraine-Krieg, vor dem er gewarnt hatte und der seiner Meinung nach zu verhindern gewesen wäre, bereitet ihm schlaflose Nächte. Als ernsthafte Chance zur Beendigung des Krieges verweist er unter anderem auf eine international garantierte Neutralitätslösung für die Ukraine. In seinem neuen Buch „Nationale Interessen“ erläutert der „Elder Statesman“ grundsätzliche Überlegungen zur Orientierung für deutsche und europäische Politik im Zeitalter globaler Umbrüche. Die Rede ist von Klaus von Dohnanyi, Ex-Bundesbildungsminister und Staatsminister im Auswärtigen Amt sowie ehemaliger Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg – und angesichts seiner Lebenserfahrung und stets besonnenen Analyse der Zeitläufte noch immer einer der gefragtesten Beobachter der deutschen Politik.

Herr von Dohnanyi, Ihr Buch erschien vor Ausbruch des Russland-Ukraine-Krieges. Sie benannten in vorausschauender Gefahrenanalyse die Eckpunkte der drohenden Eskalation. Erklärt das den Verkaufserfolg Ihres Werks?

Vielleicht, aber vor allem habe ich wohl die neue Weltlage für die deutsche Öffentlichkeit ungewohnt ehrlich beschrieben: Globalisierung, die wachsenden Spannungen zwischen den USA und Russland sowie der Aufstieg Chinas zur Weltmacht haben gravierende Folgen für die deutschen Wirtschaftsinteressen und für die europäische Sicherheitslage. Wie können wir Deutsche nun auch als Mitglied der EU unsere „nationalen“ Interessen erfolgreich vertreten? Um eine nüchterne Analyse und eine ehrliche Debatte darüber geht es mir in diesem Buch.

Sie sprechen von „nationalen Interessen“: Im Gefolge der NS-Herrschaft scheint diese Begrifflichkeit heutzutage stark kontaminiert. Ein großer Teil unserer zeitgenössischen Eliten schwelgt doch eher in globalpolitischen Perspektiven unter dem Motto: „Ich bin Europäer, gar Weltbürger, aber kein Deutscher!“ Lassen sich diese Divergenzen auflösen?

Es geht eigentlich immer um regionale politische Identitäten, die sprachlich, kulturell, politisch gemeinsame Interessen haben. Auch die EU hat als Gemeinschaft „Interessen“, aber eben auch jeder der heute 27 Mitgliedstaaten. Das zeigt sich doch täglich. Und je mehr Mitglieder, desto mehr divergierende Interessen. Sie zu vertreten und Kompromisse zu ermöglichen ist Verpflichtung jeder Regierung. Natürlich gilt das auch für Deutschland. Der Missbrauch des Wortes „Nation“ im Nationalsozialismus hat doch die deutsche Nation und ihre nationalen Interessen nicht aufgehoben.

Von Egon Bahr stammt die Meinung, dass es in der internationalen Politik nie um Demokratie und Menschenrechte geht, sondern vielmehr um die Interessen von Staaten, was insbesondere im links-grünen Politik-Milieu oftmals übersehen würde, wie Kritiker meinen. Dort grassiere eher das Gestaltungsmotto: „Weltweit das Gute erzwingen“.

Sicher gibt es idealistisch gesinnte Politik-Milieus, auch utopische Tendenzen. Aber wenn immer nur über das heute Mögliche nachgedacht würde, käme die Welt ja auch nicht voran. Im „Kalten Krieg“ war es ja auch fast „utopisch“, durch deutsche Entspannungspolitik für die Bewohner Berlins die konkreten Lebensverhältnisse zu erleichtern. Egon Bahr und Willy Brandt glaubten den-



Tiefsinniger Gesprächspartner mit unabhängigem Blick auf das Zeitgeschehen: Klaus von Dohnanyi

noch an diese „Utopie“. Und ihre „neue Ostpolitik“ bahnte dann sogar den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und Europas.

Interessant ist der aktuell zu beobachtende Umschlag vom Radikalpazifismus in erbitterten Bellizismus. Frühere Wehrdienstverweigerer, die noch nie ein Gewehr in der Hand hatten, verwandelten sich flugs in laienhaft wirkende Waffen- und Militärstrategie-Experten. Wie nehmen Sie diese Veränderung wahr?

Mit großem Erstaunen und auch mit Sorge. Natürlich muss die Ukraine als souveränes Land verteidigungsfähig sein, auch mit unserer Hilfe. Aber wir müssen doch immer zugleich bemüht sein, den Krieg so bald wie möglich durch Verhandlungen zu beenden. Denn je länger der Krieg dauert, desto mehr Tote wird es geben, desto größer die Zerstörungen und desto bedrohlicher werden auch die Gefahren, die von dort auch für uns, für Deutschland und Europa ausgehen könnten. Unsere Hilfe zur Verteidigung sollte zum Frieden führen und nicht zu einer Ausweitung der Kriegsgefahren.

Realpolitisch betrachtet, Sie haben mehrfach darauf hingewiesen, dominieren die USA das westliche NATO-Bündnis. Zwar gebe es gemeinsame Schnittmengen, zum Beispiel in Teilen der Sicherheitspolitik, gleichwohl seien die Interessen von Europäern und US-Amerikanern nicht identisch. Wie können wir unsere Spielräume erweitern?

Die USA haben geopolitisch und sicherheitspolitisch eine völlig andere Ausgangslage als Europa: Sie sind vom Ukrainekrieg durch den 6000 Kilometer breiten Atlantik getrennt – und geschützt. Die NATO entstand im Kalten Krieg zum Schutz Europas, aber die Strategie des Bündnisses bestimmen die USA mit ihren schon geografisch vollständig anderen Sicherheitsinteressen.

Darüber müssten Deutschland und die EU offen mit den USA sprechen: Nicht alles, was im Interesse der USA sein mag, muss auch im Interesse Europas sein. Das gilt heute auch für die US-Politik gegenüber China. Mehr europäisches Selbstbewusstsein und mehr US-Ehrlichkeit sind gefragt!

Welche Rolle spielt bei einer verstärkten deutsch-europäischen Selbstbehauptung die militärische Komponente? Müsste nicht an den Aufbau eines eigenen atomaren Abschreckungspotentials gedacht werden, wie das zum Beispiel Christian Hacke vor einigen Jahren schon forderte, eventuell in enger Abstimmung mit Frankreich – oder im Alleingang?

Zwei Gegenargumente: Erstens ist das Ziel der „Nichtverbreitung“ atomarer Waffen in der Welt ein bedeutendes Sicherheitsziel der Menschheit und zweitens ist die US-atomare Abschreckung für Europa wohl ohnehin eher eine Illusion: Eine Atommacht, die zum sogenannten „Erstschlag“, also zu einem „Präventivschlag“ gegen eine andere Atommacht greift, muss heute damit rechnen, dass die andere Seite dennoch zu einem Zweitschlag fähig bleibt. Seit Jahrzehnten haben deswegen alle amerikanischen Administrationen erklärt, sie würden strategische atomare Waffen nur einsetzen, wenn sie selbst direkt atomar bedroht würden.

Wenn sich also der Krieg jetzt über die Ukraine hinaus nach Westen ausdehnen würde, wissen beide Parteien – Amerikaner und Russen – strategische, atomar bestückte Raketen kämen nicht zum Einsatz; „flexible response“, also blutiger konventioneller Krieg, bliebe die Antwort der USA.

Von vielen Kritikern der NATO-Osterweiterung wird vor allem die US-Option einer Mitgliedschaft der Ukraine im nordatlantischen Bündnis als auslösender Kriegsgrund gesehen. Nicht nur Wladimir Putin

warnte seit fast 20 Jahren vor Schritten in diese Richtung angesichts russischer Sicherheitsinteressen. Sogar Altkanzler Helmut Schmidt erhob diese Bedenken in deutlichen Worten. Warum verhalten sie? Spätestens seit 1997, als der einflussreiche US-Politikberater Zbigniew Brzezinski sein berühmtes Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ veröffentlichte, war klar: Eine Ost-Erweiterung der NATO sollte die amerikanische Position auf dem eurasischen Kontinent festigen und so die US-Vorherrschaft in der Welt stabilisieren. Russland konnte zwar davon ausgehen, dass die USA 1990 im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung versprochen hatte, die NATO nicht über die deutschen Grenzen hinaus auszudehnen, aber die Ukraine und Georgien sind als frühere Staatsgebiete Russlands dann für jede russische Regierung noch einmal ein besonderer Fall.

Selbst Brzezinski ruderte deswegen in Beiträgen für die „New York Times“ (2014) und in einem Artikel für „Die Welt“ (2015) zurück. Er warnte, dass diese von ihm selbst zunächst entwickelte Strategie zu einem heißen Krieg in Europa führen könne, und schlug für die Ukraine Sicherheitsalternativen vor, wie auch ich sie in meinen Buch befürworte. Aber der „Westen“ beachtete nicht, dass es sich hier, wie der heutige CIA-Chef William Burns noch 2019 schrieb, um die Überschreitung einer „hellroten Linie russischer Interessen“ handeln würde.

Auch Herfried Münkler mahnte in diesem Zusammenhang an, dass so genannte Pufferzonen dem Frieden dienen und davon auszugehen sei, dass es Einflusszonen gebe, die die Bündnisfähigkeit von Ländern beschränke. Das liefe dann bei erfolgreichen Friedensverhandlungen mit der Ukraine auf eine international garantierte „Neutralität“ des Landes hinaus, oder?

Ja, auch ich halte das für einen möglichen Weg, um den Krieg zu beenden. Auch der bekannte US-Politikberater Jeffrey Sachs, der in der zusammenbrechenden UdSSR eine große Rolle gespielt hat, äußerte kürzlich diese Meinung: Er schlägt eine Erklärung der NATO vor, wonach die Ukraine und Georgien nicht in die NATO kämen, aber ihre Neutralität von der UNO mit Garantien von Seiten der USA, Russlands und Europas gesichert würde. Hätte man das im Jahre 2021 bei den von Putin vorgeschlagenen Verhandlungen ernsthaft in Erwägung gezogen, würden wir heute vielleicht keinen Krieg haben und wären nicht in dieser fast ausweglosen Lage.

Sie meinen also, dass durch eine Politik der vorbeugenden Konfrontationsverhinderung man den Ukraine-Russland-Krieg hätte verhindern können?

Ob man den Krieg durch solche Verhandlungen hätte wirklich verhindern können, lässt sich natürlich im Nachhinein nicht mit Sicherheit beantworten. Aber man hätte es doch mindestens versuchen müssen! Präsident Biden drohte stattdessen mit härtesten Sanktionen, aber erklärte dann, als Putin den Krieg begonnen hatte, er selbst habe nicht damit gerechnet, dass die Androhung von Sanktionen den Krieg verhindern würde: „sanctions never deter“ (Sanktionen schrecken nie ab). Das war keine NATO-Politik im Interesse Europas und ein weiterer Beweis dafür, wie gefährlich für uns die Abhängigkeit von der Innenpolitik der USA und ihren geopolitischen Interessen sein kann.

Das Interview führte Bernd Kallina

● **Klaus von Dohnanyi** war von 1972 bis 1974 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, von 1969 bis 1981 Mitglied des Deutschen Bundestags sowie von 1981 bis 1988 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

—
„Der Missbrauch des Wortes ‚Nation‘ im Nationalsozialismus hat doch die deutsche Nation und ihre nationalen Interessen nicht aufgehoben“

Klaus von Dohnanyi

Debatte



Klaus von Dohnanyi
Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche
Siedler Verlag 2022, Hardcover mit Schutzumschlag, 240 Seiten, ISBN: 978-3-8275-0154-7
22 Euro

● MELDUNGEN

Viele Ärzte vor dem Ruhestand

Berlin – Jeder fünfte Arzt in Deutschland wird in den nächsten Jahren aus Altersgründen aus dem Berufsleben ausscheiden. Bei den Kinderärzten wird es sogar jeder vierte sein. Deshalb fordert die Bundesärztekammer eine Aufstockung der Studienplätze für angehende Ärzte um mindestens 6000. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass sich die neue Medizinergeneration wegen der wachsenden Arbeitsverdichtung und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zunehmend für eine Teilzeittätigkeit entscheidet. Deshalb, so die Bundesärztekammer, reiche es nicht aus, „nur die Köpfe zu zählen. Entscheidend ist die zur Verfügung stehende Arbeitszeit – und die nimmt kontinuierlich ab.“ Auch müssten die Rahmenbedingungen für das ärztliche Wirken verbessert werden. Dazu gehörten in erster Linie Bürokratieabbau und umfassende Digitalisierung. **W.K.**

Garantie für Schwedt

Potsdam – Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Michael Kellner, hat nach einem Gespräch mit dem Betriebsrat der PCK Raffinerie in Schwedt an der Oder eine Produktionsgarantie bis einschließlich 2024 abgegeben. Nach Angaben des Grünen-Politikers werde mittelfristig der Umbau zu einer „grünen Raffinerie“ angestrebt. Laut der Betriebsratsvorsitzenden des Erdölverarbeitungswerks, Simona Schadow, hat Kellner auch eine Beschäftigungsgarantie für die 1200 Mitarbeiter abgegeben. Eine vom Betriebsrat geforderte schriftliche Garantie liegt allerdings noch nicht vor. Kellner machte auch keine Angaben, mit welcher Kapazität die Raffinerie in den nächsten Jahren produzieren kann. Bereits zuvor hatte Brandenburgs Landesregierung von der Bundesregierung gefordert, diese solle für den Fall eines Öl-Embargos gegen Russland eine schriftliche Garantie für den Weiterbetrieb der Raffinerie abgeben. **N.H.**

Viele Ukrainer bleiben länger

Berlin – Die Bundesregierung geht davon aus, dass viele ukrainische Flüchtlinge auch nach dem Ende des Ukrainekrieges zumindest vorerst in Deutschland bleiben werden. Diese Einschätzung gaben Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Arbeitsminister Hubertus Heil (beide SPD) bei einem Besuch einer Einrichtung für Flüchtlinge in Berlin am 14. Juni ab. Heil sagte bei dem Besuch, dass eine Rückkehr vieler Menschen in kurzer Zeit nicht realistisch sei, selbst wenn der Krieg bald zum Stillstand komme. Berlins Sozialsenatorin Katja Kipping (Linkspartei) erklärte bei dem Besuch, sie halte auch ein erneutes, sprunghaftes Ansteigen der Ankunftsahlen in der Hauptstadt für möglich. Derzeit kommen pro Tag etwa 500 Ukrainer in der Spreemetropole an. Kipping sagte, die Entwicklung der Ankunftsahlen hänge von der Entwicklung des Krieges, aber auch von Entwicklungen in anderen Aufnahmeländern wie Polen ab. **N.H.**



Soll umfassend saniert werden: Der Fliegerhorst Wittmundhafen zwischen Wittmund und Aurich bei Webershausen

Foto: pa

BUNDESWEHR

Das „Sondervermögen“, das den Dauerpatienten heilen soll

Der Plan des Verteidigungsministeriums, nun verstärkt in Bundeswehrstandorte zu investieren, kommt zum Teil einer politischen Kehrtwende gleich

VON HERMANN MÜLLER

Noch bevor Bundestag und Bundesrat dem sogenannten Sondervermögen für die Bundeswehr zustimmten, waren schon erste Einschätzungen zu hören, das 100-Milliarden-Paket werde nicht lange reichen. Christian Mölling von der Berliner Denkfabrik Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) prognostizierte etwa, die Finanzspritze würde nur etwa dreieinhalb Jahre ausreichen, um das Ziel von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Militärausgaben zu finanzieren. Über den Zeitraum eines Jahrzehnts sah Mölling einen

zusätzlichen Bedarf von 250 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Skeptische Töne waren auch von Friedrich Merz zu hören. Der CDU-Chef hatte die Forderung gestellt, die 100 Milliarden Euro Extrageld ausschließlich in die Aufrüstung der Bundeswehr zu stecken.

Die Planung des Verteidigungsministeriums sehen stattdessen vor, außer für Projekte wie der Anschaffung neuer Korvetten oder eines weltraumbasierten Frühwarnsystems auch Geld für die Modernisierung von Kasernen, Fliegerhorsten und Truppenübungsplätzen in die Hand zu nehmen. Allein nach Brandenburg werden in den nächsten Jahren aus dem „Sondervermögen“ 660 Millionen

Euro fließen, um etwa den Standort eines Logistikbataillons in Beelitz, das Einsatzführungskommando bei Potsdam oder den Truppenübungsplatz Lehnin zu modernisieren. Nach der Entscheidung des Bundes, das Marinearsenal in Rostock zu erweitern, keimen in Mecklenburg-Vorpommern nun auch Hoffnungen auf, dass der Bund mit Geld aus dem „Sondervermögen“ die insolventen MV-Werften am Standort Rostock-Warnemünde übernimmt. Bundesweit hoffen Bundeswehrstandorte und Kommunen, bei den Investitionen aus dem „Sondervermögen“ berücksichtigt zu werden.

Inzwischen sind Stimmen zu hören, die vor allzu hohen Erwartungen warnen.

ALLGEMEINE DIENSTPFLICHT

Eine illusorische präsidentiale Idee?

Bei ver.di, der Freien Wohlfahrtspflege, der FDP und den Grünen stößt Steinmeiers Vorschlag auf Kritik

Die Anregung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts eine allgemeine Dienstpflicht einzuführen, hat ein geteiltes Echo hervorgerufen. Stephan Thomae, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, äußerte sich ablehnend: „Ein verpflichtendes Dienstjahr ist in erster Linie ein enorm teures Unterfangen und löst in Wirklichkeit keine Probleme.“ Rund 15 Milliarden Euro pro Jahr würde es kosten, Steinmeiers Vorschlag einer sozialen Pflichtzeit in die Tat umzusetzen.

Die Debatte hatte vor einigen Monaten Fahrt aufgenommen, als mehrere Politiker über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht einschließlich Ersatzdienst nachdachten, um die Armee angesichts der Ukraine-Krise zu stärken. Doch noch bevor die Überlegungen konkret werden konnten, häuften sich die Bedenken.

Frank Werneke, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), merkte an, dass den Dienstpflicht-Leistenden der Mindestlohn bezahlt werden müsste. Er warnte vor der Hoffnung, der Staat könne durch eine Dienstpflicht Engpässe in der Pflege abmildern. „Zum einen wird in unzulässiger Weise in die Lebensplanung junger Menschen eingegriffen. Zum anderen müssen alle anstehenden staatlichen Aufgaben grundsätzlich im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge erledigt werden, die entsprechend ausreichend finanziert werden muss. Diese Aufgaben können nicht von Freiwilligendiensten übernommen werden“, so der Gewerkschaftsfunktionär.

Zustimmung aus der CDU

Ulrich Schneider, Präsident des Paritätischen Gesamtverbands, hält Steinmeiers Idee für illusorisch. In der Pflege müssten

Profis ran, „und keine Menschen, die etwas anderes arbeiten wollen und können.“ Es müsse darum gehen, bestimmte Berufsfelder attraktiver zu machen.

Während sich die Sozialdemokraten mit Kritik am Vorschlag ihres Parteifreundes Steinmeier zurückhalten, sind die anderen Parteien in der Ampelkoalition offen gegen eine Dienstpflicht. Justizminister Marco Buschmann (FDP) nannte die Idee, „einen schweren Eingriff in die Freiheitsrechte junger Menschen“.

Ähnlich äußerte sich Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne). Eine derartige Dienstpflicht sei zudem kontraproduktiv, da jungen Menschen ein Ausbildungs- oder Studienjahr verlorengehen würde. Ein durchaus schlüssiges Argument angesichts des Fachkräftemangels in Deutschland und der Tatsache, dass die deutschen Berufseinsteiger im EU-Binnenmarkt dem Wettbewerber mit jungen

Mit Blick auf die Annahme, dass nun Bundeswehrstandorte in Niedersachsen schnell modernisiert werden können, mahnt etwa CDU-Verteidigungsexperte Henning Otte bereits zu Geduld. „Die 100 Milliarden sind schnell weg“, so der Politiker aus dem Landkreis Celle gegenüber der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Otte verwies dabei auf eine lange Mängelliste der Bundeswehr. Vordringlich sei es, das Heer zu stärken, so der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag.

356 Millionen für Wittmundhafen

Auch der parteilose Bürgermeister des ostfriesischen Ortes Wittmund, dem Standort des Luftwaffengeschwaders 71 „Richthofen“, wies auf den hohen Nachholbedarf der Bundeswehr hin. „Das Grundproblem, was dieses Sondervermögen der 100 Milliarden Euro ausmacht, ist, dass gewisse Ausstattungsanfordernisse lange Jahre vernachlässigt worden sind und aufgeholt werden sollen“, so Rolf Claußen. Allein an diesem Standort investiert die Bundeswehr zur Modernisierung des Flugplatzes Wittmundhafen 396 Millionen Euro.

Der Plan des Verteidigungsministeriums, nun verstärkt in Bundeswehrstandorte zu investieren, kommt zum Teil einer politischen Kehrtwende gleich. Ab 1990 ging es nämlich meist um die Schließung von Bundeswehreinrichtungen. Allein unter Rudolf Scharping (SPD), dem Verteidigungsminister der ersten rot-grünen Koalition im Bund, wurden 39 größere Standorte der Bundeswehr ganz geschlossen, weitere 40 verkleinert. In der Amtszeit von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) wurden dann nochmals 31 Bundeswehrstandorte dichtgemacht. Weitere 33 wurden nach der Aussetzung der Wehrpflicht drastisch verkleinert. Bei dieser Entwicklung spielte nicht nur die Verkleinerung der deutschen Streitkräfte nach Wiedervereinigung und Aussetzung der Wehrpflicht eine Rolle.

In den letzten Jahrzehnten war auch der Gedanke der Landesverteidigung zunehmend vom Willen der Politik zu Einsätzen außerhalb des NATO-Gebiets verdrängt worden. Nun zeichnet sich eine Rückbesinnung auf den Kernauftrag der Landesverteidigung ab.

Als Konsequenz aus dem Ukrainekrieg und auch der Flutkatastrophe im Ahrtal will die Bundeswehr zum 1. Oktober die Aufgaben der Territorialverteidigung in einem Führungskommando bündeln, das seinen Standort in Berlin haben wird. Bislang war die operative Führung dieser Kräfte im Inland über mehrere Bereiche verteilt gewesen.

Peter Entinger

SICHERHEIT

Poller statt politischer Aufarbeitung

Schon wieder eine Amokfahrt in Berlin – Doch die Grünen reagieren mit Verkehrsberuhigung

VON NORMAN HANERT

Nur wenige hundert Meter von der Stelle entfernt, an der 2016 der radikale Moslem Anis Amri mit einem 40-Tonner über den Berliner Weihnachtsmarkt rollte und zwölf Menschen tötete, ist es nun erneut zu einer Todesfahrt gekommen. Am Vormittag des 8. Juni hat ein 29-jähriger Mann auf dem Bürgersteig des Kurfürstendamms sein Auto in eine Menschenmenge gelenkt.

Eine 50-jährige Lehrerin aus Nordhessen, die mit den Schülern einer 10. Klasse auf Abschlussfahrt war, starb dabei. Danach fuhr der Täter einen Häuserblock weiter und setzte das Auto in das Schaufenster einer Parfümerie-Filiale an der Marburger Straße. Nach Angaben der Feuerwehr wurden durch die Todesfahrt insgesamt acht Menschen schwer verletzt.

Bei dem Täter soll es sich um einen 2015 in Deutschland eingebürgerten Armenier handeln. Bekannt wurde ebenfalls, dass zu ihm bereits vor der Todesfahrt polizeiliche Erkenntnisse vorgelegen haben. Dabei soll es um Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Beleidigung gehen. Auch der sozialpsychiatrische Dienst des Bezirkes Charlottenburg-Wilmersdorf hat nach Angaben des Bezirksstadtrats für Jugend und Gesundheit, Detlef Wagner (CDU), seit 2014 mehrfach eingreifen müssen, weil der Mann psychisch auffällig war.

Zu wenig Kassen-Therapeuten

Die Ermittler gehen davon aus, dass eine seelische Erkrankung auch zu der Todesfahrt geführt hat. Die Staatsanwaltschaft hat deshalb beantragt, den Mann in ein psychiatrisches Krankenhaus einzuweisen. Plakate mit Äußerungen zur Türkei, die auf der Rückbank des Tatfahrzeugs gefunden wurden, sollen nach Angaben der Staatsanwaltschaft inhaltlich nicht im Zusammenhang mit der Tat stehen.

Wie inzwischen bekannt wurde, sind einige der Schüler aus Nordhessen zum zweiten Mal Zeugen einer Amokfahrt geworden. Die Opferbeauftragte des Landes Hessen, Daniela Birkenfeld, sagte gegenüber dem Sender rbb, einige der Schüler aus Bad Arolsen hätten vor zwei Jahren bereits eine Amokfahrt auf einem Karnevalsbummels in Volkmarzen mitansehen



Zum Gedenken: Der Ort am Kurfürstendamm, an dem die 50-jährige Lehrerin starb

Foto: imago/Stefan Zeitz

müssen. Die Opferbeauftragte sagte in der rbb-„Abendschau“, diese Schüler seien nun von Grund auf verunsichert.

Ein Gefühl der allgemeinen Unsicherheit im öffentlichen Raum wird vermutlich auch bei den Bürgern Berlins wachsen. In unmittelbarer Nähe des Ortes, an dem sich die jüngste Todesfahrt ereignete, hatte bereits im Dezember 2016 Amri mit einem Lkw das Attentat auf den Berliner Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz verübt. Im August 2020 hatte auf der Berliner Stadtautobahn ein psychisch kranker Iraker ganz gezielt Fahrzeuge und Motorradfahrer gerammt.

Für die Gesellschaft sollte der Umstand, dass in Berlin nun offenbar abermals ein Fahrzeug als Waffe gegen andere Menschen genutzt wurde, eigentlich Anlass sein, über grundlegende Fragen zu reden. Ganz offensichtlich funktioniert das System zur Betreuung und Überwachung psychisch Kranker in Deutschland nicht. Bereits seit Jahren berichten Ärzte und Krankenkassen aus dem gesamten Bundesgebiet über steigende Zahlen zu Angststörungen und Depressionen.

Gleichzeitig werden für die Betroffenen die Wartezeiten für eine ambulante Therapie immer länger.

Sehr häufig beginnt eine Therapie inzwischen erst 30 Wochen nach der Diagnose. Vor einigen Jahren hatte die Wartezeit noch bei 18 Wochen gelegen. Eine Verbesserung der Situation bei den Therapieangeboten ist derzeit nicht in Sicht. Bundesweit vergeben die Kassensitzlichen Vereinigungen neue Kassensitze für Psychotherapeuten nur sehr restriktiv. Grundlage dabei sind Bedarfsplanungen, die aus Sicht von Kritikern dem tatsächlichen Bedarf im Land weit hinterherhinken.

Beängstigende Zahlen bei Kindern

Diese Diskrepanz hat dazu geführt, dass Kassensitze unter Kollegen mittlerweile zu so hohen Ablösezahlungen gehandelt werden, dass sich viele Psychotherapeuten dies nicht mehr leisten können. Mehrere Krankenkassen berichten inzwischen auch über beängstigend hohe Zahlen von psychischen Auffälligkeiten bei Kindern als Folge der Corona-Pandemie. Die Berliner Todesfahrt hätte auch noch weiteren

Stoff für eine öffentlich geführte Diskussion geboten. Etwa eine Verständigung über die Frage, nach welchen Kriterien Ausländer hierzulande ein Aufenthaltsrecht erhalten und eingebürgert werden. Berliner Politiker und auch viele Hauptstadtmedien setzen allerdings ganz andere Schwerpunkte:

Sehr schnell lief eine Diskussion an, mit welchen baulichen Maßnahmen sich im Areal rund um die Gedächtniskirche solche Todesfahrten verhindern lassen. Die Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf, Kirstin Bauch (Grüne), schlug beispielsweise vor, den Autoverkehr rund um den Platz zu verlangsamen und zurückzudrängen. Dazu will der Bezirk unter anderem Fahrspuren der Budapester Straße dem Breitscheidplatz zuschlagen und die Kantstraße in Höhe Joachimsthaler Straße zur Sackgasse machen. Der CDU-Verkehrsexperte Oliver Friederici kommentierte die präsentierten Planungen: „Die Tränen der Opfer sind noch nicht getrocknet, da wollen die Grünen im Bezirk aus der entsetzlichen Amokfahrt politisches Kapital schlagen.“

KOLUMNE

Engagierte Berliner

VON VERA LENGSELD

Wer meint, es gäbe nichts Positives aus dem wohlstandsverwahrlosten Berlin zu berichten, irrt zum Glück. Es gibt sie, die Ausnahmen. Eine, der Kaiser Friedrich Museumsverein, wurde am 16. Juni 125 Jahre alt. Das wurde im Bode-Museum gebührend gefeiert. Es handelt sich immerhin um einen der ältesten Kunstvereine Deutschlands, und er hat die heutige Museumslandschaft der Hauptstadt maßgeblich geprägt.

Zu seinen Gründungsmitgliedern zählten neben seiner Majestät Kaiser und König Wilhelm II. und seinem Museumsdirektor Wilhelm Bode auch Guido Graf von Henckell Donnersmark, die Bankiers Franz von Mendelssohn, Ernst und Georg Meyer, Max Liebermann und der Mäzen James Simon. Unter der Anleitung von Bode kaufte die ebenso erlauchte wie betuchte Runde Werke alter Meister für das Kaiser-Friedrich-Museum, heute nach Bode benannt.

Dieses bürgerschaftliche Engagement setzt sich bis heute fort. Ich komme nicht umhin, die düsterste Zeit des Vereins zu erwähnen, der sich nach 1933 „judenfrei“ machte und von einem großen Teil seiner Mitglieder trennte. Dieses Kapitel ist zwar sehr spät, aber vorbildlich aufgearbeitet worden.

Nach 1945 begann die Glanzzeit des Vereins. Berlins Kunstschätze waren während des Krieges ausgelagert oder sind zum Teil von den Alliierten nach Westdeutschland verbracht worden. Berlin drohte eine museale Wüste zu werden. Dank der Weitsicht seiner Gründer waren die vom Verein gekauften Werke in seinem Besitz verblieben, sodass er auf Herausgabe klagen konnte. Das war erfolgreich und legte den Grundstein für die Rückkehr aller alten preußischen Kunstschätze nach Berlin, die in der Gründung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz 1957 gipfelte.

Damit war die einzigartige Museumsinsel gerettet und kann heute wieder von Besuchern der ganzen Welt bewundert werden.

MELDUNG

Dem „Plattfuß“ droht die Pleite

Berlin – Muss das Bud-Spencer- (bürgerlich: Carlo Pedersoli) Museum in Berlin wieder schließen? Die Macher klagen darüber, dass die Corona-Behilfen bislang ausgeblieben seien. Nun steht das Haus vor der Pleite. Trotz fehlender Einnahmen durch Besucher bleibt das Museum auf laufenden Kosten wie Miete und Löhnen sitzen. In zentraler Lage sind Mieten astronomisch hoch. Die U-Bahn-Linie 5 und die S-Bahn (Bahnhof Friedrichstraße) sind nur wenige hundert Meter entfernt. Bedingt durch die autofahrerfeindliche Politik des Senats gibt es dort keinerlei Parkplätze. Das Museum wurde erst Mitte 2021 eröffnet und war zunächst ein echter Publikumsmagnet. Es ist deutschlandweit das einzige seiner Art. Ergänzung findet es in Lommatzsch, im Landkreis Meißen. Dort hat bereits 2019 das Terence-Hill-Museum eröffnet, das aber lediglich von Freitag bis Sonntag geöffnet ist.

F.B.

BERLINER WOHNUNGSPOLITIK

Schlechte Chancen für Enteignungen

Kommission will im April 2023 Ergebnis vorlegen – Ablehnung des Volksbegehrens wahrscheinlich

Am 26. April 2023 will die vom Senat eingesetzte Kommission Ergebnisse vorlegen, ob und wie der Bestand größerer Wohnungsbaugesellschaften enteignet werden kann.

Das Gremium besteht aus 13 Mitgliedern: Die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD, Vorsitz), Thorsten Beckers (Bauhaus-Universität Weimar), Wolfgang Durner (Universität Bonn), Michael Eichberger (Bundesverfassungsrichter a.D.), Isabel Feichtner (Julius-Maximilians-Universität Würzburg), Susanne Heeg (Universität Frankfurt am Main), Ann-Katrin Kaufhold (Ludwig-Maximilians-Universität München), Christoph Möllers (Humboldt-Universität Berlin), Anna Katharina Mangold (Universität Flensburg), Aysel Osmanoglu (Vorstandsmit-

glied der GLS Gemeinschaftsbank), Florian Rödl (Freie Universität Berlin), Christian Waldhoff (Humboldt-Universität Berlin) und Tim Wihl (Universität Erfurt).

Die von der SPD benannten Mitglieder – neben Eichberger und Däubler-Gmelin sind das die Rechtsprofessoren Durner und Waldhoff – gelten als Enteignungsgegner. Da weitere Angehörige des Gremiums dem Vernehmen nach Enteignungen eher kritisch gegenüber stehen, dürfte das Ergebnis gegen ein Enteignungsgesetz ausfallen.

Der Auftrag lautet konkret: „Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen der Umsetzung des Volksentscheids ‚Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen‘“. In der Regierungskoalition ist eigentlich nur noch die

Linkspartei für Enteignungen. Die Tageszeitung „taz“ schimpfte daher: „Sabotage für Fortgeschrittene“. Lediglich drei Mitglieder kommen von der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Offenbar, um Störer und „Aktivisten“ aus der militanten Szene fernzuhalten, wird die Kommission ihre monatlichen Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abhalten. Das missfällt den Mitgliedern des Volksbegehrens.

„Wichtigste Frage unbeantwortet“

Deren Sprecher Stephan Junker kritisiert, der vereinbarte Grundsatz werde nun „ins Gegenteil verkehrt“. Niklas Schenker, mietenpolitischer Sprecher der Linken, spricht von einer „Missachtung des Senatsbeschlusses“. Trotz solcher Proteste sind SPD und wohl auch die Grünen of-

fenbar nicht gewillt, die Kommission dem „Druck der Straße“ auszusetzen. Björn Jotzo, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, sieht ganz andere Defizite: „Vor allem hat die Kommission es versäumt, Personen zu hören, die die wichtigste Frage beantworten können, wie nämlich die neuen Wohnungen wirtschaftlich und finanziell nachhaltig geschaffen werden können, die Berlin in den nächsten acht Jahren braucht.“

Beobachter halten es auch für möglich, dass der Abschlussbericht erst im Herbst 2023 kommt. Das könnte im Interesse aller drei Senatparteien liegen, denn bei einem ablehnenden Votum müsste die Linkspartei eigentlich aus der Koalition aussteigen, was sie aber angesichts der Gesamtlage ihrer Partei vermeiden möchte.

Frank Bücker

● MELDUNGEN

Gläserne Norweger

Oslo – Norwegens Statistisches Zentralbüro (SSB), das dem Finanzministerium untersteht, will die Lebensmittelkäufe der Bürger erfassen. Künftig sollen alle großen Supermarktketten und der Transaktionsdienstleister Nets die Daten von Kartenzahlungen sowie auch die Einkaufsquittungen an das SSB weiterleiten. Dieses verknüpft dann sämtliche Informationen, sodass es möglich ist, sieben Zehntel der Lebensmittelkäufe konkreten Personen zuzuordnen. Der Sinn des Ganzen besteht laut dem SSB darin, „die Entwicklung des norwegischen Lebensmittelkonsums zu berechnen und zu sehen, wie dieser in verschiedenen geographischen Gebieten variiert“. Kritik hieran kam von der Lebensmittelkette NorgesGruppen und Nets. Der Staat verhalte sich „sehr aufdringlich“. Es wird vermutet, dass nun wieder mehr Norweger mit Bargeld zahlen werden, um weniger gläsernen zu sein. W.K.

Mit Sandsäcken fürs Klima

München – Der tschechisch-österreichische Physiker und Umweltaktivist Radko Pavlovec hat vorgeschlagen, zur Begrenzung der „Erderhitzung“ im großen Stil mit Aluminium beschichtete Sandsäcke in Wüstenflächen auszulegen, um so das Sonnenlicht zu reflektieren. Damit könne man doch noch das „Jahrhundertziel“ erreichen, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur bis 2100 auf 1,5 Grad zu begrenzen. Pavlovec will seine „Lumobags“ auf etwa 40.000 Quadratkilometern in der Sahara oder Nordwestaustralien deponieren. Den Energie- und Materialaufwand für die Produktion der Säcke sowie deren Befüllung und Transport übersieht er bei seinem Vorschlag geflissentlich. Ebenso unberücksichtigt bleiben die Umweltfolgen vor Ort. Dennoch soll Pavlovec nun die Gelegenheit erhalten, ein Pilotprojekt auf 16 Quadratkilometern in Südspanien zu starten. Angeblich kann er so bereits die Kohlendioxidemissionen eines 2500-Megawatt-Kohlekraftwerkes kompensieren. W.K.

Wien für Londons Weg

Wien – Vor einem Treffen der EU-Innenminister hat Österreichs Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) eine Auslagerung der Prüfung von Asylanträgen in Drittstaaten vorgeschlagen. Im Gegenzug sollten letztere wirtschaftliche Unterstützung erhalten. In Großbritannien versucht die Regierung von Boris Johnson bereits, mit der Auslagerung von Asylverfahren illegale Einreisen unattraktiv zu machen. Ein erster Versuch, Asylbewerber ins ostafrikanische Ruanda zu bringen, war von juristischen Auseinandersetzungen begleitet. Nachdem das oberste britische Gericht den Abschiebeflug in letzter Instanz genehmigt hatte, stoppte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem Fall die Abschiebung. Per Charterflug wurden am 14. Juni dennoch erstmalig sieben Asylbewerber, darunter Albaner und Iraker, nach Ruanda gebracht. N.H.

FRANKREICH

Deutschlands Nachbar taumelt am Rande der Unregierbarkeit

Macrons Wahlbündnis verfehlt die absolute Mehrheit. Jean-Luc Mélenchon gibt sich als Sieger. Marine Le Pens RN konnte seine Mandate verzehnfachen

VON BODO BOST

Nach einem Wahlmarathon von vier Wahlgängen in zehn Wochen gingen nur noch 46 Prozent der Franzosen zur Wahl und bescherten dem gerade erst wiedergewählten Präsidenten Emmanuel Macron eine herbe Niederlage, denn dessen Parteienbündnis „Ensemble“ (Zusammen) verlor die absolute Mehrheit, welche die in ihm zusammengeschlossenen Parteien bei den vorausgegangenen Parlamentswahlen 2017 aufgrund des Mehrheitswahlrechtes gewonnen hatten.

Da 2017 die Linke mit vier Listen getrennt angetreten war und kaum Vertreter in den zweiten Wahlgang hatte schicken können, waren damals linke Stimmen schließlich bei Macron gelandet. Diesmal hatte die Linke unter dem Linksaußen Jean-Luc Mélenchon jedoch eine Einheitsliste von Sozialisten, Kommunisten,

Grünen und Trotzlisten aufgestellt, die es in vielen Wahlkreisen in den zweiten Wahlgang schaffte.

Davon, dass sich die Linke, die unter der Bezeichnung „Neue ökologische und soziale Volksunion“ (NUPES) auftrat, und die Macronisten von Ensemble sich diesmal bis zum zweiten Wahlgang bekämpften und gegenseitig blockierten, konnte der „Rassemblement national“ (RN, Nationale Versammlung) von Marine Le Pen profitieren. Statt wie bisher nur mit acht wird der RN nun mit 89 Abgeordneten in der neuen Nationalversammlung vertreten sein. Das ist ein wahrer Durchmarsch von Le Pen, deren Partei es im bisherigen Parlament mit ihren acht Abgeordneten nicht einmal auf Fraktionsstärke brachte.

Drei Minister sind rausgeflogen

Ob das Wahlbündnis von Mélenchon, das 131 Sitze errungen hat, bestehen bleibt, ist angesichts des für ihn schlechten Ergeb-

nisses nicht gewiss. Seine eigene Partei „Unbeugsames Frankreich“ (LFI) hat weniger Abgeordnete als Le Pen.

Nomineller Wahlsieger ist zwar Macrons Parteienbündnis. Aber mit 245 der insgesamt 577 Sitze verfehlt es die entscheidende absolute Mehrheit.

„Die Lage ist total unerwartet und absolut beispiellos: Die Niederlage der Präsidentenpartei ist total, und es bietet sich keine wirkliche Mehrheit“, brüllte Mélenchon am Wahlabend vor jubelnden Anhängern. „Wir verzichten keinen Augenblick auf die Ambition, dieses Land zu regieren und es zu einem anderen Horizont zu führen“, fügte er an.

Premierministerin Elisabeth Borne hat ihren Wahlkreis nur ganz knapp gewonnen. Drei Minister haben ihre Wahlkreise verloren und müssen deshalb zurücktreten. Auch der bisherige Parlamentspräsident und der Fraktionschef der Macron-Partei verlieren ihre Mandate.

Auf Macron kommen schwierige Koalitionsverhandlungen zu. Frankreich wird mitten im Ukrainekrieg monatelang politisch blockiert sein, und das nur wegen eines Mehrheitswahlrechts, das ungerecht ist und keine kontinuierliche Parlamentsarbeit zulässt sowie einem Wahlmodus von vier Wahlgängen in zwei Monaten, der die Bürger die Sinnhaftigkeit von Politik infrage stellen lässt.

Vergleich mit Weimarer Republik

Auf Frankreich kommen schwierige Zeiten zu. Die Wirtschaftslage wird sich infolge des Ukrainekrieges verschlechtern. Im Parlament sind die extremen Linken und extremen Rechten erstarkt. Beide sind EU-kritisch und Russland-freundlich. Wenn keine der beiden an der Regierung beteiligt wird, was zu erwarten ist, wird die Strafe versuchen, wieder mehr Macht zu gewinnen, wie schon so oft in den letzten Jahrzehnten, als die Wahlergebnisse nicht den Willen des Volkes wiedergaben. Von einer Unregierbarkeit sprechen bereits die Kommentatoren. Der neue Vordermann der Gaullisten, Jean-François Copé, hat die Lage in Frankreich mit der Weimarer Republik verglichen.

Zum Mehrheitsbeschaffer für Macron werden sehr wahrscheinlich die Republikaner (Gaullisten). Sie haben zwar Sitze gegenüber 2017 verloren, aber ihren Stimmenanteil gegenüber der Präsidentschaftswahl mit ihrer Kandidatin Valérie Pécresse, die im ersten Wahlgang vor wenigen Wochen nur 4,8 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt, deutlich erhöhen können. Die 61 Stimmen der Republikaner würden Macron mit seinen 245 Stimmen zur absoluten Mehrheit genügen.

Eine Personalie, Damien Abad, steht jedoch diesem Bündnis im Wege. Der ehemalige Fraktionschef der Gaullisten wurde am 20. Mai von Macron zum Minister für Solidarität, Autonomie und Menschen mit Behinderungen ernannt. Danach wurde Abad, der an Arthrogyrose, einer seltenen Krankheit mit angeborener Gelenksteife, leidet, von zwei Frauen der Vergewaltigung bezichtigt. Laut Gutachten ist er dazu physisch gar nicht in der Lage.



Feiert sich als strahlender Sieger: Jean-Luc Mélenchon

Foto: pa

RUSSISCH-ORTHODOXE KIRCHE

Auslandskirche geht auf Distanz zu Kyrill I.

Im Gegensatz zu seinem Patriarchen ergreift Metropolit Mark im Ukrainekrieg eindeutig Partei für Kiew

Nachdem am 16. Mai das bisherige Oberhaupt der in New York sitzenden Russischen Orthodoxen Kirche im Ausland (ROKA), der Metropolit Hilarion mit dem Taufnamen Igor Kapral, gestorben war, hat der in Chemnitz geborene Metropolit von Berlin, der Erzbischof Mark mit dem weltlichen Namen Michael Arndt, kommissarisch dessen Platz übernommen. In einem Interview mit dem öffentlich-rechtlichen Deutschlandfunk bezeichnete Metropolit Mark zunächst den Krieg Russlands in der Ukraine, wie alle Kriege, als Verbrechen. Wenn Menschen aufeinander schossen, statt miteinander zu reden, sei das eine Bankrotterklärung der Menschheit, sagte er.

Zeitweise verzichtete Metropolit Mark auf das Gebet für den Patriarchen von Moskau und der ganzen Rus und damit

den Vorsteher der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), Kyrill I. und stellte es den Priestern seiner 400 Gemeinden weltweit zunächst frei, in der Liturgie für diesen zu beten. Auch wandte sich der Geistliche gegen die Aussage seines Patriarchen, es handle sich bei dem Krieg um einen „metaphysischen Kampf“ des Guten (Russland) gegen das Böse (Westen).

Metropolit Mark, der in einem Kloster in München lebt, hatte zu Beginn des Krieges für Aufsehen gesorgt, weil er dem Westen in einem Interview mit dem Deutschlandfunk eine Mitschuld an dem Ukrainekrieg gegeben hatte. Mittlerweile präziserte er dies, indem er sagte, dass der Westen nicht bereits 2014 erkannt habe, dass es sich bereits bei der russischen Besetzung und Annexion der Krim und des Donbass um eine kriegerische Aktion

gehandelt habe. Weil der Westen damals kaum davon Notiz genommen und nur wenig reagiert hätte, trage er eine Mitschuld, dass diesen Februar der zweite Teil des Krieges begonnen habe. Russlands Präsident Wladimir Putin hätte aus dem Verhalten des Westens den Schluss gezogen, dieser dulde sein Handeln.

Anders als viele deutsche und europäische Politiker hat sich Metropolit Mark Ende Mai dafür ausgesprochen, die Ukraine in die EU aufzunehmen, obwohl dies das Missfallen Russlands erregen würde. Der Ukrainekrieg werde die orthodoxe Kirche „ganz sicher“ verändern, „und leider nicht zum Guten“, befürchtet er. Der ukrainische Teil seiner Kirche werde nach allem was schon passiert sei, sicher nicht bei dem russischen Teil bleiben wollen, so der Metropolit.

Dabei stellten die Ukrainer einst die gläubigsten Mitglieder in der ROK. Zur Sowjetzeit befanden sich acht Zehntel aller zugelassenen orthodoxen Kirchengemeinden und offenen Klöster in der UdSSR auf dem Gebiet der Ukraine, in Russland nur ein Zehntel. Auch in den Auslandsgemeinden bilden oft die Ukrainer das Rückgrat dieser Kirche, das dabei ist wegzubrechen. Die ROK ist mit rund 150 Millionen Gläubigen die mit Abstand größte orthodoxe Nationalkirche der insgesamt 300 Millionen orthodoxen Gläubigen weltweit.

Metropolit Mark kündigte an, er werde bei der geplanten Bischofsversammlung seiner Kirche vom 13. bis 21. September in New York nicht für das Amt des Auslandschefs der Kirche kandidieren. Ein 81-Jähriger solle nicht noch einen neuen Posten übernehmen. Bob

VON NORMAN HANERT

Nach einem harmonisch inszenierten Start wird nun in der Ampelkoalition die Liste der strittigen Punkte immer länger. Zum Ärger über den nichtfunktionierenden Tankrabatt ist inzwischen ein Zank über eine Sondersteuer für Mineralölkonzerne gekommen. Ein Streit zwischen Grünen und FDP um die Wiedereinhaltung der Schuldenbremse nimmt gerade Fahrt auf.

Obendrein muss die FDP-Führung unter Christian Lindner zur Kenntnis nehmen, dass die Wähler ihre bisherige Arbeit nicht sonderlich überzeugend finden. Bei der Umfrage für das ZDF-„Politbarometer“ waren die Freidemokraten jüngst auf nur noch sechs Prozent abgesackt. Ein Wiedereinzug in den Bundestag könnte damit zur Zitterpartei werden. Bei den Landtagswahlen in diesem Frühjahr im Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben die Wähler die Liberalen abgestraft. Nach der dritten Wahl sprach der FDP-Vorsitzende von einer „desaströsen Niederlage“.

Für Stammwähler der FDP gibt es seit dem Start der Ampelkoalition tatsächlich reichlich Gründe zur Unzufriedenheit. Der Tankrabatt, eine Idee Lindners, hat sich aus Sicht der Autofahrer und der Steuerzahler als Flop erwiesen und Zweifel genährt, ob die FDP noch weiß, wie Marktwirtschaft funktioniert.

Zahlreiche Streitthemen

Angetreten war Lindner im vergangenen Herbst zudem mit dem Versprechen solider Finanzen. Als Bundesfinanzminister der Ampelkoalition mit SPD und Grünen steht er nun für ein Ansteigen der Staatsschulden auf neue Rekordhöhen. Der erst vor Kurzem beschlossene Bundeshaushalt 2022 sieht eine Neuverschuldung von fast 139 Milliarden Euro vor. Da inzwischen auch wieder die Renditen von Staatsanleihen deutlich steigen, bekommt der Bund auch kein Geld mehr zu so günstigen Konditionen wie in den vergangenen Jahren. „Deutschland bekommt kein Geld mehr dafür, dass es Schulden macht, es ist wieder mehr Normalität im Spiel“, so der Kapitalmarktexperte Robert Halver von der Baader-Bank.

Die damit drohende Gefahr für den Bundeshaushalt hat auch der Finanzminister erkannt. Gegenüber der „Welt am Sonntag“ sagte er, „im letzten Jahr“ habe man „gut vier Milliarden Euro an Zinsen gezahlt“. Es sei „nicht ausgeschlossen, dass es kommendes Jahr bis zu 30 Milliarden Euro sein werden“. Diese Entwicklung wird die finanziellen Spielräume der Ampelkoalition in den kommenden Jahren stark einschränken. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung drängt Lindner nun



Eine gelbe Krawatte allein bringt es nicht: Christian Lindner tut sich schwer, am Kabinettsstisch gelbe Politik durchzusetzen Foto: pa

FDP

Wo ist das Gelb in der Ampel?

Für Stammwähler der Freidemokraten gibt es seit dem Start der Koalition mit SPD und Grünen reichlich Gründe zur Unzufriedenheit

gegenüber den Koalitionspartnern wieder auf die Einhaltung der Schuldenbremse durch den Bund.

Bereits Ende Mai hatte er beim „Wirtschaftstag“ des Wirtschaftsrats der CDU gefordert, dem Staat nicht nur die „Sucht nach neuen Schulden“ abzugewöhnen, sondern auch „die Sucht nach immer neuen Subventionen“. Unlängst legte Lindner nach und forderte, die Subventionen für Elektroautos zu streichen. „Wir können uns fehlgeleitete Subventionen schlicht nicht mehr leisten“, so der FDP-Chef.

Beim Koalitionspartner Grüne kommt derlei nicht gut an. Sven-Christian Kindler, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag, beschied mit Blick auf Lindners Forderung nach Einhaltung der Schuldenbremse: „In Krisenzeiten ist Sparpolitik das falsche Instrument. Auch 2023 werden wir leider sehr wahrscheinlich mit den massiven Folgen von Ukrainekrieg, fossiler Inflation und Corona-Pan-

demie noch zu kämpfen haben.“ Ebenso stellte die Grünen-Bundesvorsitzende Ricarda Lang mittlerweile die Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2023 infrage.

139

Milliarden Euro Neuverschuldung sieht der erst kürzlich verabschiedete Bundeshaushalt 2022 vor.

Für weiteres Streitpotential sorgen Vorschläge, die von Robert Habeck kommen. Wegen des verpufften Tankrabatts kündigte der Wirtschaftsminister an, das Kartellrecht verschärfen zu wollen. Hier kam der Konter nun von FDP-Fraktions-

chef Christoph Meyer, der Habeck ganz offen „Populismus“ vorwarf.

Heißer Herbst erwartet

Ebenfalls in aller Öffentlichkeit wies Lindner seinen Kabinettskollegen Habeck wegen dessen Plan für eine sogenannte Übergewinnsteuer zurecht, mit welcher der Grüne kriegsbedingte Sondergewinne von Unternehmen extra besteuern möchte. Im Beisein von Kanzler Olaf Scholz wies Lindner darauf hin, dass die Ideen für eine solche Steuer schon in den 1970er Jahren diskutiert und verworfen wurden. „Alleine deshalb, weil nicht klar identifiziert werden kann, was ein Übergewinn ist und welcher Effekt damit verbunden wäre“, so der Bundesfinanzminister. Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion wird inzwischen damit gerechnet, dass der Ampelkoalition nach der Sommerpause des Parlaments ein heißer Herbst bevorsteht.

CORONA

Der globale Schiffsstau hat die Nordseeküste erreicht

Wenn der Stau vor China sich auflöst, werden noch viel mehr Frachter die Nordseehäfen anlaufen wollen

Weltweit sind rund 5500 Containerschiffe im Einsatz. Davon stehen derzeit nicht wenige im Stau, und mit ihnen rund elf Prozent aller verschifften Waren. Die Ursache liegt insbesondere in Chinas Null-Covid-Politik. Sie führte unter anderem zu gravierenden Beeinträchtigungen der Abfertigung im Hafen von Shanghai, weil viele Arbeiter durch den Lockdown ausfielen. Dadurch mussten zeitweise bis zu 500 Schiffe darauf warten, entladen zu werden. Ebenso gab es vor den Häfen an der Westküste der USA lange Zeit größere Konzentrationen von Frachtern, die wegen der begrenzten Logistikkapazitäten an Land nicht einlaufen konnten.

Und nun wird es erstmals seit Ausbruch der Corona-Pandemie auch vor den Häfen an der belgischen, niederlän-

dischen und deutschen Nordseeküste eng. Hier liegen mittlerweile schon rund 100 Containerschiffe und Tanker fest. Die meisten Frachter wollen in Rotterdam oder Antwerpen einlaufen, manche aber auch in Hamburg und anderen deutschen Häfen. In der Elbmündung zählte man Mitte dieses Monats ein Dutzend wartender Schiffe mit insgesamt etwa 150.000 Containern an Bord.

Die speziellen Ursachen für diesen Stau sind vielschichtig. So hat die Auflösung der Warteschlangen vor den US-Häfen dazu geführt, dass nun wieder mehr Frachter in Richtung Europa unterwegs sind. Dies kommentierte Vincent Stahmer vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) mit den Worten: „Das Problem verlagert sich von einer Ecke der Welt zur anderen.“

Doch das ist noch nicht alles, wie Hans-Jörg Heims, der Sprecher der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA), mitteilte. Viele deutsche Unternehmen hätten ihre Lager in Erwartung neuerlicher Lockdowns in der Volksrepublik bis zum Äußersten gefüllt und könnten nun keine weiteren Güter entgegennehmen. Ein zusätzlicher Bremsklotz sei die Deutsche Bahn, die ihren vertraglichen Verpflichtungen hinsichtlich des Transports auf der Schiene nicht vollumfänglich nachkomme. Und dann Sorge die Inflation auch noch für eine Kaufzurückhaltung seitens der Verbraucher, deretwegen viel Ware auf dem Weg zum Großhandel liegenbleibe.

Aus diesen Gründen stehen die Container nun immer länger in den Häfen und nehmen dort dringend benötigten Platz

weg. Betrug die Verweildauer in der Vergangenheit rund drei Tage, sind es derzeit sechs bis sieben. Manche der Frachtbehälter gehen sogar erst nach einem Monat auf die Weiterreise. Für die HHLA, die drei Containerterminals in Deutschlands größtem Seehafen betreibt, ist dies eine komplexe Situation, die einzelne Unternehmen unmöglich auflösen könnten.

Wenn der Schiffsstau vor der chinesischen Küste sich auflöst, werden noch sehr viel mehr Frachter in die Nordseehäfen einlaufen wollen. Dadurch droht ein bislang nie dagewesenes Chaos, vor allem wenn es wie kürzlich mit dem Warnstreik in Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Wilhelmshaven und Emden zusätzlich zu Arbeitskämpfmaßnahmen kommt, welche die Terminals lahmlegen.

Wolfgang Kaufmann

● MELDUNGEN

Düstere Aussichten

Cambridge (USA) – Kenneth Rogoff, Harvard-Professor, von 2001 bis 2003 Chefökonom und Wissenschaftlicher Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) und einer der renommiertesten Wirtschaftsexperten der Welt, warnt vor schweren Zeiten, weil die durch die Corona-Krise verursachten Turbulenzen keineswegs überwunden seien. „Ich fürchte, dass wir das Schlimmste noch vor uns haben“, meinte er beispielsweise im Interview mit dem „Stern“. Verantwortlich hierfür macht Rogoff vor allem die Lage in China. Falls die Volksrepublik in eine Rezession rutsche, „steuern wir auf die schlimmste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zu“. Auf jeden Fall brauche die Weltwirtschaft nun neue Wachstumsmotoren, weil China sich durch seine Null-Covid-Politik zunehmend selbst lähme. Ebenso sagte Rogoff einen „Niedergang der Globalisierung“ und vermehrte politische Unruhen in den Entwicklungsländern voraus. W.K.

Mehr statt weniger Kohle

Neu-Delhi/Peking – Indien und China wollen dieses Jahr um die 700 Millionen Tonnen Kohle mehr fördern als im Vorjahr. Diese Menge liegt 100 Millionen Tonnen über dem Gesamtfördervolumen der USA. Alles in allem beabsichtigt die Volksrepublik, in diesem Jahr rund vier Milliarden Tonnen des fossilen Rohstoffs aus der Erde zu holen, und das Plansoll Indiens liegt nun bei knapp 1,2 Milliarden Tonnen. Bei der Verbrennung der zusätzlichen 700 Millionen Tonnen, von denen 400 Millionen auf Indien und 300 Millionen auf China entfallen, dürfte eine Kohlendioxidmenge entstehen, die dem 2,2-Fachen der Emissionen Deutschlands im Jahre 2021 entspricht. Des Weiteren hat China vergangenes Jahr rund 30 Gigawatt an neuen Kohlekraftwerkskapazitäten geschaffen, während gleichzeitig weltweit Kohlekraftwerke mit nur 17 Gigawatt Leistung stillgelegt wurden. Darüber hinaus befinden sich in China noch Kohlekraftwerke mit 250 Gigawatt Leistung im Bau. W.K.

Ausweitung geplant

Magdeburg – Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt will den Bestandsschutz für alte Windkraftanlagen so ausweiten, dass diese auch modernisiert werden dürfen. Nach Angaben des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) ist in dem Bundesland mittlerweile ein Drittel der Windräder so veraltet, dass sie bald stillstehen könnten. Viele dieser Anlagen haben einen Bestandsschutz, dürfen aber derzeit noch häufig nicht modernisiert werden, weil sie in Gebieten stehen, für die nach heutigen Regeln keine Genehmigung erteilt würde. Sachsen-Anhalts Energieminister Armin Willingmann (SPD) erklärte gegenüber dem MDR, die Frage sei, „warum bewährte Standorte aufgegeben werden sollten, um an anderer Stelle in mühsamen Verfahren etwas Neues zu errichten“. Willingmanns Ziel scheint es zu sein, den Bestandsschutz derart auszuweiten, dass an bestehenden Standorten auch neue Windräder errichtet werden können. N.H.

ZWISCHENRUF

Beschämender Kniefall

ROBERT MÜHLBAUER

Im Springer-Konzern knirscht es seit Wochen nach einem transgener-kritischen Gastbeitrag in der Zeitung „Die Welt“. Der Streit zeigt wie in einem Brennglas, wie groß Einfluss und Macht der LGBTQ-Lobby (die Abkürzung steht für „lesbisch, schwul, bi-, transsexuell, queer“) inzwischen geworden ist. Eigentlich vertritt sie nur eine kleine Minderheit. Doch in Medien und Politik ist diese weit überrepräsentiert. Und sie zieht effektiv die Grenzen der Meinungsfreiheit immer enger.

Doch der Reihe nach. Zuerst wagte es die „Welt“, einen Gastbeitrag von fünf Wissenschaftlern zu drucken, darunter der Kinderpsychiater Alexander Korte sowie Biologen und ein Politologe, die auf die massive Transgender-Propaganda im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und besonders in Jugendprogrammen des ÖRR hinwiesen. „Warum werden Kinder auf Kanälen, welche die wenigsten Eltern überhaupt auf dem Radar haben dürften, indoktriniert und – anstelle einer altersgerechten Sexualaufklärung – aufdringlich sexualisiert?“, fragten sie. Sogar in der „Sendung mit der Maus“ werde für das neue grün-liberale Transsexuellen-„Selbstbestimmungsgesetz“ Werbung gemacht.

Der Einsatz von Pubertätsblockern, die Gabe gegengeschlechtlicher Hormone und die chirurgische Entfernung von Penis, Brust und Gebärmutter würden in Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als unproblematische Eingriffe beworben, monierten die Autoren, die ein 50-seitiges Dossier zusammengestellt und dazu einen Aufruf mit 120 anderen Wissenschaftlern verfasst hatten. Ihr Beitrag endete mit dem Appell: „Es kann nicht angehen, dass eine kleine Anzahl von Aktivisten mit ihrer ‚woken‘ Trans-Ideologie den ÖRR unterwandert, Falschdarstellungen als vermeintlichen Stand der Wissenschaft verbreitet und das Leben von Kindern und Jugendlichen nachhaltig beschädigt.“

Döpfners Intervention

Innerhalb kurzer Zeit erlebte die „Welt“ einen doppelten Sturm: Die Leser reagierten begeistert, es gab tausendfache Zustimmung und Hunderte neue Abos. Doch die „queere“ Szene heulte wutentbrannt auf. Dann geschah das Unglaubliche: Mathias Döpfner, der Chef des

Springer-Konzerns (Börsenwert drei Milliarden Euro, 15.000 Mitarbeiter), publizierte eine Distanzierung von dem Gastbeitrag. Dieser sei „unterirdisch“, schrieb Döpfner in einem offenen Brief (unterzeichnet mit „Euer Mathias“) an sämtliche Mitarbeiter des Konzerns. Der Gastbeitrag sei „für alle, die sich der LGBTIAQ*-Community zugehörig fühlen, eine Verletzung und Zumutung“.

Auch „Welt“-Chefredakteur Ulf Poschardt, der den Gastbeitrag der fünf Autoren zuvor noch auf sozialen Medien bejubelt hatte, vollzog schleunigst eine Kehrtwende und raunte nun davon, der trans-kritische Beitrag zeuge „vom Schmerz der Modernisierung“.

Woran lag es, dass der Chef eines der mächtigsten Medienkonzerne Europas so einen öffentlichen Kniefall vollzog? War er wirklich so berührt davon, dass Springer von der LGBTQ-Jobmesse „Sticks & Stones“ der Uhlala-Group eingeladen worden war? Die „Süddeutsche“ mutmaßte, dass es dem Konzern, der in den USA gerade das Magazin „Politico“ dazugekauft und als Großaktionär den Hedgefonds KKR im Hause habe, wohl eher darum geht, sein Image bei Investoren in Übersee zu pflegen. Die LGBTQ-Lobby ist global gut vernetzt.

Kurz darauf durfte der „Queer-Bauftragte“ der Bundesregierung, Sven Lehmann (Grüne), auf die fünf Gastautoren einprügeln („Homo- und Transfeindlichkeit ist keine Meinung – sondern Menschenfeindlichkeit“). Zwar erlaubte die „Welt“ noch eine Replik des Politikprofessors Uwe Steinhoff, eines der fünf Gastautoren, der Lehmanns diffamierende Suada zerlegte, doch die Positionierung des Springer-Konzerns war eindeutig: ein Kniefall vor der LGBTQ-Lobby.

Die Sache hatte noch ein überraschendes Nachspiel, als die „Bild“-Redakteurin und Bestsellerautorin Judith Sevinc Basad öffentlich das Einknicken vor der „woken“ Bewegung kritisierte und damit ihre Kündigung bei Springer begründete. Basad griff Döpfner an, er habe die kritische Stimme der Gastautoren „in bester Manier der Cancel Culture mundtot machen“ wollen.

Das Ganze ist keine Posse in irgendeinem Verlagskonzern – es ist ein Wetterleuchten, das die künftigen Frontlinien im Kampf um die Meinungsfreiheit anzeigt. Beim Thema LGBTQ ist diese offenkundig stark bedroht.



Fragwürdiger Triumph: Die neue Doppelspitze der AfD aus Tino Chrupalla und Alice Weidel

Foto: pa

KOMMENTAR

War's das für die AfD?

RENÉ NEHRING

Am vergangenen Wochenende hat die Partei Alternative für Deutschland einen neuen Bundesvorstand gewählt. Wie zuvor erwartet worden war, setzte sich das Lager um die bisherige Doppelspitze der Bundestagsfraktion aus Tino Chrupalla und Alice Weidel nun auch in der Partei durch. Beide mussten sich jedoch in Kampfkandidaturen gegen Bewerber aus dem bürgerlichen Lager behaupten – Chrupalla gegen den Bundestagsfraktions-Vize Norbert Kleinwächter, Weidel gegen den Europaabgeordneten Nicolaus Fest.

Auch sonst verliefen die Wahlen weitgehend so, wie es die Doppelspitze geplant hatte. Fast alle der vorab als Teil eines „Teams Zukunft“ präsentierten Kandidaten schafften es in den Bundesvorstand.

Möglich wurde der Triumph nach Meinung aller Beobachter durch ein Bündnis des Chrupalla-Weidel-Lagers mit der offiziell aufgelösten, faktisch jedoch als Netzwerk weiter agierenden Rechtsaußen-Gruppierung „Flügel“ unter Führung des thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke. Abstimmung für Abstimmung führen die Vertreter eines bürgerlichen Kurses Niederlage um Niederlage ein.

Schon der Verlauf der vorangegangenen Neubesetzung des Parteischiedsgerichts zeigte, wohin die Reise gehen würde. So gab etwa Roland Ulbrich, der laut

Wikipedia vor Jahren für einen „offenen Schulterschluss“ mit PEGIDA geworben und sich für die Aufnahme ehemaliger NPD-Mitglieder in die AfD eingesetzt hatte und wegen seiner Umtriebe aus seinen beiden Studentenverbindungen ausgeschlossen wurde, vor seiner Wahl klar zu verstehen, dass er einen Kurswechsel für das höchste Parteigericht anstrebt.

Triumph des „Flügel“

Mit breitem Grinsen genossen Chrupalla, der in seiner Bewerbungsrede innerparteiliche Kritiker scharf angegangen war und ihnen parteischädigendes Verhalten vorgeworfen hatte, und Weidel ihren Triumph. Dabei zeigten sie ein interessantes Verständnis von Einheit, die sie in ihren Reden eingefordert hatten. Anstatt – wie es für gewöhnlich die etablierten Parteien seit Jahrzehnten handhaben – alle Strömungen zu integrieren, setzten sie auf das Durchregieren und das Entfernen aller kritischen Stimmen.

Für die bürgerlichen Reste in der AfD dürfte sich freilich die Frage stellen, warum sie einer solchen Partei noch angehören sollen. Vor allem im Westen und Süden der Republik, wo die AfD prozentual zwar weniger erfolgreich ist, in ganzen Zahlen jedoch deutlich mehr Stimmen holt als im Osten, ist der Frust über den kontinuierlichen Rechtsruck der letzten Jahre groß. Dass es den Bürgerlichen gelingen dürfte, den Kurs der Partei noch

einmal in eine andere Richtung zu drehen, kann angesichts des Parteitagungsverlaufs bezweifelt werden.

Allerdings wendet sich die AfD nun nicht nur noch weiter von ihren Ursprüngen ab, sondern auch von den Grundlagen ihres lange Zeit steilen Aufstiegs. Gerade dass die Partei anfänglich eben nicht wie eine „NDP light“ auftrat, sondern von bürgerlichen Gründungsfiguren geprägt war, ermöglichte es ihr, bis weit in die Mitte hinein zu wirken und somit breite Wählerschichten anzusprechen.

Damit dürfte es nun vorbei sein. Schon im Oktober könnte es sich für die AfD rächen, dass sie kaum noch Rücksichten auf bürgerliche Befindlichkeiten im Westen nimmt. Dann wählen die Niedersachsen einen neuen Landtag. In letzten Umfragen stand die AfD dort bei sechs Prozent – genau wie in Schleswig-Holstein, wenige Wochen, bevor sie aus dem Landtag an der Förde flog.

Schon heute steht Chrupalla für zehn Wahlniederlagen auf Bundes- und Landesebene in Folge. Sollte sich dieser Niedergang fortsetzen, werden er, Weidel, Höcke & Co. die Schuld dafür kaum bei sich selbst suchen, sondern – wie gewohnt – bei den Medien, den Kritikern inner- und außerhalb der Partei – oder am besten gleich beim „System“. Nur mit ihnen selbst, die nun die Macht in Händen halten, werden sie den absehbaren Niedergang nicht in Verbindung bringen.

PORTRÄT

Grün angemalter Guerillero

Es läuft nicht gut für Robert Habeck. Seit er auf russisches Gas verzichten will, bringt der grüne Klimaschutzminister selbst die Reaktivierung von Kohlekraftwerken ins Spiel. Aber auch dafür bezog Deutschland zuletzt 56 Prozent der Steinkohleimporte aus Russland. Als Alternative böte sich Kolumbien an, dessen bisherigen 5,5 Prozent der Kohleinfuhren aufgestockt werden könnten.

Doch bald könnte davon überhaupt nichts mehr aus dem südamerikanischen Staat kommen. Der neugewählte Präsident Gustavo Petro verfolgt eine radikale links-grüne Umweltpolitik und hat angekündigt, die Ausbeutung von Rohstoffen zu bremsen und neben dem Verbot neuer Ölförderprojekte auch den Kohlebergbau in seinem Land zu beenden.

Der 62-jährige Bauernsohn, der als erster linksgerichteter Politiker Präsident Kolumbiens wurde, muss mit sol-

chen Maßnahmen aufpassen, dass er sich nicht selbst den Hahn abdreht. Denn Öl und Kohle machen in dem rohstoffreichen Land bislang die Hälfte der Exporteinnahmen aus.

Als Wahlversprechen kamen diese Pläne bei der armen Bevölkerung gut an. Ihr hatte Petro außerdem höhere Steuern für Vermögende und Unternehmen sowie die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit

zugesagt. Im dritten Anlauf um das Präsidentenamt hat es für das frühere Mitglied einer Stadtguerilla nun geklappt. Nach der Besetzung des Justizpalasts in Bogotá durch die Bewegung kam er 1985 für zwei Jahre in Haft. Nachdem sich die Guerillabewegung in eine politische Partei umgewandelt hatte, war er selbst von 2012 bis 2015 Bürgermeister von Bogota.

Durch ein radikales Umwelt- und Sozialprogramm ist er damals nicht aufgefallen. Die Realpolitik könnte den linken Idealisten jetzt auch im Präsidentenamt einholen. Immerhin hat er mit der 40-jährigen Francia Márquez als Vizepräsidentin eine Umweltaktivistin an seiner Seite, die Kolumbien zum Naturparadies machen will. Aber nur solange man die landesweite Guerillaorganisation FARC und die Drogenkartelle in Schach hält. Im Kampf dagegen dürfte Petro wie Habeck einige Kröten schlucken müssen. H. Tews



Präsident in Kolumbien: G. Petro

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Ein Königsberger Universalgenie

Vor 200 Jahren starb E. T. A. Hoffmann – Über den Umweg als Richter, Komponist, Musikkritiker und Maler fand er zur Schriftstellerei

VON HARALD TEWS

Ostprien hat bekanntlich eine Reihe herausragender Dichter und Autoren hervorgebracht. Simon Dach wäre da zu nennen oder Johann Gottfried Herder, Hermann Sudermann oder Siegfried Lenz. Aber seien wir ehrlich: Weit über die deutschen Grenzen hinaus sind sie nicht bekannt. Das ist im Fall von E. T. A. Hoffmann völlig anders. Mit ihm hat auch Ostpreußen einen Klassiker von Weltrang hervorgebracht.

Allerdings hatte dieser Klassiker anfangs mit dem Phänomen zu kämpfen, dass der Prophet im eigenen Land nichts gilt. Dem „Gespenster-Hoffmann“, wie er abschätzig wegen seiner schaurig-düsteren „Nachtstücke“ genannt wurde, hat man wegen seiner „frazzhaften“ Erzählungen (Ludwig Tieck) pathologischen Wahnsinn oder den Genuss von Opium unterstellt. Allen voran Goethe. Wer, so fragte er, „hat nicht mit Trauer gesehen, daß diese krankhaften Werke des leidenden Mannes lange Jahre in Deutschland wirksam gewesen und solche Verwirrungen als bedeutend fördernde Neuigkeiten gesunden Gemütern eingepfropft worden?“

Im Ausland sah man die Dinge anders. Besonders in Frankreich, wo man Hoffmanns Phantasie reichum für die Bühne entdeckte. Jacques Offenbach erweckt in seiner Oper „Hoffmanns Erzählungen“ eine ganze Reihe Hoffmannscher Figuren zum Leben, Léo Delibes Ballett „Coppélia“ basiert auf der Hoffmann-Erzählung „Der Sandmann“, und Peter Tschaikowsky schuf auf Grundlage von Hoffmanns „Nußknacker und Mausekönig“ sein zeitloses „Nußknacker“-Ballett. Dabei kannte er das Original nicht, sondern stützte sich auf eine Vorlage aus zweiter Hand, und zwar auf die Kinderbuchversion des Mauseknacker-Märchens durch den französischen Romancier Alexandre Dumas père.



Der Künstler als stattlicher Bürger: Ein vorteilhaftes Porträt von E. T. A. Hoffmann

Selbst bis über den Großen Teich reichte die Wirkung Hoffmanns. Edgar Allan Poes „Der Untergang des Hauses Usher“ liest sich wie eine Coverversion von Hoffmanns Erzählung „Das Majorat“, die von dem Schloss Rossitten auf der Kurischen Nehrung erzählt, in dem es spukt und das am Ende in Trümmern liegt.

Seine ostpreussische Heimat hat der am 24. Januar 1776 in Königsberg geborene Romantiker in seinen Werken eher spärlich thematisiert. Ein „Heimatdich-

ter“ war er nie. Überhaupt war ihm wohl selbst nicht klar, dass er einmal als Autor Erfolg haben würde. Als Richter durchlief er eine bürgerliche Beamtenkarriere, neben der er eine künstlerische Karriere anstrebte. „Ob ich wohl zum Maler oder Musiker geboren wurde?“, fragte er sich noch 1803 als preussischer Regierungsrat in der masowischen Stadt Plock, die nach der zweiten polnischen Teilung an Preußen gefallen war. Bevor er mit der Schriftstellerei anfang, war das Multitalent als

Maler, Karikaturist, Kapellmeister und Komponist unterwegs. Aus Verbeugung vor seinem Idol Mozart änderte er seinen dritten Vornamen Wilhelm in Amadeus, woraus sein Kürzel E. T. A. (Ernst Theodor Amadeus) entstanden ist.

Doch sein Leben war seitdem von Missgeschicken bestimmt. Seine für einen Karnevalsscherz angefertigten satirischen Zeichnungen führten erst zu einem Karriereknick in seiner Juristenlaufbahn und dann zu deren vorläufigem Ende, als Napoleon 1806 in Warschau einmarschierte; in Bamberg, wo es heute das E.T.A.-Hoffmann-Theater mit einer Bronzestatue des Autors davor gibt, wurde er nach kurzer Zeit als Kapellmeister gefeuert; als Musikdirektor in Dresden und Leipzig lief es nicht besser; nachdem sich der verheiratete Mann in eine junge Musikschülerin verliebt hatte, lehnte sie sein Werben ab wegen des unvoreilhaftigen Äußeren – der Biograph Rüdiger Safranski nannte ihn „Gnom“ und von „zwerghaftem Wuchs“; ein Brand im Königlichen Schauspielhaus von Berlin stand 1817 dem weiteren Erfolg seiner dort uraufgeführten Oper „Undine“ im Wege; und wegen satirischer Anspielungen auf die Obrigkeit in seiner Erzählung „Meister Floh“ kam er in Konflikt mit der preussischen Zensur-Verordnung, was ihm ein Disziplinarverfahren eingebracht hätte, wäre er nicht kurz zuvor, am 25. Juni 1822, wegen sich verstärkender Lähmungserscheinungen womöglich infolge von Syphilis in Berlin gestorben.

Die vielen Pannen als Musiker und Maler brachten ihn recht spät auf die Spur der Schriftstellerei. Hier hatte er sein eigentliches Thema gefunden: die Spannung zwischen Bürgertum und Künstlertum, also der Zwiespalt, der in ihm selbst als Beamter und Künstler steckte.

Nach seinen Musikerzählungen „Ritter Gluck“ und „Kreisleriana“ – die Figur des Kapellmeisters Johannes Kreisler wird später in seinem Roman „Lebensan-

sichten des Katers Murr“ ein weiteres Mal auftauchen – lebte Hoffmann seinen existenziellen Dualismus in solchen Kunstmärchen aus wie „Der goldene Topf“, die vor rauschhaften Phantasien und Ausdrucksmitteln so voll sind, dass es einem vorkommt, als hätte der Autor unter Drogen gestanden, als er sie niederschrieb.

Dabei ist dieses Schwanken zwischen bürgerlicher Rationalität und künstlerischem Chaos Romantik pur. Hoffmann hat damit unsterbliche Werke geschaffen, die erst im Ausland, dann aber auch bei späteren deutschen Dichtergenerationen Anerkennung fanden. Seine Erzählung „Bergwerke zu Falun“ hat Hugo von Hofmannsthal dramatisiert und „Das steinerne Herz“ Arno Schmidt zu einem Roman inspiriert. Nebenbei schrieb Hoffmann mit „Das Fräulein von Scuderi“ den ersten Detektivroman deutscher Sprache. Er war eben ein Universalgenie, vielleicht eines der letzten in Deutschland.

Buchtipps und Ausstellung



E. T. A. Hoffmann: Der goldene Topf, C.H. Beck textura, München 2021, 128 Seiten, 16 Euro

E. T. A. Hoffmann und die Musik, Ausstellung im Musikinstrumenten-Museum Berlin, Tiergartenstraße 1, Laufzeit: bis 31. August, geöffnet: täglich außer montags, Eintritt: 6 Euro, Telefon: (030) 25481178, Internet: www.simpk.de

OPERNFESTIVAL

Mit Beethoven in Arkadien

Jahr Eins nach dem Tod ihres aus Ostpreußen stammenden Gründers – Kammeroper Schloss Rheinsberg

Schloss Rheinsberg erscheint vielen bereits als das reinste Arkadien, also als idyllisches Idealbild (siehe auch PAZ vom 17. Juni). Wenn noch Musik hinzukommt, ist die Symbiose aus Natur und Schloss perfekt. Beim Festival Kammeroper Schloss Rheinsberg, das vom 25. Juni bis 28. August stattfindet, befindet man sich gleich mit „Beethoven in Arkadien“. So heißen die beiden Auftaktveranstaltungen, bei denen unter anderem mit dessen sechster, die „Pastorale“ genannter Sinfonie nach den Worten des Komponisten eine „heitere Stimmung bei der Ankunft auf dem Lande“ musikalisch ausgemalt werden soll.

Beim Wandelkonzert erklingt auf vielen Bühnen im Lustgarten des Schlosses Beethovens Musik. Vor der Egeriagrotte, im Orangerieparterre oder im Salon, umgeben von Bäumen kann das Publikum der Musik des naturliebenden Komponisten lauschen – von Kammermusik in verschiedenen Besetzungen bis zu den bezaubernden, selten zu hörenden Volksliedbearbeitungen.

Die „Pastorale“ und die berühmten Chorwerke „Meeresstille und Glückliche

Fahrt“, „Die Weihe des Hauses“ und die große Chorphantasie c-Moll werden im Schlosshof aufgeführt. Einen magischen Abschluss des Wandelkonzerts bildet die Aufführung der Mondscheinsonate auf dem Grienericksee.

Der Fokus des Festivals Kammeroper Schloss Rheinsberg wird aber – wie der Name sagt – auf die Oper gelegt. Schließlich war es ein vornehmlich Opern schaf-

fender Komponist, der dieses Festival ins Leben gerufen hat: der aus Mallenuppen in Ostpreußen stammende Siegfried Matthus. Kurz nach der friedlichen Revolution im Jahr 1990 initiierte er das Festival, dem er bis 2014 als künstlerischer Leiter vorstand. Vor knapp einem Jahr verstarb er in Stolzenhagen bei Berlin.

Das diesjährige Sommerfestival ist also das erste ohne seinen Gründer. An der

von ihm eingeführten Tradition der Opernaufführungen wird natürlich festgehalten. So gibt es am 30. Juni sowie am 1. und 2. Juli eine Operngala mit Preisträgern des Internationalen Gesangswettbewerbs Kammeroper Schloss Rheinsberg. Es folgen mehrere Termine mit Mozarts Singspiel „Entführung aus dem Serail“ sowie Smetanas komische Oper „Die verkaufte Braut“. Und am 23. Juli erlebt „P.“, die puristische Oper des sächsischen Komponisten Eckehard Mayer nach Texten von Fernando Pessoa, ihre Uraufführung im Schlosstheater. Drei weitere Uraufführungen kurzer Opern, die im Rahmen der Bundesakademie für junges Musiktheater, kurz #BAJMT genannt, entstanden sind, beschließen dieses musikalische Arkadien im August. H. Tews

• **Karten** Musikkultur Rheinsberg: Telefon (033931) 72117; Tourist-Information Rheinsberg: Telefon (033931) 34940 oder an der Abendkasse (Schlosspark-Zugang Stadtportal). Ein Sonderzug der NEB fährt nach Veranstaltungsende direkt nach Berlin. Internet: www.kammeroper-schloss-rheinsberg.de



Wie in Arkadien: Konzertpause im Rheinsberger Schlosspark

Foto: Uwe Hauth

● REUCHLIN-JAHR

Kämpfer für Toleranz

Neben Erasmus von Rotterdam gilt Johannes Reuchlin als einer der bedeutendsten Humanisten. Anlässlich seines 500. Todestag wurde das „Reuchlinjahr 2022“ ausgerufen, um den Kämpfer für Toleranz gegenüber allen Kulturen und Religionen mit einer Reihe von Veranstaltungen und Publikationen zu würdigen. Im Zentrum steht das Museum Johannes Reuchlin in dessen Heimatstadt Pforzheim, in der er 1455 geboren wurde. Es stellt den christlichen Hebraisten vor, der sich mit den Worten „Verbrennt nicht, was ihr nicht kennt!“ gegen die Vernichtung jüdischer Schriften wandte. In Stuttgart, wo er am 30. Juni 1522 gestorben ist, stellt das Hauptstaatsarchiv vom 14. September bis 16. Dezember mit „Ich kan yetzo nit mee ...“ kostbare Frühdrucke vor. Die Donaustadt Linz, in der er geädelt wurde, ehrt ihn mit einer Lichtinstallation und bei Reclam ist auf Frühneuhochdeutsch/Neuhochdeutsch seine Schrift „Ratschlag, ob man den Juden alle ihre Bücher nehmen ...“ erschienen. www.reuchlinjahr2022.de tws

Tod einer Epochen-gestalt

Vor 100 Jahren ermordeten rechte Terroristen Walther Rathenau. Bis heute wird er vor allem als Märtyrer der ersten deutschen Demokratie erinnert. Doch deckt dies lediglich einen Teil seiner vielschichtigen Biographie und Persönlichkeit ab

VON MARTIN SABROW

Noch immer lesen wir die Weimarer Republik allzu bereitwillig von ihrem schwächlichen Ende her. Doch damit werden wir weder ihren politischen und sozialen Leistungen in der Bewältigung der Folgen des Ersten Weltkriegs gerecht noch den meisten ihrer verantwortlichen Akteure. So erinnern wir auch den vor einhundert Jahren ermordeten Industriellen, Intellektuellen und Außenminister Walther Rathenau allzu stark von seiner Ermordung her – und unterschätzen seine Bedeutung als Schlüsselfigur des Epochenumsbruchs vom langen 19. zum kurzen 20. Jahrhundert, von der festgefügteten Gesellschaft des Kaiserreichs zum Zeitalter der Massenpartizipation.

Rathenau repräsentierte den Aufstieg der deutschen Industrienation zur Hochmoderne und war als Industrieller und Bankier, Präsident der AEG und Mitglied zahlloser Aufsichtsräte einer der großen „system builders“ in der Zeit, als Industrie und Finanzkapital miteinander verschmolzen. Er äußerte sich zugleich als helllichtiger Beobachter der Wilhelminischen Ära, deren Gebrechen er deutlich erkannte und die er nachdrücklich für ihre Überheblichkeit, ihren Geltungsanspruch und auch die Diskriminierung von Juden kritisierte. Und er war ein politischer Visionär, der pausenlos mit Reformvorschlägen und Ideen für einen gemeinwirtschaftlichen und gemeinwohlorientierten Umbau der Gesellschaft schrieb und stritt.

In seinen letzten Jahren schließlich entwickelte Rathenau sich zu dem mutigen republikanischen Politiker, der als einziger dem neuen demokratischen Staat etwas Glanz und Weltläufigkeit zu verleihen vermochte. Er war der Architekt einer Ausgleichspolitik, die den Versailler Vertrag nicht durch wilde Trotzreden entschärfen wollte, sondern durch pragmatische Kooperationsbereitschaft zum wechselseitigen Vorteil. Sein unbeirrtes Festhalten an der „Erfüllungspolitik“ machte ihn nach seinem gewaltsamen Tod im Alter von 54 Jahren 1922 zum herausragenden Märtyrer der ersten deutschen Demokratie.

Keine bloße Lichtgestalt

Nichts von dem ist falsch. Und dennoch wurde Rathenau zu seinen Lebzeiten keineswegs vorbehaltlos als die Lichtgestalt gesehen, als die er rückblickend erscheint. Seit seinen ersten öffentlichen Schritten aus der Anonymität heraus war der 1867 als Sohn des späteren AEG-Gründers Emil Rathenau geborene Walther, der zeitweilig zwischen Kultur und Kommerz schwankte, durchaus ambivalent betrachtet worden. Nur zeitweilig gewann das Bild des intellektuellen AEG-Lenkens und jüdischen Preußenverehrers freundlichere Züge, als nämlich Rathenau bei Kriegsausbruch 1914 die Verantwortung für eine von ihm selbst angeregte Zwangsbewirtschaftung kriegswichtiger Rohstoffe übernahm, ohne die die Mittelmächte zu einer längeren Kriegführung überhaupt nicht in der Lage gewesen wären.

Doch mit den sich verdüsternden Kriegsaussichten sank auch der Stern des kurzzeitig als Retter des Vaterlandes gefeierten Rathenau wieder, der nun im Zeichen eines machtvoll sich erhebenden Antisemitismus zur Personifikation der verhassten Kriegswirtschaft im Interesse der AEG wurde. Vollends ruiniert wurde sein Ansehen durch einen Aufruf zur „levée en masse“ im Oktober 1918, der in erster Linie auf eine verbesserte Position bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen zielte. Er stempelte den Mann, der den Kriegsaus-



Zenit eines ambivalenten Lebenslaufs: Walther Rathenau 1922 als Außenminister vor dem Reichstag

Foto: bpk images

bruch anders als die überwältigende Mehrheit seiner Zeitgenossen mit Schmerz verfolgt und das düstere Ende vorausgesehen hatte, zum vielgeschmähten Kriegsverlängerer, der den Frieden verhindern wollte, um sich mit der AEG am Leiden der Nation zu bereichern. Selbst die „Weltbühne“ empörte sich, „daß aus einer Grunewald-Villa heraus einem Volk, das fünfzig Monate lang diese ungeheuern Opfer gebracht hat, mit künstlich harten gemachter Stimme die billige Mahnung zugeschleudert wird, zum Schutze der Kriegsgewinnler immer weiter sein Blut zu vergießen.“

Als eine auslandsdeutsche Stimme der Nationalversammlung vorschlug, Rathenau zum Reichspräsidenten zu wählen, hallte das Weimarer Nationaltheater vom tränenden Lachen der versammelten Abgeordneten wider. Selbst sein späterer Biograph Harry Graf Kessler fand Rathenau in dieser Zeit an seiner inneren Widersprüchlichkeit gescheitert: „Überhaupt ist er der Mann der falschen Noten und schiefen Situationen: als Kommunist im Damastsessel, als Patriot aus Herablassung, als Neutöner auf einer alten Leiter.“ Die Deutsche Demokratische Partei, der er sich nach einem gescheiterten Versuch zur Gründung einer eigenen Partei anschloss, gewährte ihm keinen Listen-

platz für die Wahl zur Nationalversammlung. In der Anfangszeit der Republik erinnerte man sich Rathenaus als eines in sich zerrissenen Relikts einer unheilvollen Vergangenheit und verspottete ihn als „Jesus im Frack, [...] Inhaber von 39 bis 43 Aufsichtsratsstellen und Philosoph von Kommenden Dingen, Schloßbesitzer und Mehrheitssozialist, erster Ausrufer [...] für die nationale Verteidigung und beinahe Mitglied der revolutionären Sozialisierungskommission, Großkapitalist und Verehrer romantischer Poesie, kurz – der moderne Franziskus v. Assisi, das paradoxeste aller paradoxen Lebewesen des alten Deutschlands“.

Ein liberaler Illiberaler

Gerecht war dieses Urteil nicht. Aber das Empfinden der janusköpfigen Zerrissenheit eines Mannes der Gegensätze war in der Wahrnehmung der Zeitgenossen nicht zu Unrecht tief verankert. Nach einem geflügelten Ausspruch des Inhabers der Berliner Handels-Gesellschaft, Carl Fürstenberg, galt Walther Rathenau unter Bankiers als guter Schriftsteller, unter Schriftstellern aber als guter Bankier. Kaum anders urteilte der mit ihm freundschaftlich verbundene Stefan Zweig: „Seine ganze Existenz war ein einziger Konflikt immer neuer Widersprüche. Er hatte alle denkbare Macht geerbt von seinem Vater und wollte doch nicht sein Erbe sein, er war Kaufmann und wollte sich als Künstler fühlen, er besaß Millionen und spielte mit sozialistischen Ideen, er empfand sich als Jude und kokettierte mit Christus. Er dachte international und vergötterte das Preußentum, er träumte von einer Volksdemokratie und war jedesmal hochgeehrt, von Kaiser Wilhelm empfangen und befragt zu werden.“ Nicht anders zeichnete Robert Musil im Roman „Mann ohne Eigenschaften“ seine Figur Paul Arnheim, die ganz unverkennbar die Züge Walther Rathenaus trägt, noch zehn Jahre nach Rathenaus Tod boshaft als Vereinigung von Kohlepreis und Seele.

In der Tat war Rathenaus Handeln und Haltung von starken Spannungslinien durchzogen. Seine beiden Anläufe zu einer politischen Karriere unternahm er in Vorläuferparteien des heutigen Liberalismus. Liberal waren Rathenaus Vorstellungen einer Reform des konstitutionellen Regierungssystems, die auf ein allgemeines und gleiches Wahlrecht zielten; liberal war seine Kritik an Religions- und Standesschranken, die den gleichberechtigten Zugang aller zu staatlichen Ämtern verhinderte. Liberal war seine Kritik an der ungleichen Verteilung sozialer Lasten, und liberal dachte er in Glaubensdingen, wenn er sich gegen die Institution einer Staatskirche wandte und bei seiner Ernennung zum Außenminister die geforderte Angabe seiner Religionszugehörigkeit konsequent verweigerte: „Diese Frage entspricht nicht der Verfassung.“

Dennoch lässt sich dem Liberalen Rathenau mit gleicher Berechtigung der Illiberaler gegenüberstellen. Sein gesellschaftspolitisches Zukunftsmodell stellte alles andere als ein marktwirtschaftliches Programm dar, sondern vertrat mit der Stärkung des Staates und der rigiden Lenkung von Produktion und Konsum ein ausgesprochen antiliberales Credo. Nicht das liberale Denken eines freien Spiels der Kräfte stand hier Pate, sondern eine Art altpreußischer Staatssozialismus, der Verzicht predigt und den Untergang nahe sieht: „Sparta und das alte Preußen waren vornehm, Paris und das späte Rom zeigen die untrennbare Einheit von Prunk und Pöbelstum“, heißt es 1917 in seinem Buch „Von kommenden Dingen“ und weiter: „Die unterschätzte Kunstperiode der preußischen Wiedergeburt vor hundert Jahren sei uns ein Vorbild, wie nicht aus Nachbildung des Prunkhaften, sondern aus stiller Vertiefung in die bescheidenste Aufgabe Schönheit entsteht.“

Als Politiker schließlich wirkte Rathenau nur für sehr kurze Zeit. Erste politische Anläufe vor und auch nach dem Weltkrieg scheiterten kläglich. Seine Stunde

schlug erst nach dem gescheiterten Kapp-Putsch, der den neuen demokratischen Staat zwang, all seine Kräfte zu mobilisieren. Und auch dann blieb Rathenau zunächst nur wirtschaftspolitischer Berater, bevor er aufgrund seiner überragenden Expertise zum Wiederaufbauminister in das erste Kabinett Wirth berufen wurde und Ende Januar 1922 das Amt des Reichsaußenministers übernahm.

In diesem Amt blieben ihm keine fünf Monate, und das wichtigste Ergebnis, das mit seinem Namen verbunden ist, entsprang weniger seinem Willen als dem seines Staatssekretärs von Maltzan: Das als Rapallovertrag bekannte Ausgleichsabkommen mit Sowjetrußland, das Deutschland von der Gefahr russischer Reparationsforderungen befreite, untergrub zugleich Rathenaus Politik der Vertrauensbildung gegenüber den Westmächten. Die seine Amtszeit bestimmende Erfüllungspolitik schließlich beurteilte Walther Rathenau in den Tagen vor seiner Ermordung als so aussichtslos, dass er am Morgen des 24. Juni in der Haustür noch einmal umdrehte, um wenige Minuten vor seinem Tod auf einem auf dem Schreibtisch liegenden Papierblock zu notieren: „Gesamt-rahmen d[er] Pol[itik]. Unerfüllbar“.

Repräsentant einer zerrissenen Epoche

Schmälert dieser Blick auf Rathenaus Zerrissenheit und Widersprüchlichkeit seine historische Bedeutung? Im Gegenteil und zumal dann nicht, wenn die Widersprüchlichkeit nicht als individuelle Charakterfrage begriffen wird, sondern als gesellschaftlicher Spiegel einer selbst widersprüchlichen Zeitenwende.

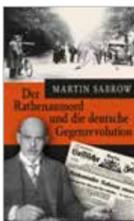
Rathenaus Doppelrolle als diskriminierter Jude und Repräsentant der sozialen Elite trieb ihn an, auf allen Gebieten exzellieren zu wollen, Mäzen und Schriftsteller, Künstler und Kritiker, Unternehmer und Staatsmann in einem sein zu wollen. Sie schlug sich in zeitweilig aggressiver Assimilationsforderung und eigentümlicher Preußenverehrung nieder. Aber sie ließ ihn auch sensibler werden als seine Zeitgenossen für die Schatten der *Belle Époque* und des zwischen Wirtschaftsfortschritt und Rückwärtsgewandtheit gefangenen Kaiserreichs.

Der Blick auf seine Doppelstellung als Repräsentant und Außenseiter, mächtiger Akteur und ohnmächtiger Beobachter hilft, Rathenaus biographische Gegensätze zu begreifen: das Bescheidenheitsideal eines reichen Mannes, den Bruch mit dem Judentum, dem er sich dennoch weiterhin verbunden fühlte, die Amalgamierung von Anerkennungsstreben und Einsamkeit, der Gegensatz von politischer Vision und praktischer Politik. Noch das Attentat auf Rathenau am 24. Juni 1922 galt dem Zeugnis des Mordkomplizen Ernst von Salomon zufolge weniger dem Juden und schon gar nicht dem verachteten Feind, sondern einem Gegner, den man umbringt, gerade weil man ihn für bedeutend hält.

So birgt Walther Rathenau auch zum 100. Jahrestag seiner Ermordung eine Lebensgeschichte, die nicht auserzählt ist, weil sie zugleich die Biographie eines Epochenumsbruchs verkörpert.

● Prof. Dr. Martin Sabrow war von 2004 bis 2021 Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam sowie von 2009 bis 2021 Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuletzt erschien „Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution“ (Wallstein Verlag 2022). www.wallstein-verlag.de

Buchtipps



Martin Sabrow

Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution

Wallstein 2022, gebunden, 334 Seiten, ISBN: 978-3-8353-5174-5, 30 Euro

ALFRED HELM

Pionier des Nacht- und Instrumentenflugs

Beim ersten Nachtflug in der Passagierluftfahrt von Berlin-Tempelhof nach Königsberg-Devau war er der Flugkapitän

VON LIENHARD HINZ

Geboren wurde Alfred Helm am 16. Januar 1894 im sächsischen Mittweida. Sein Bruder Max erlernte das Fleischerhandwerk des Vaters und übernahm 1909 den Familienbetrieb, der heute in fünfter Generation von Sebastian Härtel mit mehreren Geschäften in Sachsen geführt wird. Alfred Helm war technisch interessiert und ging zur Ingenieurschule – das Technikum Mittweida. Dort gab es unter dem Direktor Alfred Udo Holz die ersten Lehrveranstaltungen zur Flugtechnik.

Im Ersten Weltkrieg erhielt er eine Ausbildung zum Flugzeugführer in der Fliegerersatz-Abteilung 9 in Darmstadt. Am 19. Oktober 1916 verkündete das „Mittweidaer Tageblatt“ gleich zwei militärische Auszeichnungen – je eine von Preußen und von Sachsen: „Eine seltene Ehrung wurde dem Fliegerleutnant Alfred Helm aus Mittweida zuteil, indem ihm das Eiserner Kreuz 1. Klasse und das Albrechtskreuz 2. Klasse mit Schwertern verliehen wurde.“ Fliegerisches Können erforderten besonders die Nachtflüge, mit denen die Fliegertruppe im Jahr 1917 begann. Bis zum Kriegsende war Helm als Pilot im Einsatz, zuletzt im Jagdgeschwader Richthofen.

Pilot seit dem Ersten Weltkrieg

1919 bestand er die Abschlussprüfung als Maschinenbauingenieur und war dann von 1920 bis 1924 in der Industrie tätig. 1925 entschied er sich für die Pilotenlaufbahn und wurde Flugzeugführer in der Junkers Luftverkehr AG. Dort war Helms Nachtfliegerfahrung zunächst für die Postbeförderung gefragt. Denn die Luftpostflugzeuge hatten im Wettbewerb mit Bahnen und Schiffen, die schon rund um die Uhr fahren, nur eine Chance, wenn sie auch nachts flogen. Mit einer einmotorigen Junkers A 20 mit offenem Cockpit übernahm Helm den Abschnitt Berlin-



Aufsehen erregte der Erkundungsflug nach Tokio über Bagdad, Kalkutta, Bangkok, Hanoi und Hongkong vom 22. April bis 22. Mai 1939: die Besatzung unter Flugkapitän Alfred Helm (2.v.l.) mit der Junkers Ju 52/3m „Hans Loeb“ Foto: Deutsche Lufthansa AG

Warnemünde der Nachpoststrecke Berlin–Stockholm. Während Junkers Luftverkehr diese Nachtverbindung 1925 erfolgreich einrichtete, gelang der Konkurrenzgesellschaft Deutscher Aero Lloyd die regelmäßige Luftpostbeförderung auf der Strecke Berlin–Stettin–Kopenhagen.

Danach entschieden sich beide Gesellschaften für die Personenbeförderung mit mehrmotorigen Flugzeugen. Unter dem Einfluss der Reichsregierung schlossen sie sich am 6. Januar 1926 zur Deutschen Luft-Hansa AG zusammen. Schon vier Monate später eröffnete diese nach um-

fangreichen Vorbereitungen die erste Nachtfluglinie im Passagierluftverkehr.

Um 2 Uhr nachts startete am 1. Mai 1926 im Scheinwerferlicht des Flughafens Berlin-Tempelhof eine Junkers G 24 mit geschlossenem Cockpit in Richtung Ostsee. Den dreimotorigen Tiefdecker mit neun Passagieren und drei Mann Besatzung führte Flugkapitän Helm. Die Bodenorganisation der Strecke war so ausgeführt, dass nach Ermessen des Nachtfliegleiters Hermann Köhl jegliche Gefahr ausgeschlossen war. Riesige Drehlichtscheinwerfer, Neonröhren und Gasbaken

wiesen wie Leuchttürme den Weg durch die Dunkelheit. Für den Notfall blinkten alle 30 Kilometer Landeplätze. Durch die Straßenbeleuchtung Danzigs konnten die Fluggäste nach der Zwischenlandung den massigen Turm der Marienkirche erkennen. Der Flug führte an Elbing vorbei, am Frischen Haff entlang auf die Pregelmündung zu und endete nach 650 Kilometern und fünf Stunden auf dem Flughafen Königsberg-Devau. Reisende in Richtung Moskau stiegen in das bereitstehende Flugzeug der deutsch-russischen Fluggesellschaft Deruluf um. Die Reisezeit von

Berlin nach Moskau betrug nun 15 Stunden gegenüber zweieinhalb Tage mit der Eisenbahn.

Über vier Millionen Flugkilometer

Mit der Übernahme weiterer Nachtflugstrecken lernte Helm die neuesten Navigationsinstrumente der Flugzeuge kennen und qualifizierte sich zum Nacht- und Instrumentenflugspezialisten. Er leitete in den Winterhalbjahren 1932 bis 1939 die Ausbildung der Lufthansa-Besatzungen im Instrumentenflug. Als alle Lufthansa-Flugkapitäne auf dem Flughafen Berlin-Tempelhof auch im Segelflug ausgebildet wurden, war Helm einer der ersten, welche die Prüfung bestanden. Er bewies sein Können schon kurze Zeit später mit einem Segelflug über Berlin von neun Stunden Dauer und nahm erfolgreich an den Segelflug-Wettbewerben 1936 und 1937 auf der Wasserkuppe in der Rhön teil.

Aufsehen erregte die Besatzung unter Flugkapitän Helm mit einem Erkundungsflug nach Tokio über Bagdad, Kalkutta, Bangkok, Hanoi und Hongkong vom 22. April bis 22. Mai 1939 mit der Junkers Ju 52/3m „Hans Loeb“. In Berlin wurde die Besatzung, der man die Strapazen des 31.000 Kilometer langen Fluges nicht ansah, herzlich begrüßt.

Pilot und Flugtechniker war Helm im Zweiten Weltkrieg und vor allem beim Wiederaufbau des Passagierluftverkehrs. Als er 1959 in den Ruhestand eintrat, würdigte ihn die Mitarbeiterzeitung „Der Lufthansaat“ als einen Mitarbeiter, „dessen kameradschaftliches Wesen, dessen Lebensfreude und Humor nur noch von seinen hohen Fachkenntnissen übertroffen wurden“. Am Steuer von Flugzeugen legte Helm insgesamt mehr als vier Millionen Kilometer zurück, davon zwei Millionen im zivilen Luftverkehr. Er verstarb am 14. Februar 1965 in Berlin. Sein Grab liegt auf dem Kirchhof in der Paplitzer Straße 10–24 in Berlin-Lichtenrade.

HANS-INSEL

Wie der Whisky-Krieg endete ...

... und die Königreiche Kanada und Dänemark zu einer 1,2 Kilometer langen gemeinsamen Landgrenze kamen

Zwischen Kanada und Grönland, das ein autonomer Bestandteil Dänemarks ist, verläuft die Nares-Straße, welche die Baffin-Bucht, ein Randmeer des Atlantischen Ozeans, und den Lincolnsee im Arktischen Ozean verbindet. Mitten in der vom kanadischen Ellesmere Island im Nordwesten und Grönland im Südosten gesäumten Wasserstraße liegt ein 1,4 Kilometer langes,

1,1 Kilometer breites und 1,25 Quadratkilometer großes beziehungsweise kleines unbewohntes und vegetationsloses Eiland. Weil es mitten in dem zur Nares-Straße gehörenden Kennedy-Kanal liegt, ist seine Zuordnung zu einem der beiden benachbarten Königreiche kein Selbstgänger. Benannt ist die Insel nach dem grönländischen Übersetzer, Jäger und Arktisforscher

Hans Hendrik, der zwischen 1853 und 1883 an fünf Arktisexpeditionen teilnahm.

Seit 1920 beansprucht Dänemark ganz Grönland. Das ist auch international anerkannt. International nicht eindeutig geklärt war indes, wie weit Grönland reicht. Als 1973 eine Grenzlinie gezogen wurde, zeigte sich, dass die Insel auf ihr lag.

Es folgten nun kleine Unfreundlichkeiten, mit denen beide Staaten ihren Anspruch auf die Insel deutlich machten. Kanada und Dänemark sind NATO-Partner und zivilisierte Mitglieder der westlichen Gemeinschaft mit bilateralen Beziehungen ohne historische Belastungen. So floss denn auch kein Blut. Allerdings lässt es schon aufmerken, dass Dänemark demonstrativ Militärflugzeuge über die Insel fliegen ließ.

In der Regel waren die Duftnoten, die gesetzt wurden, indes subtiler. 1984 hinterließen kanadische Soldaten auf der Insel nach ihrem Besuch nicht nur eine Flagge Kanadas, sondern auch eine Flasche kanadischen Whiskys. Es wurde zur Gewohnheit, dass Dänen wie Kanadier die Insel abwechselnd besuchten, um nicht nur die vom jeweils anderen zurückgelassene Flagge, sondern auch dessen ebenfalls zurückgelassene Flasche

Alkohol gegen eine selbst mitgebrachte auszutauschen. Man sprach deshalb auch vom Whisky War (Whisky-Krieg).

Das ist zwar ganz lustig, aber auch ein Whiskey-Krieg ist ein Krieg, und die Sache drohte zu eskalieren. Die Abstände zwischen den Besuchen wurden immer kürzer und die Besucher immer ranghöher. 2005 kamen die Außenminister der beiden Monarchien überein, den Konflikt einvernehmlich lösen zu wollen. Immerhin errichteten beide Staaten drei Jahre später eine gemeinsame Wetterstation auf der Insel. 2015 schlugen ein kanadischer Jurist und ein dänischer Gesellschaftswissenschaftler eine bei derartigen Fragen durchaus übliche Lösung vor, ein Kondominium, eine gemeinschaftlich ausgeübte Herrschaft, wie sie beispielsweise Preußen und Österreich über Schleswig-Holstein zwischen dem ersten und dem zweiten Einigungskrieg ausübten.

Statt zu einem Kondominium kam es jedoch zu einer Teilung. Vorletzten Dienstag unterzeichneten die Außenminister Kanadas und Dänemarks, Mélanie Joly und Jeppe Kofod, sowie der Regierungschef Grönlands, Múte B. Egede, einen entsprechenden Grenzvertrag. Für

einen längeren Bestand der Einigung spricht, dass man sich auf eine natürliche Grenze hat einigen können, eine mittig gelegene große Schlucht. Eine 1,2 Kilometer lange Grenze teilt nun die Insel in einen kanadischen West- und einen etwas größeren dänischen Ostteil. Mit ihr haben Kanada und Dänemark nun eine gemeinsame Landgrenze. Manuel Ruoff



Vom Osten aus gesehen: Die Hans-Insel

Foto: Toubletap



Hans Hendrik

VON WOLFGANG KAUFMANN

Is heute weiß niemand, wer Satoshi Nakamoto ist. Oder ob diese Person überhaupt existiert. Dabei gilt sie als Erfinder des Bitcoin, der ersten und auch weltweit gebräuchlichsten Krypto-Währung. Der Bitcoin verkörpert einen digitalen Vermögenswert, welcher als universelles Zahlungsmittel eingesetzt werden kann. Warum „Nakamoto“ so etwas für nötig hielt, schrieb er im Februar 2009 nach der Ausgabe der ersten 50 Bitcoins: „Das Kernproblem konventioneller Währungen ist das Ausmaß an Vertrauen, das nötig ist, damit sie funktionieren. Der Zentralbank muss vertraut werden, dass sie die Währung nicht entwertet, doch die Geschichte des vom Staat herausgegebenen Geldes ist voll von Verrat an diesem Vertrauen. Banken muss vertraut werden, dass sie unser Geld aufbewahren und es elektronisch transferieren, doch sie verleihen es in Wellen von Kreditblasen mit einem kleinen Bruchteil an Deckung.“

Im Gegensatz zu Euro, Dollar und Co. werden die nur virtuell existierenden Bitcoins von einem gigantischen, weltweit verzweigten Rechnernetzwerk verwaltet, das alle Transaktionen akribisch festhält, womit Währungsmanipulationen unmöglich sind. Außerdem ist der Bitcoin durch das verwendete kryptographische Verfahren auch vollkommen fälschungssicher. Und natürlich erfolgt die Herstellung des Digitalgeldes nicht vermittels der Druckerpresse, was der Inflation Tür und Tor zu öffnen vermag, wie wir derzeit wieder sehen können.

Allzeithoch bei fast 70.000 US-Dollar Stattdessen wird der Bitcoin „geschürft“. Aufgrund des Umstandes, dass es keine zentrale regulierende Behörde gibt, muss das Netzwerk die Existenz des Kryptogeldes immer wieder aufs Neue verifizieren. Bitcoin-Schürfer unterstützen diesen Prozess, indem sie die dafür nötigen, mit der Zeit immer komplexer werdenden mathematischen Aufgaben lösen, wofür eine immense Computerleistung nötig ist. Als Belohnung erhalten die „Miner“ dann neue Bitcoins, weswegen deren Gesamtmenge nach wie vor steigt, wobei „Nakamoto“ diese aber durch ein unveränderliches Netzwerkprotokoll auf insgesamt 21 Millionen begrenzt hat.

Und wenn etwas nicht in beliebiger Menge zur Verfügung steht, steigt normalerweise sein Preis, sofern es genügend Interessenten gibt. Das gilt auch für den Bitcoin. Beim ersten Warenaustausch unter Verwendung dieser virtuellen Währung bekam der Käufer am 22. Mai 2010 für 10.000 Bitcoins gerade einmal zwei Pizzen. Seitdem ist der Wert der Krypto-Währung regelrecht explodiert. Am 30. No-



Krypto-Anleger raufen sich die Haare: Der Bitcoin hat seit seiner Blüte 60 Prozent an Wert verloren

Foto: shutterstock

BITCOIN UND CO.

Ausweg oder Falle?

Krypto-Währungen galten eine zeitlang als „das neue Gold“: Eine feste Währung, geschützt vor der Inflationspolitik der Notenbanken. Doch nun breitet sich zunehmend Ernüchterung aus

vember 2013 war ein Bitcoin bereits 1000 US-Dollar wert, und am 17. Dezember 2016 überschritt der Kurs die Schwelle von 20.000 Dollar. Dem folgte ein heftiges Auf und Ab, bevor das Jahr 2021 neue Rekorde brachte. Bereits am 2. Januar lag der Wert eines Bitcoin bei 30.000 Dollar und wenige Tage später sogar bei 40.000 Dollar, was nicht zuletzt aus einem Bitcoin-Investment von Tesla in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar resultierte. Bis zum 10. November 2021 kletterte der Kurs auf das bisherige Allzeithoch von 68.744 Dollar. Ganz offensichtlich sahen viele Anleger im Bitcoin eine Rettung vor der Inflation. Anschließend ging es wieder steil bergab. Bis Juni 2022 verlor der Bitcoin mehr als 70 Prozent seines Wertes im Vergleich zum November des Vorjahres – und es könnte noch schlimmer kommen.

Dieser Kursverlust beim Bitcoin wie auch anderen Krypto-Währungen hat mehrere Ursachen. Zum Ersten wäre da

die Erwartung weiter steigender Zinsen in den USA und anderswo, was schlecht für das virtuelle Geld ist, welches keine Zinsen abwirft. Zum Zweiten zeigen sich die Finanzmärkte in der Tendenz schlecht gelaunt, weil die weltweit hohe Teuerungsrate auf die Konsumbereitschaft der Menschen drückt. Zum Dritten mehren sich aktuell die Probleme bei dem dezentralen Finanzdienstleister Celsius Network, über den viele Transaktionen mittels Bitcoin laufen. Und zum Vierten wurden unlängst vertrauliche Dokumente publik, die belegen, dass die Europäische Union an einem Bitcoin-Verbot tüftelt, welches es bisher nur in einigen autoritären Staaten wie der Volksrepublik China gibt.

„Nicht mal auf Sand gebaut“

Grund ist angeblich der enorme Stromverbrauch der Hochleistungsrechner, mit denen das Bitcoin-Schürfen betrieben wird. Forscher der Universität Cambridge

schätzen diesen auf rund 130 Terawattstunden jährlich. Zum Vergleich: Die gesamte Bundesrepublik verbrauchte 2020 rund 488 Terawattstunden. Also soll es dem „Klimakiller“ Bitcoin an den Kragen gehen. Allerdings liegt das Vorhaben derzeit auf Eis. Möglicherweise deshalb, weil die Ukraine jetzt auch um Spenden in der digitalen Währung bittet, wobei bis April 2022 tatsächlich bereits Bitcoins im Wert von mehr als 60 Millionen US-Dollar eingegangen sein sollen. Ebenso werden regierungskritische Gruppen in Russland nun mittels verdeckter und geheimdienstlich nicht nachvollziehbarer Zahlungen in Krypto-Währungen unterstützt.

Dabei dürfte der Ukraine und der russischen Opposition jetzt aber die gleiche böse Überraschung widerfahren wie der Führung des mittelamerikanischen Staates El Salvador. Um den nationalen und internationalen Zahlungsverkehr zu vereinfachen, beschloss Präsident Nayib

Armando Bukele Ortez im September 2021, den Bitcoin als offizielle Zweitwährung einzuführen und gab anschließend bis zum Mai 2022 über einhundert Millionen US-Dollar an realem Geld für die Anhäufung einer „Währungsreserve“ in Höhe von 2300 Bitcoins aus, deren Wert sich durch den jetzigen Kursverfall mehr als halbiert hat.

Nun herrscht große Unsicherheit, wie die Zukunft der Kryptos aussehen könnte. Steigt deren Wert wieder oder fällt er weiter? Für den US-Ökonomen Paul Krugman, der 2008 den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt, liegt die Antwort klar auf der Hand. Die immer noch ziemlich große Popularität des virtuellen Geldes gemahne fatal an die gigantische Immobilienblase, welche 2007 geplatzt sei. Dabei handele es sich bei Währungen wie dem Bitcoin sogar um „ein Haus, das nicht einmal auf Sand gebaut ist, sondern auf rein gar nichts“.

UKRAINEKRIEG

Ein neuer Held

Der in Memel geborene Nuntius des Papstes in Kiew blieb auch während der heftigsten Angriffe in der ukrainischen Hauptstadt

Am Vorabend des russischen Einmarsches in der Ukraine evakuierten die meisten diplomatischen Vertretungen ihre Vertreter aus Kiew. Viele Diplomaten verließen sogar die Ukraine, um dem russischen Beschluss zu entgehen. Einer von den zwei in Kiew verbliebenen Botschaftern war der Nuntius des Vatikans, Visvaldas Kulbokas, der 1974 in Memel geboren wurde. Hierfür erhielt der Nuntius von Präsident Selenskyj eine hohe Anerkennung. Auch in seiner Geburtsstadt Memel wird Erzbischof Kulbokas jetzt gefeiert.

Die katholische Kirche, zu der sich immerhin fast 90 Prozent aller Litauer bekennen, fristete unter den Sowjets nach 1945 auch in Memel ein Schattendasein. Die erste Kirche, die in Memel 1947 eröffnen durfte, war eine orthodoxe Kirche, zu

der die ehemalige deutsche evangelische Friedhofskapelle umfunktioniert wurde. Bis 1988 war die kleine Christkönigskirche, die 1945 in etwa an der Stelle der 1782 errichteten ersten katholischen Kirche in der Töpferstraße errichtet worden war, die einzige katholische Kirche in der Stadt. Als Katholiken 1962 in Eigenregie mit dem Bau einer zweiten großen Kirche begonnen hatten, nahmen die Kommunisten sie ihnen weg und verwandelten sie in eine Philharmonie.

Erst 1988 wurde die Kirche den Gläubigen zurückgegeben. In den 1990er Jahren entstand dann auch in Memel eine Reihe neuer katholischer Kirchen. Bis heute gehört die Stadt Memel jedoch zum Leidwesen der dort lebenden fast 100.000 Katholiken zum katholischen Bistum Tel-

sche [Telšiai]. Diese Stadt hat noch nicht einmal 25.000 Katholiken.

Umso mehr freuten sich die Katholiken in Memel, als 2021 mit Kulbokas erstmals einer der Ihren durch Kardinal Pietro Parolin in Wilna zum Erzbischof geweiht und kurz darauf zum Apostolischen Nuntius in der Ukraine ernannt wurde. Kulbokas war nach dem Abitur in Memel 1992 ins Priesterseminar von Telsche eingetreten. Von 1994 bis 2004 hat er in Rom studiert, wo er den Titel eines Lizentiaten in Kirchenrecht und eines Doktors der Theologie erwarb. Am 19. Juli 1998 war er zum Priester geweiht worden. Nach einer Zusatzausbildung an der Päpstlichen Akademie für den diplomatischen Dienst arbeitete Kulbokas ab 2004 im Außenamt des Vatikans im Libanon, in den Niederlanden, in der Russi-

schen Föderation, im Büro des vatikanischen Staatssekretariats für die Beziehungen zu den Staaten und in Kenia.

Tag- und nächtelang im Bunker

Im Interview mit der litauischen Zeitung „Laikmetis“ erklärte Kulbokas, warum er in Kiew geblieben ist. Sein Auftrag als Botschafter des Heiligen Stuhls habe zwei Aspekte. Es sei ein Auftrag an die ukrainische Regierung und an die ukrainischen Kirchen. Deshalb sei seine Aufgabe als Bischof auch eine pastorale. Wie Pfarrer und Priester sollte auch ein Bischof bei seinem Volk sein. Die Tage zu Beginn des Krieges seien schwierig gewesen, vor allem bei Luftangriffen habe man die Schutzkeller oder die U-Bahn aufsuchen müssen. Dort habe er auch

manchmal Gottesdienste geleitet. Bei unklarer Situation kam es vor, dass der Nuntius tage- und nächtelang in den Schutzräumen verbracht hat. Manchmal sei sogar der Kontakt zum Vatikan abgebrochen. Dann sei es nur noch darum gegangen, wie bei allen Bürgern Kiews, zu überleben.

Auch weil der Nuntius des Papstes in Kiew geblieben ist, konnte Kardinal Parolin vor der UN-Generalversammlung verkünden, dass der Heilige Stuhl bereit sei, eine Plattform für den Dialog zwischen der Ukraine und Russland zu sein. Es sei gerade in der Hochphase des Krieges sehr wichtig eine offene Plattform zu haben, erklärte der Nuntius. Der Heilige Stuhl sei stets um Dialogmöglichkeiten bemüht. Aber man könne nichts erzwingen. *Bodo Bost*

ALLENSTEIN

Bahnhofsneubau schreitet voran

Neue Visitenkarte der Stadt – Der Plan sieht vor, Altes mit Neuem zu verbinden

VON DAWID KAZANSKI

Ein moderner, segelähnlicher Baukörper, ein komfortabler Innenraum, behindertengerechte Einrichtungen – das soll das neue Bild des Allensteiner Hauptbahnhofs werden. Die Arbeiten werden aus EU-Mitteln des Entwicklungsprogramms Ostpolen und aus nationalen Fonds finanziert.

Das alte Bahnhofsgebäude wurde abgerissen und soll durch einen Neubau ersetzt werden. Das Gebäude wird auf einem trapezförmigen Grundriss errichtet, mit einem charakteristisch geschwungenen Dach, das über die Fassade hinausragt. Es wird sich auf die Besonderheit der Woiwodschaft Ermland und Masurien beziehen. Das neue Bahnhofsgebäude soll zudem mit hochwertigen Materialien ausgestattet werden. Das gesamte Innere und Äußere will man in gedeckten Farben halten, deswegen dominieren Weiß und Grau. Die moderne, unverwechselbare Form des Gebäudes hat eine große Chance, eine neue Visitenkarte der Stadt zu werden.

Der Bau wird aus drei Stockwerken bestehen – zwei oberirdischen und einem unterirdischen. Dieses wird mit dem Bahnhofplatz und dem Tunnel verbunden, der zu den Bahnsteigen und zum Stadtteil Zatorze führt, und gerade haben mit der Untertunnelung die Modernisierungsarbeiten begonnen. Die unterste Ebene des künftigen Hauptbahnhofs wird durch eine Unterführung getrennt sein. Im westlichen Teil soll es eine zweistöckige Halle geben, um die herum die Räume für die Fahrgastbedienung eingerichtet werden – ein Warteraum, ein Kassenbereich, Toiletten und Geschäftsräume. Im östlichen Teil werden wiederum Lager- und Technikräume



Abrissarbeiten: Hier soll das künftige Bahnhofsgebäude entstehen

Foto: D.K.

und im ersten Stock Büros für Eisenbahnunternehmen untergebracht.

Der moderne Bahnhof bricht jedoch nicht mit der Vergangenheit. Die alten Elemente – die charakteristischen Wandmosaiken und die Leuchtreklame „Bahnhof“ – werden ebenfalls ihren Platz im Bahnhofsbereich finden. Man beabsichtigt, sie zu renovieren und in dem neuen Gebäude angemessen zu integrieren. Das Gebiet um den Bahnhof wird neu erschlossen, sodass neue Grünflächen entstehen sowie eine neue Beleuchtung installiert wird. Daneben soll es Zierele-

mente geben, und ein Parkplatz wird angelegt.

Bequemer mit der Bahn ins südliche Ostpreußen

Die Sanierung des Allensteiner Hauptbahnhofs ist eines der letzten Elemente eines größeren Projekts – der Modernisierung der Eisenbahnlinie Nr. 216 auf der Strecke Soldau-Allenstein, die mit Mitteln aus dem Programm für die Entwicklung Ostpolens durchgeführt wird. Der Zugverkehr auf diesem Abschnitt wurde bereits im Dezember 2019 wieder aufge-

nommen. Der Umbau der Strecke hat den Reisekomfort zwischen Allenstein und Warschau beziehungsweise Danzig deutlich erhöht. Die Fahrten sind kürzer und sicherer geworden. Die Reisenden nutzen bereits zwölf modernisierte Bahnhöfe und Haltestellen, unter anderem in Hohenstein, Neidenburg, Wapltitz, Stabigotten und Ganglau. Die völlig neuen Haltestellen Allenstein-Deuthen und Allenstein-Mitte wurden ebenfalls gebaut. Alle Einrichtungen sind auch für Menschen mit Behinderungen vollständig zugänglich.

PALMNICKEN

Sonderbriefmarken zum 75. Jubiläum

Bernsteinkombinat bietet Erzeugnisse zu Vorjahrespreisen an – Die Nachfrage bleibt konstant

Eines der wenigen Unternehmen, das die Preise für seine Produkte nicht erhöht hat, ist die Bernsteinfabrik in Palmnicken. Obwohl die meisten Dienstleistungen und Waren im nördlichen Ostpreußen in den letzten Monaten deutlich teurer geworden sind, kann man die Produkte des Bernsteinkombinats zu den Vorjahrespreisen kaufen.

In diesem Jahr feiert die Fabrik ihr 75-jähriges Bestehen. Sie wurde 1947 auf der Grundlage der Königsberger Bernsteimanufaktur gegründet, die seit dem 19. Jahrhundert in Palmnicken [Jantarnij] ansässig war. Die Bernsteinfabrik Palmnicken ist das weltweit größte Industrieunternehmen für die Gewinnung und die Verarbeitung von Bernstein. Es befindet sich auf dem Gelände des größten Bernsteinvorkommens der Welt. Die Manufaktur ist ein vollstufendes Unternehmen, das heißt, es geht nicht nur um die Gewinnung von Rohstoffen, sondern auch um die Herstellung von verkaufsfertigem Schmuck.

Damit die Menschen in den verschiedenen Teilen der Russischen Föderation die im Werk hergestellten Kunstwerke kennenlernen können, wurde beschlossen, eine limitierte Auflage von Gedenkbriefmar-

ken herauszugeben. 600.000 Briefmarken mit einzigartigen Kunstwerken, die in der Bernsteinfabrik hergestellt wurden, sind in den Postämtern des Landes eingetroffen.

Die Zeremonie der Briefmarkenentwertung der Postwertzeichen fiel zeitlich mit dem 75. Jahrestag der Gründung der Anlage zusammen. Speziell für das denk-

würdige Ereignis wurde ein Poststempel mit der Inschrift „Kaliningrader Bernsteinkombinat. Bernsteinprodukte“ hergestellt. Nach einem Tag wurden die Sondermarken wieder aus dem Verkehr gezogen. Die entwerteten Briefmarken können nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet werden, haben aber einen besonderen philatelistischen Wert.

Zum ersten Mal wurden Briefmarken herausgegeben, die einzigartige Schmuckstücke zeigen, die in der Fabrik zu verschiedenen Zeitpunkten ihrer Geschichte hergestellt wurden. Auf den Briefmarken sind Bernstein-Souvenirs abgebildet wie ein Nest, ein Granatapfel, ein Nussknacker und ein Kiver (Kopfbedeckung). Jede Briefmarke hat eine Größe von 30 mal 42 Millimetern. Die Auflage jeder Briefmarkenart liegt bei 150.000 Exemplaren. Die Postämter des Königsberger Gebiets erhielten 30.000 Briefmarken, 7500 von jedem Typ. Der Nennwert einer Briefmarke beträgt 25 Rubel.

Erwähnenswert ist, dass die Nachfrage nach Bernstein ungebrochen hoch ist. Zu Beginn der Coronavirus-Pandemie im Jahr 2020 etwa produzierte das Bernsteinkombinat 525 Tonnen Bernstein – ein historischer Rekord für die Förderung. In diesem Jahr sollen 500 Tonnen gewaschen und gereinigter Bernstein abgebaut werden. Der größte Teil des Rohbernsteinvolumens wird anschließend über den elektronischen Handel an der St. Petersburgs Börse verkauft.



Sammlerobjekt: Typisch russischer Briefumschlag mit Sondermarken

Foto: J.T.



Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

Teil eines Pilotprojekts

Allenstein – Das südliche Ostpreußen ist Teil des ersten Pilot-Programms in der Republik Polen für das bedingungslose Grundeinkommen. Die Teilnehmer an diesem Experiment werden zwei Jahre lang monatlich umgerechnet etwa 280 Euro erhalten. Das Projekt wird im südlichen Ostpreußen von dem Verband der ermländisch-masurischen grenznahen Gemeinden durchgeführt. Es soll erforscht werden, wie sich ein solches Einkommen „für nichts“ in der ganzen Republik auswirken würde. An dem Projekt nehmen die Einwohner der nördlichen Gemeinden Barten, Bartenstein-Land, Braunsberg-Land, Buddern, Dubeningen, Landsberg, Lichtenfeld, Schippenbeil und Drengfurth teil. Der Verband der ermländisch-masurischen grenznahen Gemeinden ist der Meinung, dass das Projekt noch nicht ausgereift sei. Die Befürworter der Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens meinen hingegen, dass es die Armut begrenze und die Ungleichheit der Gesellschaft beseitige. PAZ

Herrenhaus droht Kollaps

Neuendorf – Eine Hauswand des ehemaligen Gutshofs in Neuendorf ist Ende Mai eingestürzt. Nach dem Vorfall hielt der Ausschuss für Notfälle von Pillau, in dessen Nähe das Gutshaus liegt, eine Dringlichkeitssitzung ab. Der Ausschuss stuft das Gebäude als baufällig und somit gefährlich ein. Die inneren Trennwände erwiesen sich als zerstört, sodass jeden Moment das gesamte Gebäude einzustürzen drohte. Die Behörden sicherten das gefährdete Haus mit einem Zaun und stellten Warnschilder auf. Der Eigentümer des Gebäudes ist lettischer Staatsbürger, und die Pillauer Behörden konnten ihn nicht erreichen. Da die Verwaltung kein Recht habe, „gegen das Eigentum eines anderen vorzugehen“, ersuchte sie Hilfe beim lettischen Konsulat, um den Eigentümer ausfindig zu machen. Das Neuendorfer Herrenhaus verfügte über zwei Stockwerke mit einem Keller und Dachboden und wurde Ende des 19. Jahrhunderts erbaut. MRK

Schulden für Heizkosten

Königsberg – In der Gebietshauptstadt beliefen sich die Schulden beim Energieversorger „Kaliningradteploset“ Anfang Mai auf umgerechnet knapp 20 Millionen Euro, wie die Stadtverwaltung mitteilte. Dabei schuldeten 82,5 Prozent Privatpersonen die Heizungskosten für Wohnraum, 14,3 Prozent waren Eigentümer oder Mieter von Nichtwohngebäuden, zwei Prozent der Schuldner waren Verwaltungsgesellschaften und Bauträger sowie 1,2 Prozent Unternehmen und Organisationen des öffentlichen Sektors. „Kaliningradteploset“ hat gegen die Schuldner 1218 gerichtliche Anordnungen zur Eintreibung der Schulden beantragt. In nur sechs Fällen schloss es Ratenzahlungsvereinbarungen ab. MRK

**ZUM 101. GEBURTSTAG**

Rupsch, Herta, geb. **Grigull**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kuchen, Frieda, geb. **Komossa**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 25. Juni
Lyhs, Ruth, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 24. Juni
Meyer, Edeltraut, geb. **Gehra**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 77, am 24. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bessel, Werner, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Hähne, Brunhilde, geb. **Ziehe**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Simader, Charlotte, geb. **Loch**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 24. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Barnieck, Hildegard, geb. **Schmidt**, aus Lyck, Lycker Garten 61, am 30. Juni
Gottuck, Liesbeth, geb. **Jerosch**, aus Lyck, am 29. Juni
Pohner, Evemarie, geb. **Block**, aus Lyck, Lycker Garten 16, am 26. Juni
Poschadel, Irmgard, aus Wittlingen, Kreis Lyck, am 26. Juni
Rokitta, Erika, geb. **Magdowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 26. Juni
Tomkowitz, Elfriede, geb. **Samotia**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 27. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Burba, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Eggert, Edith, geb. **Schernack**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Juni
Feichtner, Waltraut, geb. **Ostaschinski**, aus Wiersbianken, Kreis Goldap, am 29. Juni
Hartmann, Inge, geb. **Eichler**, aus Louisenthal, Kreis Mohrunen, am 26. Juni

Heinrichs, Hildegard, geb. **Gerd**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni
Hildebrandt, Elfriede, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 28. Juni
Kirchenberger, Luise, geb. **Jakubczyk**, aus Lyck, Hindenburgstraße 16, am 25. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Birr, Herta, geb. **Sczesny**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Doerfert, Ella, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 28. Juni
Habedank, Walter, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 24. Juni
Kammler, Liesbeth, geb. **Pedak**, aus Liskan, Kreis Lyck, am 30. Juni
Krusche, Toni, geb. **Frenkler**, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Myska, Helene, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 29. Juni
Schulz, Erna, geb. **Baussus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Treßelt, Gertrud, geb. **Boersch**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 25. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Cordes, Lydia, geb. **Hensel**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juni
Eckert, Hannelore, aus Lyck, am 28. Juni
Gleibs, Gerhard, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 29. Juni
Gogoll, Günter, aus Sonnuau, Kreis Lyck, am 30. Juni
Kleinert, Hildegard, geb. **Danowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. Juni
Schwiering, Irmtraut, geb. **Broszewski**, aus Treuburg, am 27. Juni
Weiser, Herta-Johanna, geb. **Rohmann**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 28. Juni
Werner, Rudolf, aus Schapten, Kreis Ebenrode, am 29. Juni
Will, Lothar, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 24. Juni
Zekorn, Annemarie, geb. **Dieser**, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 29. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dibowski, Ewald, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni

Eberhardt, Ruth, geb. **Nass**, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Gieger, Udo, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Nitzko, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Radler, Inge, geb. **Joswig**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 24. Juni
Richter, Ruth, geb. **Fritzenwanker**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 30. Juni
Stawström, Anneliese, geb. **Kummetz**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Willert, Walli, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 25. Juni
Winkelmann, Helmut, aus Lyck, Steinstraße 5, am 26. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bruns, Gertrud, geb. **Schlicker**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 28. Juni
Budzinski, Ruth, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 28. Juni
Danger, Herta, geb. **Bundt**, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, am 29. Juni
Ferdian, Irmgard, geb. **Lojewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Juni
Grundmann, Marianne, geb. **Münchow**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Laskowski, Walter, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 28. Juni
Mairose, Elfriede, geb. **Mantwill**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Juni
Mischel, Erwin, aus Bieskobnick, Kreis Fischhausen, am 29. Juni
Sawatzki, Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 30. Juni
Schlüter, Helga, geb. **Oberpichler**, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Schulte, Herta, geb. **Wagner**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Juni
Thiemann, Karl-Heinz, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 25. Juni
Wegner, Irmgard, geb. **Chrzanowski**, aus Fylitz, Kreis Neidenburg, am 29. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berger, Anneliese, geb. **Prepens**, aus Lötzen, am 26. Juni
Beseler, Gertrud, geb. **Januskiewicz**, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Juni

Glaser, Ingrid, geb. **Raudies**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 29. Juni
Klatt, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Kornitzki, Erwin, aus Dosnitten, Kreis Mohrunen, am 29. Juni
Kühn, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Lau, Irmgard, geb. **Braun**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Mlodoch, Irmgard, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 25. Juni
Nuwel, Gerhard, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni
Sintenis, Ingobert, Kreisgemeinschaft Lyck, am 26. Juni
Spreckelsen, Adelgunde, geb. **Schwarz**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Stinsky, Helmut, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 30. Juni
Viohl, Dorothea, geb. **Müller**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 29. Juni
Wadehn, Manfred, aus Wischehnen, Kreis Fischhausen, am 24. Juni
Wottrich, Margot, geb. **Zirpin**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 30. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Block, Ewald, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 27. Juni
Heizmann, Elisabeth, geb. **Scheffler**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode und aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Hollstein, Lucie, geb. **Elitzko**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 27. Juni
Kaffka, Erich, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 28. Juni
Marzart, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 25. Juni
Meson, Erika, geb. **Bremer**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 26. Juni

Müller, Heinz, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Nürnberg, Hildegard, geb. **Kobialka**, aus Lyck, Morgenstraße 18, am 27. Juni
Ochs, Christel, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 26. Juni
Petruck, Gertrud, geb. **Bethke**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau und aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. Juni
Schreiber, Hildegard, geb. **Fernholz**, aus Mülsen, Kreis Fischhausen, am 28. Juni
Sobke, Rudolf, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 17. Juni
Steffan, Monika, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 25. Juni
Wurm, Karl-Heinz, aus Lyck, am 29. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Büchner, Margot, geb. **Michalski**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Juni
Chodkiewicz, Inge, geb. **Roddeck**, aus Wangnick, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Juni
Dombrowski, Siegfried, aus Milucken, Kreis Lyck, am 25. Juni
Dreier, Hanni, geb. **Kullik**, aus Seebücken, Kreis Lyck, am 30. Juni
Fuhrmanski, Günter, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 24. Juni
Günther, Heinz, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 29. Juni
Hartwig, Hans, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Hartwig, Klaus, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Holz, Hannelore, geb. **Serafin**, aus Schnellwalde, Kreis Mohrunen, am 25. Juni
Horst, Ilse, geb. **Laschat**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 26. Juni

ANZEIGE

Ohja Nordsee!

Nähe St. Peter Ording,
 Fewo frei für kurz entschlossene
 Naturfreunde, NR,
 Ki. + Hu. willk. ab 45 Euro p. T.
 T.: 04862-8052

Karock, Ilse, geb. **Rose**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Merkel, Peter, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, am 29. Juni
Schneege, Frank, aus Tykrehnen, Kreis Fischhausen, am 24. Juni
Stephan, Hannelore, geb. **Berger**, aus Finkenhausen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 26. Juni
Wickler, Hannelore, geb. **Sadowski**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 28. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Erwied, Dietmar, aus Neuginendorf, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Hansch, Christel, geb. **Tuttas**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni
Heinemann, Hannelore, geb. **Schroeder**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 26. Juni
Pukropski, Klaus, aus Breitenfelde, Kreis Neidenburg, am 28. Juni
Schallenmüller, Heidemarie, geb. **Bloch**, aus Lyck, am 30. Juni
Thielemann, Ruth, geb. **Kipar**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 28. Juni
Wieczorrek, Hubert, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 30. Juni

PAZ wirkt!

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn:
 Krawattenklammer und
 ein Paar Manschettenknöpfe
 mit Elchschaufel im schwarzen
 Velouretui für 35,- Euro
 zzgl. 5,- Euro Versand- und
 Verpackungskosten



Bestellung:
 Preußische Allgemeine
 Angela Selke
 selke@paz.de
 Tel: 040-414008-0

35,- Euro
 zzgl. Porto
 und
 Verpackung

Zusendungen für die Ausgabe 27/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 27/2022 (Erstverkaufstag 8. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 28. Juni**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)
1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin
7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (ge-

schlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der

Landsmannschaft Ostpreußen,
 Buchstraße 4,
 22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826,

E-Mail: info@ostpreussen.de,

Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Johannisbräuche

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, veranstaltete das Juni-Treffen in der Gaststätte Jahnheim. Der Vorsitzende Christian Joachim begrüßte Mitglieder und Gäste und gratulierte den Geburtstagskindern. Zu Beginn seiner Ausführungen zitierte er das Gedicht „Bewaffneter Friede“ von Wilhelm Busch, das gut zu der momentanen weltpolitischen Situation passt.

Anschließend bot er zusammen mit der zweiten Vorsitzenden Jutta Starosta einen Streifzug durch die Zeit um Johanni, die auch in Ostpreußen von vielen Bräuchen geprägt war. Der Johannitag liegt sechs Monate vor Weihnachten und drei Monate nach Maria Verkündigung. Zahlreiche Bauernregeln ranken sich um diesen Lostag. Passend zu dem umfangreichen Brauchtum trug Jutta Starosta eine Geschichte von Ruth Geede (siehe Seite 17) vor, die vom Johannisstrauß handelt. Die mitgebrachten Kräuter sorgten für lebhaftere Diskussionen und Einlassungen der Mitglieder.

Anschließend berichtete Kulturwart Bernd Hüttner über das Leben und Werk des Schriftstellers und Journalisten Arno Surminski. Aufgelockert wurde der Nachmittag mit dem Singen verschiedener Lieder und angeregten Gesprächen.

Das nächste Treffen wird am Sonnabend, dem 9. Juli, um 15 Uhr stattfinden. Die Ortsgruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, lädt alle Mitglieder dazu herzlich ein. Gäste sind willkommen. Es gelten die aktuellen Coronabestimmungen.



Der neu gewählte Vorstand der BdV-Ortsgruppe Wetzlar: Bruno Kutz (3. von links), der langjährige Vorsitzende, wurde erneut im Amt bestätigt

Foto: Ewert



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Vorstandswahl

Wetzlar (wf) – Der Ortsverband Wetzlar im Bund der Vertriebenen (BdV) hat seinen Vorstand für die nächsten zwei Jahre gewählt. Mit dem Ergebnis, dass im Blick auf die personelle Zusammensetzung von absoluter Kontinuität gesprochen werden kann. Erneut an die Spitze wurde der engagierte und langjährige 1. Vorsitzende Kuno Kutz aus Hüttenberg gewählt. Sein Stellvertreter ist Michael Hundertmark (Nauborn). Schatzmeisterin und in Personalunion auch Schriftführerin ist die in beiden Ämtern bewährte Gabriele Eichenauer aus Niedergirmes. Ihr Stellvertreter als Schatzmeister ist Steffen Eigner (Großaltenstädten) und als Schriftführer Michael Hundertmark. Komplettiert wird der Vorstand durch die Riege der Beisitzer mit Herta Bartl, Benno Niem-

czynski und Frank Steinraths (alle Wetzlar), Lydia Kiefel (Dorlar) und Gerda Weller (Waldgirmes).

Kuno Kutz stellte der Versammlung für das laufende sowie das kommende Jahr 2023 ein abwechslungsreiches Jahresprogramm vor, das den Mitgliedern und Gästen kulturelle wie gesellige Angebote macht. „Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung an unseren Terminen“, die, so Kutz, kein Selbstzweck des BdV-Ortsverbandes seien, sondern vom Selbstverständnis des BdV, seiner Ortsgruppen und Landsmannschaften getragen wird, das sich wiederum den Vorvätern und -müttern verpflichtet fühle, die Erinnerung an die alte Heimat, ihrer Kultur und Geschichte zu bewahren und an die nächsten Generationen weiterzugeben. Und zu dieser Geschichte gehöre leider auch das Unrecht der Vertreibung.

Der BdV wolle das Rad der Geschichte natürlich nicht zurückdrehen, darauf haben sich die Vertriebenen bereits in der „Charta“ von 1950 feierlich festgelegt. Allerdings zugleich auf die Verpflichtung, aktiv dazu beizutragen, dass das Recht auf Heimat „als eines der von Gott geschenkten Grundrech-

te der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird“. Zu allen Zeiten und überall.

Aus der Palette der Veranstaltungen ragt der Tag der Heimat heraus, der am 9. Oktober 2022, Beginn 14 Uhr, in der Stadthalle Wetzlar geplant ist und bei dem Prof. Dr. Helge Braun, CDU-Bundstagsabgeordneter aus Gießen, die Festansprache halten wird. Dieser jährlich wiederkehrende Tag der Heimat wird vom BdV-Kreisverband Wetzlar veranstaltet, der sich aus den BdV-Ortsverbänden Ehringshausen, Biskirchen und Wetzlar sowie nach dem vor zwei Jahren vollzogenen Beitritt des ehemaligen Kreisverbandes Gießen aus den OV Klein-Linden, Fernwald, Grünberg und Hungen zusammensetzt. Größter dieser sieben Ortsverbände im BdV-Kreisverband Wetzlar ist der OV Wetzlar.

Kutz, inzwischen 81 Jahre alt, kam nicht umhin, auf die negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeit des Kreisverbandes und der Ortsverbände einzugehen und zuletzt auch auf die Tatsache, dass das Durchschnittsalter der Mitglieder kontinuierlich nach oben gehe. Ein Trend, der sich nur durch

jüngere Mitglieder stoppen oder gar umkehren ließe, was allerdings – und dieses Problem stelle sich vielen anderen Vereinen und Verbänden ebenfalls – bekanntlich ein eher schwieriges Unterfangen sei.

Allerdings wollten sich Vorstand und Mitgliedschaft des BdV-Ortsverbandes Wetzlar davon nicht entmutigen lassen, sondern sich weiterhin engagiert für die Belange der Heimatvertriebenen und ihrer Nachgeborenen in der neuen Heimat einsetzen, wozu auch die wichtigen Kontakte des BdV zu den Kommunen bis hinauf zur hessischen Landesregierung zählten. Und nicht zuletzt ist es Kuno Kutz, der diesem Engagement ein Gesicht gibt. Er ist seit zehn Jahren Ortsverbands-Vorsitzender, gehört seit 17 Jahren dem Vorstand der Kreisgruppe Wetzlar der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen an, ist Vorstandsmitglied und Schatzmeister des BdV-Kreisverbandes Wetzlar und der Landesgruppe Hessen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen.

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Sommerfest der Ostpreußen

Anklam – Am Sonnabend, dem 2. Juli, findet von 10 bis 17 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt) das landesweite Sommerfest der Ostpreußen statt. Nach zweijähriger Coronazwangspause ist es der Auftakt für ein Jubiläumsjahr, denn die Landesgruppe der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern feiert 2022 ihr 30-jähriges Bestehen. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten sehr herzlich eingeladen. Musikalisch wird das Heimattreffen vom Posaunenchor Use-

dom festlich umrahmt. Am Nachmittag tritt ein russisch-ukrainisches Ensemble aus Berlin auf. Damit wollen die Ostpreußen ein Zeichen für Frieden und Verständigung setzen, die sie seit 30 Jahren mit ihren russischen Partnern im Königsberger Gebiet praktizieren. Zuletzt soll mit den Jagdhornbläsern Uecker-Randow e.V. ein kleiner Gedenkstein für Ännchen von Tharau eingeweiht werden. Dieser wurde an der gleichnamigen Linde in der Wallanlage am Steintor aufgestellt, als wegen der Corona-Bestimmungen keine Heimattreffen möglich waren. Wie immer ist für Königsberger Klopse, Kaffee und Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 500 Besucher. *Manfred F. Schukat*



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377.

Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Tel.: (05901) 2968

Bericht über unsere Juni-Versammlung

Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Oldenburg lud am 8. Juni ihre Mitglieder und Freunde wieder zu einer Veranstaltung ins Stadthotel Oldenburg ein. Dr. Gisela Borchers stellte drei Ostpreußen vor, die nach der Vertreibung in Oldenburg einen Wiederanfang wagten oder ihre Wirkungsstätte in Oldenburg fanden: Hans Fleischer aus Königsberg war fünf-

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-09-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

mal Oberbürgermeister unserer Stadt, Otto Springer gründete seinen Entsorgungsbetrieb aus Gedauen hier wieder, der heute von seinen Enkeln in dritter Generation geleitet wird.

Am 13. Juli treffen wir uns zum Kaffeeklatsch oder Schabbern im Bümmersteder Krug in Oldenburg.

Vorsitzende der Landsmannschaft der Ostpreußen und Westpreußen, Oldenburg



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Sommerfest der Ostpreußen

Bad Oldesloe und Tremsbüttel – Im Juni trafen sich die Ost- und Westpreußen aus Bad Oldesloe und Tremsbüttel bei Lieschen und Ulrich Klemens in Bad Oldesloe.

Im 3. Jahrtausend v. Chr. stand auf dieser Kuppe die Fliehbürg Truwangste der Prußen. 1255 errichtete der Deutsche Ritterorden

hier die Burg conigsberg. Die Burg wurde Komtursitz und kurz nach 1309 Sitz des Ordensmarschalls.

1506 verfügte Hochmeister Friedrich von Sachsen, dass die inzwischen drei entstandenen Städte folgende Namen erhalten sollten:

Schon 1544 wurde die Universität gegründet. Sie begann als Hochschule mit elf Professoren und 200 Studenten.

Am 18. Januar 1701 schlug die große Stunde in Königsberg, als sich Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg, zum König von Preußen krönte.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Feldmarschall Fermor residierte vier Jahre im Schloss.

Im 18. Jahrhundert gehörten auch die Ortschaften Sackheim, Roßgarten, Tragheim und Steindamm zur Stadt.

1807 zog Napoleon mit seinem Heer nach Russland, die königliche Familie kam auf der Flucht durch die Stadt.

In Königsberg entwickelte sich eine starke Wirtschaft: Werften, Waggon- und Maschinenfabriken, Ziegeleien, Nahrungs- und Genussmittelfabriken.

In zwei Bombennächten wurde die blühende Stadt Ende August 1944 vernichtet.

Einige Persönlichkeiten sind: Otto Braun, geboren 1872, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses.

Immanuel Kant, geboren 1724, größter Bürger der Stadt, fast ein halbes Jahrhundert mit der Universität verbunden.

Käthe Kollwitz, Graphikerin und Bildhauerin, geb. 1867, widmete sich besonders sozialen Themen.

Agnes Miegel, geboren 1879, Balladendichterin, Erzählungen von hohem Rang.

Antje Weißgerber, geboren 1921, Schauspielerin in bedeutenden und bekannten Filmen.

Das Thema regte zu weiteren Gesprächen an. Die Mitglieder dankten Lieschen und Ulrich Klemens für die Gastfreundschaft.

Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870.

Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Osterode

Bei Waldemar Czichon, dem langjährigen Organisator des Jahrestreffens in Hamm, war die Spannung groß, ob nach dreijähriger Corona-bedingter Pause.

Und tatsächlich füllte sich der Saal zunächst noch etwas zöger-



Beim Signieren seines Tannenberg-Buchs: Jürgen Ehmam

lich, weil wohl einige Teilnehmer den neuen Veranstaltungsort nicht auf Anhieb finden konnten.

Die Bürgermeisterin der Stadt Hamm, Monika Simshäuser, rich-

tete – noch sichtlich gerührt von der Totenehrung – ein einfühlsames Grußwort an die Anwesenden.

Kreisvertreter Gieseler griff in seiner Ansprache das Grußwort der Bürgermeisterin auf und führte aus: „Nach wie vor blutet mein Herz, wenn ich im Fernsehen die Trümmerwüsten der ukrainischen Städte sehe, wenn ich an die ge-

ANZEIGE

Advertisement for Lothar Paul Stockhaus, featuring his name, dates of birth and death, and a list of family members: Sandra, Boris, Maximilian, Olaf.

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: 'Bedrängnis, Dilemma', 'Besitzerin', 'Zweiges eines Baumes', 'abreisen', 'Fließ, Beflis-senheit', 'genau, gerade da', 'hoch achten', 'Vorname Chagalls', 'Götter-trank; Blüten-saft', 'aufsehen-erregen-der Vorgang', 'englische Prin-zessin', 'student. Organi-sation (Abk.)', 'Land-streit-kräfte', 'Flug-manöver', etc.

Schüttelrätsel

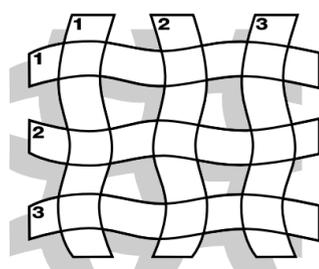
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern.

A crossword puzzle grid for 'Schüttelrätsel' with letters in the cells instead of questions. The letters include: BILMO, AELR, EILNS, EIPPS, AGRU, EEOS, ORSS, GIOR, AILMN, EEOR ST, AABDE, PSSS, ELOR, ESSU.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock.

A crossword puzzle grid for 'Mittelworträtsel' with words in the side blocks and empty cells in the middle. The words include: FRISCH, SAFT, DORF, BAUER, MODE, SERIE, BANK, SATZ, HAFER, HAUT, TENNIS, TANZ, HOLZ, BAU.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Früchte in Alkohol
2 Platz in München (Karlsplatz)
3 Mineralwasser mit Kohlensäure

Heimatkreisgemeinschaften

schundene und gequälte Zivilbevölkerung oder wenn ich an die unzähligen gefallenen Soldaten auf beiden Seiten denke. Wieder weinen in Europa Ehefrauen, Kinder und Mütter um ihre Männer, Väter und Söhne. Ich kann und will mich nicht daran gewöhnen.

Und doch beobachte ich eine gewisse Gewöhnung, die zusammen mit historischer Unkenntnis und politischer Inkompetenz eine gefährliche Mischung ergibt. Auch sehe ich eine gewisse Verwirrung bei den moralischen Bewertungsmaßstäben. So sagte kürzlich der Journalist Jan Fleischhauer: ‚Besonnenheit ist das neue Wort für Nichtstun.‘ Er meinte wohl, dass einige Politiker Besonnenheit vorzuziehen, um nichts tun zu müssen. Die Besonnenheit ist indes eine der vier Kardinaltugenden. Sie ist das Gegenteil von Maßlosigkeit, sie ist also das Einhalten des rechten Maßes. Bezogen auf die gegenwärtige Situation heißt dies konkret: Die Nachteile müssen für Putin deutlich empfindlicher ausfallen als die Vorteile, die er sich von etwaigen Eroberungen verspricht. Andererseits dürfen sie nicht so gravierend sein, dass der Krieg eskaliert und die ganze Welt mit in den Abgrund gerissen wird.

Das aktuelle Kriegs- und Flüchtlingseleid lässt gerade uns nicht kalt. In den vergangenen Wochen erhielt ich zahlreiche Anrufe von älteren Ostpreußen, die mir ihre Fluchterlebnisse erzählten. Dabei wurde mir deutlich, dass die alten Wunden der Kind-

heit wieder aufgebrochen waren. Ich fühle mit ihnen und erahne ihre Schmerzen.

Sichtbar wird in diesen Tagen aber auch der Unterschied zwischen Flucht und Zuwanderung: Der Flüchtling sucht vorübergehend Schutz vor den Kriegshandlungen in seiner Heimat und er wünscht sich nichts sehnlicher als zurückzukehren, sobald es die Lage zulässt. Der Zuwanderer kommt – wie der Name schon sagt – um zu bleiben. Diesen offensichtlichen Unterschied sprechen wir offen aus, auch wenn andere ihn verwischen wollen.

Jede Krise birgt in sich aber auch Chancen. Editha Westmann, die niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, weist in ihrem Grußwort zum Jahrestreffen unserer Landsmannschaft auf folgende Wechselwirkung hin: ‚Erinnerungen an das Leid und die Leistungen der deutschen Heimatvertriebenen schaffen Verständnis für die derzeit aus der Ukraine flüchtenden Menschen. Andersherum möge es sich genauso verhalten: Die Schicksale der ukrainischen Zivilbevölkerung sollten auch Empathie für die ostpreußischen Frauen und Kinder schaffen, die vor rund 80 Jahren aus ihrer Heimat vertrieben wurden.‘

Dazu passt eine kleine Begebenheit, die ich Ihnen gerne erzählen möchte: Als ich erfuhr, dass wir die bisherige Halle für unser Regionaltreffen in diesem Jahr nicht nutzen können, weil dort Flüchtlinge aus der Ukraine unter-

gebracht seien, rief ich den Besitzer der Halle an. Dieser glaubte zunächst, ich wolle mich beschweren. Aber ich sagte ihm, dass wir volles Verständnis für die Maßnahme hätten und jede Hilfe für die armen Flüchtlinge unterstützen. Denn wir seien ja selbst eine Flüchtlingsorganisation. Unsere Flüchtlinge seien jedoch über 80 Jahre alt und für sie sei der Austausch mit ihren Schicksalsgefährten gerade jetzt so wichtig. Der Hallenbesitzer war beeindruckt und sagte mir spontan zu, sich um einen Ersatz zu bemühen. Bereits nach einer halben Stunde rief er wieder an und nannte mir den Saal, in dem wir heute sind.

PAZ wirkt!

Dieses kurze Gespräch bestätigt die hoffnungsvolle Aussage von Frau Westmann. Ihr gesamtes Grußwort finden Sie übrigens in unserer *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* vom 10. Juni 2022. Ich empfehle all denjenigen, die die PAZ noch nicht regelmäßig lesen, sie zu abonnieren. Denn wir lassen Ihnen über die PAZ kurzfristig – wie jetzt beim Wechsel des Tagungsortes – wichtige Informationen zukommen und Sie können sich jede Woche umfassend darüber informieren, was sich in der ‚ostpreußischen Familie‘ so tut. Auch den überregionalen Teil lege ich Ihnen ans Herz. Die PAZ begleitet die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisch, aber nicht schlagwortartig, sondern konstruktiv und argumentativ ausgehend.

Liebe Landsleute, in wenigen Tagen fahre ich zu unserem nächsten Arbeitsbesuch nach Ostpreußen. Höhepunkt wird das Sommerfest der deutschen Minderheit im Freilichtmuseum in Hohenstein sein. Ich werde Ihre guten Gedanken und Grüße mit in die Heimat nehmen.“

Nach dem Ostpreußenlied und der deutschen Nationalhymne saßen die Teilnehmer noch lange bei Kaffee und Kuchen gesellig beisammen, während am Büchertisch Jürgen Ehmann sein neues Buch über das Tannenberg-Denkmal

fleißig signierte. Waldemar Czichon konnte – mit Recht – zufrieden sein.

Burghard Gieseler



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatomuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Treffen der Partner per Video

Bedingt durch den russischen Angriff auf die Ukraine sind unsere Verbindungen in den nördlichen, heute russischen, Teil Ostpreußens zum Erliegen gekommen. Es gibt leider kaum noch Verbindungen unserer Kreisgemeinschaft zur Stadt Pr. Eylau.

Am 7. Juni haben wir aus diesem Grunde ein digitales Treffen mit unseren Partnern im südlichen Kreisgebiet mit dem Bürgermeister aus Landsberg, Jacek Kostka, und der Bürgermeisterin der Gemeinden um Landsberg, Bożena Olshewska-Switaj, und aus der Stadt Verden, dem Bürgermeister Lutz Brockmann, dem Landkreis Verden der Stellvertretenden Landrätin Regina Tryta und der Leiterin des Kulturamtes Dörte Lübckemann verabredet.

Alle Partner waren pünktlich auf dem Bildschirm zu sehen und so konnte, natürlich mit der bewährten Übersetzung der Dolmetscherin Marta, ein sehr reger Austausch zwischen uns allen stattfinden.

Die Kreisgemeinschaft Pr. Eylau, die Stadt und der Landkreis Verden haben beschlossen, während der derzeitigen Situation die Partnerschaft mit Pr. Eylau vorerst ruhen zu lassen. Es gibt zurzeit keine Kontakte zu den offiziellen Partnern der Stadt Pr. Eylau. Wir aus



Diesmal online: Teilnehmer des digitalen Treffens Foto: KG Pr. Eylau

Deutschland vertrauen darauf, dass es eine „Zeit danach“ geben wird, wir wieder gemeinsam Brücken bauen können und wir dann vor allem die junge Generation erreichen. Daher sollen weiterhin die jährlich durchgeführten Jugendtreffen in Verden und in Ostpreußen im nächsten Jahr nur im südlichen Teil unseres Heimatkreises stattfinden. Wir werden uns alle Möglichkeiten für die Zukunft offenhalten, um weiterhin Brücken zur nächsten Generation zu bauen.

Der Bürgermeister der Stadt Landsberg erklärte, dass es einen einstimmigen Beschluss der Gemeinde Landsberg gäbe, die Partnerschaft zur Stadt Pr. Eylau, also den russischen Nachbarn, zu beenden. Dieses wurde von unserer Seite bedauert, ist jedoch unter diesen Umständen zu verstehen.

Die Partner aus Landsberg sprachen sehr bewegt über die Auswirkungen des russischen Angriffs auf das Nachbarland und drückten sehr ihre Sorgen darüber aus. Da sich seit vielen Jahren in dem Landsberger Bereich viele ukrainischen Familien bereits angesiedelt haben, kommen nun natürlich viele Flüchtlinge aus den bedrohten Bereichen aus der Ukraine dort ebenfalls an. Es befindet sich nahe Landsberg seit vielen Jahren eine ukrainische Schule. Die beiden Vertreter aus Landsberg waren zuversichtlich, dass diese Flüchtlinge weiterhin privat untergebracht werden können, da Sammelunterkünfte vor Ort nicht zur Verfügung stehen. Um die

Stadt Landsberg bei den humanitären Hilfen zu unterstützen, hat die Stadt Verden einen größeren Geldbetrag gespendet, wofür sich Herr Kostka sehr bedankte.

Herr Bürgermeister Kostka brachte sein großes Bedauern darüber zum Ausdruck, dass sich im 21. Jahrhundert seitens der Russen wieder die gleichen unmenschlichen Ereignisse abspielen, von denen er später oft von den ostpreußischen Einwohnern gehört hat, denen die rechtzeitige Flucht nicht gelungen war. Für dieses Statement von ihm habe ich mich im Namen aller Mitglieder unserer Kreisgemeinschaft bedankt. Denn über die leider so vergleichbaren Ereignisse der Flucht und den Gräueltaten an der ostdeutschen Bevölkerung, die uns Ostpreußen im und nach dem Zweiten Weltkrieg am schwersten und schlimmsten betroffen hat, wird nirgendwo in einer Zeitung öffentlich ein Wort verloren. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg scheint bei Allen heute vergessen zu sein!

Evelyn v. Borries



Regener Generationenaustausch: Beim Plachandern Foto: KG Osterode

JOHANNIS

Die Zeit der hellen Nächte

Die Mitsommernacht steht über dem weiten Land. Feucht und gut riecht die Erde, sie hat sich sattgetrunken an dem Gewitterregen der letzten Nacht. Im Garten sind die ersten Rosen aufgebrochen. Sie leuchten durch die matte Dämmerung. Ihr Duft vermischt sich mit dem Geruch des Heus und des blühenden Holunders. Auf den Wiesen singen die Grillen. Und in den Weiden am Ufer des kleinen Flusses schlägt der Sprosser.

Marie, das Kleinmädchen auf dem Hof, holt das Band aus ihrer Kammer, geflochten aus ihrem weißblonden Haar, und läuft dann zum Feld, um den Johannistrauß zu suchen. Sie bückt sich zu den Kräutern und Blumen des Grabensaumes. Krauseminze steht da, Beifuß und Hirtentäschel, die Wegwarte blaut auch im Abendlicht wie ein Fetzen Mittagshimmel, betäubend duftet die Kamille. Am Johannistag gepflückt, bringt sie

Segen. Wie Beifuß und Johanniskraut.

Die Marie möchte am liebsten singen, aber sie darf es ja nicht. Der Johannistrauß muss schweigend gepflückt werden. Kein Wort darf ein Mädchen sprechen, genau wie beim Osterwasserholen.

Nun hat sie acht Kräuter zusammen, das neunte fehlt. Am Wegrand kriecht Thymian in flachen violetten Kisseln. Sie pflückt ein Stängelchen und bindet es ein.

Nun zur Linde. Die steht mitten im Roggenschlag, und nur, wer hier zu Hause ist, findet den Weg durch das Korn. Die Krone des alten Baumes singt leise im Abendwind. Ab und zu raschelt es darin, ein später Vogel fliegt auf. Die Marie stellt sich mit dem Rücken zum Stamm und wirft zaghaft den Strauß über die Schulter. Schnell wendet sie sich um: Ist er hängengeblieben? Nein, er liegt auf dem Boden. Und die Marie muss noch

dreimal werfen, ehe er hängengeblieben.

Vier Jahre muss sie also noch warten. Das ist eine lange Zeit, wenn man an den Kristof denkt, den Großknecht. Schließlich ist er ein gutes Stück älter als sie. Amend ist er nachher zu alt zum Heiraten?

„Ach was“, sagt sie und lacht, „wenn’s der nicht ist, dann eben ein anderer.“ Sie ist ja noch so jung, noch nicht einmal achtzehn.

Doch dann schrickt sie zusammen, denn da raschelt es im Korn. Jemand kommt gegangen. Die Halme teilen sich: Es ist der Kristof. Da stehen sie nun und sehen sich an. Und sind sehr verlegen. Schließlich setzt er sich unter die Linde und lehnt sich an den Stamm.

Die Marie weiß nicht, was sie tun soll. Sie möchte sich auch gerne dazusetzen, aber der Boden ist noch feucht vom Regen. Sie steht da und dreht die Schürze um die Hände.

Er steht mit einem Ruck auf. Die Marie fährt zusammen und tritt einen Schritt zurück. Da lacht er: „Was bist so verschichert? Meinst, ich renn’ dich über.“ „Na, beinah’ hättst es getan“, sagt die Marie und lacht auch.

Sie steht nun dicht vor ihm, ihr ganz helles Haar reicht ihm gerade bis zur Brust. Ein rundes, braunes Gesicht hat sie, noch ein Kinderesicht, das man in die Hände nehmen möchte. Etwas Zärtlichkeit steigt in ihm auf.

„Mieke“, sagt er und legt seinen Arm um ihren dünnen Hals, „was meinst, wollen wir heut’ Abend springen?“ Mein Gott, das sagt er doch bloß so!

„Ich mein’ es ernst, mit sowas spaßt man doch nicht.“ Er zieht sie an sich, und sie lehnt den Kopf an seine Brust. „Komm, Miekele,“ und er setzt sich auf sein großes rotes ausgebreitetes Sacktuch und zieht sie auf seine Knie. Wie eine

Feder ist sie, so leicht. Aber stramme Waden hat sie, feste Waden. Die Marie zerknüllt den Johannistrauß in ihrer Hand, als sie die Arme um seinen Nacken schlingt.

Es ist schon spät, als heller Schein vom Operchtsberg verkündet, dass dort das Feuer entzündet ist. Ein Weilchen sitzen sie noch unter der Linde, über ihre Gesichter huscht der ferne Feuerschein. „So,“ sagt er und schiebt sie von seinem Schoß, „nun gehen wir springen.“

Das Feuer ist schon niedergebrannt, als sie angelangt sind. Die ersten Paare springen über die Glut, aus der noch Flammen züngeln. Sie greifen nach den Rücken der Mädchen, die an der Hand der Männer über den Stoß springen.

Der Kristof packt die Marie, als wollte er ihre kleine Hand zerdrücken. „Los, du,“ sagt er. Und sie springen. Die Marie schwebt leicht wie ein Vogel über das Feuer. Sie

hat keine Angst, der Kristof hält sie fest.

Die ganze Dorfjugend ist zusammengelassen. Und die Marie sieht, als sie wieder auf den Füßen steht, wie die Mädchen die Köpfe zusammenstecken. Sie weiß, was sie tuscheln: „Der Kristof und die Marie! Hättet ihr das gedacht? Das sind aber Heimliche!“

Und dann geht es den Operchtsberg hinunter zum Krug. Der Willem hat seine Harmonika mitgebracht, die ersten Takte klingen auf, die Paare finden sich. Auch die Marie und der Kristof tanzen. Er drückt sie fest an sich, damit alle es sehen sollen: Wir gehören zusammen.

„Was in der Johannisnacht zusammenkommt, das hält“, denkt die Marie. Und sie glaubt fest daran. Ganz fest.

Ruth Geede
(Aus: „Wie Blätter im Wind“, Roman)



OSTPREUSSENTREFFEN IN WOLFSBURG

Unermüdlicher Einsatz für die Heimat

Verleihung des Kulturpreises und des Preußenschildes – Laudationes auf die diesjährigen Preisträger der LO

Im Rahmen des diesjährigen Ostpreußentreffens der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), das am 11. Juni in Wolfsburg stattfand, verlieh die LO zwei ihrer höchsten Auszeichnungen, den Kulturpreis und den Preußenschild, an verdiente Landsleute, die sich in beispielhafter Weise für ihre ostpreußische Heimat eingesetzt haben. Im Folgenden die Ehrungen von Brigitte Stramm und Stephan Grigat im Wortlaut:

Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises für Wissenschaft an das Bildarchiv Ostpreußen

Viele Bilder, Familienalben und Dokumente haben die Kriegswirren und die Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen überlebt. Häufig befinden sich diese Bestände in Familienbesitz oder schwer zugänglichen Archiven. Wertvolle Originale sind nicht katalogisiert und werden nicht genutzt, weil sie nur dem Besitzer oder Fachleuten bekannt sind. Um auch jungen Menschen und privaten Nutzern den Zugang zur Geschichte und Kultur Ostpreußens zu erleichtern, ergriff der gebürtige Tilsiter Dr. Manfred Schwarz die Initiative und errichtete 2004 mit Unterstützung einzelner ostpreußischer Kreisgemeinschaften und der Landsmannschaft Ostpreußen ein zentrales Bildarchiv für Ostpreußen im Internet. Das Bildarchiv Ostpreußen war geboren. Mit hohem persönlichem Einsatz sprach Dr. Schwarz in der Folgezeit Privatleute, Kreisgemeinschaften und Einrichtungen wie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg oder das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen an, um Bilder für das Bildarchiv Ostpreußen zu gewinnen.

In dem Informatiker Thomas Mack fand Dr. Manfred Schwarz einen hervorragenden Systementwickler, dessen Fachkompetenz und Fleiß maßgeblich zum Erfolg des Projektes beigetragen haben. Es ist Mack gelungen, ein System von hoher Benutzerfreundlichkeit für die Besucher



Brigitte Stramm, Vorstandsmitglied der LO und Kreisvertreterin von Labiau, nahm die Ehrung vor: Der Kulturpreis für Wissenschaft geht an Thomas Mack (l.) und Dr. Manfred Schwarz (r.)

Foto: CRS

und die Einsteller zu programmieren, das er seitdem kontinuierlich weiterentwickelt. Für Privatleute ist sowohl die Nutzung als auch die Einstellung von Bildern kostenfrei. Der Dokumentation der Bildobjekte dienen Orts- und Gebietspläne sowie die Verortung über ein Messtischblatt. Einheitliche Kategorisierungen und Textdateien helfen bei der gezielten Suche. Dies spiegelt sich auch in den Besucherzahlen wider, die seit Jahren kontinuierlich steigen und mit 640.000 Zugriffen im Jahr 2021 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht haben.

Mit über 133.000 Bildern und rund 6000 Kartenwerken ist das von Dr. Manfred Schwarz und Thomas Mack sowie vie-

len anderen ehrenamtlichen Helfern betreute Bildarchiv Ostpreußen (www.bildarchiv-ostpreussen.de) heute das weltweit größte frei zugängliche Bildarchiv für Ostpreußen im Internet. Ein weiterer Meilenstein ist die 2021 abgeschlossene flächendeckende Integration der farbigen Generalstabskarten aus den Jahren 1888 bis 1904. Damit sind alle alten ostpreußischen Ortsnamen und Bezeichnungen für Flüsse und Seen kartografisch erfasst.

Das Archiv bearbeitet Anfragen aus der Geschichtswissenschaft und Bildbestellungen von Zeitschriften- und Buchverlagen. Es unterstützt Ausstellungen und Projekte im Königsberger Gebiet, im südlichen Ostpreußen und dem Memel-



Für ihr jahrelanges Engagement geehrt: Dr. Barbara Loeffke

Foto: PAZ-Archiv

land. Auch deshalb ist die Website mehrsprachig angelegt. Bekannte Einrichtungen wie das Herder-Institut in Marburg und die Deutsche Fotothek kooperieren mit dem Bildarchiv. Dr. Manfred Schwarz und Thomas Mack haben sich ehrenamtlich um die Sicherung, Erhaltung und Präsentation ostpreußischen Kulturgutes bleibende Verdienste erworben und einen grundlegenden Beitrag dazu geleistet, die Kultur Ostpreußens für künftige Generationen zu erhalten und sie an diese zu vermitteln. Wenn es um Bilder aus Ostpreußen geht, ist das Bildarchiv Ostpreußen

die erste Adresse, und das nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Abschließen möchte ich mit einem Wort des Dankes an den Freistaat Bayern für die Finanzierung des mit 5000 Euro dotierten Kulturpreises aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales.

Verleihung des Preußenschildes an Dr. Barbara Loeffke

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat beschlossen, Dr. Barbara Loeffke, die heute unfallbedingt nicht hier sein kann, mit dem Preußenschild auszuzeichnen.

Frau Dr. Barbara Loeffke ist die Witwe des ostpreußischen Forstmeisters Hans-Ludwig Loeffke, der 1957 das Ostpreußische Jagdmuseum in Lüneburg ins Leben gerufen hat. Nach dem Willen des Gründers sollte es ein Ort der Bewahrung und der Präsentation der Provinz Ostpreußen in der Diaspora sein und den Westdeutschen das Land zwischen Weichsel und Memel nahebringen.

Gemeinsam mit ihrem Mann setzte sich Dr. Barbara Loeffke über Jahrzehnte nachhaltig für die Entwicklung dieser musealen Einrichtung ein, aus der sich schließlich das heutige Ostpreußische Landesmuseum entwickelt hat. Nach dem Tode ihres Mannes setzt sie das gemeinsame Werk bis auf den heutigen Tag fort und erhebt, wo immer nötig, deutlich vernehmbar ihre Stimme für Ostpreußen.

Der Brückenschlag zu den heute in Ostpreußen lebenden Polen, Russen und Litauern beruht nicht zuletzt auf der erfolgreichen Museumsarbeit.

Die Landsmannschaft Ostpreußen wird daher Dr. Barbara Loeffke in dankbarer Anerkennung ihrer in überzeugender preußischer Gesinnung und Haltung erbrachten bleibenden Verdienste zur wahrheitsgemäßen Darstellung und Vermittlung ostpreußischer Geschichte und Kultur den Preußenschild als ihre höchste Auszeichnung verleihen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Zotabarg“ hat die Chance auf größere Bekanntheit

Wiedereröffnung der Bahnstrecke Breslau–Zobten erschließt den Berg neu – Museum zeigt Arbeiten von Jaroslav Vonka

Nach 22 Jahren wurde am 12. Juni die Bahnlinie Breslau–Zobten am Berge [Wrocław–Sobótka] wieder in Betrieb genommen. Nun erreicht man den 30 Kilometer von der Metropole entfernten heiligen Berg der Schlesier – mundartlich Zotabarg – mit modernen Zügen der Niederschlesischen Bahngesellschaft (Koleje Dolnośląskie).

Bürgermeister Miroslaw Jarosz freute sich, dass durch die reaktivierte Zugverbindung Zobten am Berge eine Chance bekommt, ähnlich wie Bad Flinsberg [Świeradów Zdrój], Krummhübel [Karpacz] oder Schreiberhau [Szklarska Poręba], ein lokaler Kurort zu werden. „Schließlich haben wir als Stadt viel zu bieten und eben nicht nur den Hausberg der Breslauer selbst“, sagt er.

Viele Touristen würden den Ort kaum kennen, da sie den Zobten direkt bestiegen, ohne zu ahnen, welch kleine Perle der Ort sei, meint Bartek Dziwak. Er ist Fotograf und Autor eines Reiseblogs. Dort gibt er auch den Tipp: „Nach Verlassen des Bahnhofs sollten Sie sich in Richtung der Hallenkirche St. Anna begeben. Im Inneren der einstigen Wallfahrtskirche sind der Hauptaltar von 1720 und die gotischen Heiligenfiguren

besonders interessant“, versichert Dziwak. Und wer schon mal dort ist, dürfe an den einzigartigen keltischen Steinheiligtümern aus der Bronzezeit nicht vorbeigehen, die an der Králové zu finden sind. „Eine der beiden erinnert an einen Löwen, die andere an einen Pilz, aber beide sind Fragmente von Menschenfiguren“, sagt er. In der Bronzezeit soll sich auf dem Zobten eine der nordöstlichsten Kultstätten der keltischen Boier befunden haben, eines Stammes der ursprünglich an Rhein, Main, Donau, in Böhmen, Mähren, der Slowakei, Ungarn, Österreich, auf den Balkan sowie in Oberitalien siedelte. Im Zobten-Museum (Muzeum Ślązańskie) finden sich archäologische Funde aus dem Leben der Boier.

Das Zobten-Museum zeigt auf Polnisch und Englisch eine Dauerausstellung zum Leben und Wirken des aus Horschitz [Hořice v Podkrkonoší] bei Königgrätz [Hradec Králové] stammenden Kunstschmiedes Jaroslav Vonka (1875–1952). Vonka war Professor an der Breslauer Städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule. 1934 kaufte er in Zobten am Berge ein Haus, weil er dem Lärm der Schlesischen Metropole entrin-



Im Zobter Museum zu sehen: Werke von Jaroslav Vonka

Foto: Wagner

nen wollte. Überdauert haben in Zobten am Berge nur zwei Fenstergitter von 1935. „Diese zierten die einstige Götsche-Apotheke (heute Apteka pod Orłem) am Ring“, so Jacek Witecki vom Breslauer Nationalmuseum. Ihm ist es anhand eines Fotos gelungen, das Vonka vor seinem Haus zeigt, dieses zu lokalisieren: „Es ist das Nachbarhaus von Götsche am einstigen Robert-Rößler-Weg. In diesem Haus lebte der Ausnahmekünstler der Moderne bis 1945, als er aus Zobten am Berge in seinen Geburtsort fliehen musste.“

Sehenswerte Ausstellung

Doch allein das Gebäude des Zobten-Museums ist sehenswert. Es befindet sich im einstigen Klosterhospital aus dem 16. Jahrhundert. Dziwak ist passionierter Wanderer und schickt seine Blogleser selbstverständlich auch den Zobten hinauf. „An der Marienkirche steht ein Aussichtsturm, der eine atemberaubende Sicht bietet. Wer sich an der Schönheit des Mettkauer Staubeckens [jezioro Mietkowskie] sattgesehen hat, wandert an dem roten oder gelben Wanderweg bis zum Bahnhof zurück“, sagt er. Die Züge fahren im Zweistundentakt.

Chris W. Wagner

HEIMAT IST UND BLEIBT HEIMAT

„Pommernland, mein Sehnen ist dir zugewandt“

Eine Reise in die Vergangenheit: Das Treffen des Heimatvereins Usedom-Wollin im Mai

VON ERWIN ROSENTHAL

Zu Christi Himmelfahrt stand um 8.30 Uhr vor dem Pommernhof in Heringsdorf ein Bus für die Mitglieder des Heimatvereins Usedom-Wollin bereit. Die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat Vertriebenen, auch Flüchtlinge genannt, wollten noch einmal – vielleicht zum letzten Mal – zu ihren und zu den Wurzeln ihrer Vorfahren, deren Stammbaum sich auf Usedom-Wollin über Jahrhunderte verfolgen ließ, zurückkehren.

Die Fahrt führte zunächst nach Swinemünde, Geburtsort mehrerer Teilnehmer. Mit der Kaseburger Fähre ging es von dort aus zur Insel Wollin und schließlich nach Kaseburg zur dortigen Dorfkirche. Die bereits im 15. Jahrhundert im gotischen Stil erbaute Marienkirche ist das älteste sakrale Bauwerk im heutigen Swinemünde. Sie beherbergt zahlreiche Schätze der mittelalterlichen und modernen Kunst, die nun auch für die Öffentlichkeit zugänglich

des Erzbistums Stettin-Cammin, war die erste christliche Kirche Pommerns. Baubeginn für das im spätromanischen Stil erbaute, im 15. Jahrhundert im gotischen Stil umgebaute Gotteshaus war 1175 gewesen. Nach einem alten geflügelten Wort waren die drei bedeutendsten Kirchen in Pommern die Stargarder „Hohe“, die Kolberger „Weite“ und die Camminer „Schöne“. Im Dom, der über die schönste Orgel von Pommern verfügt, brachte der polnische Organist Mariusz Stankiewicz exklusiv für die Gruppe sehr virtuos ein Konzert mit Werken von Bach und Buxtehude zu Gehör. Seine Ehefrau trug in deutscher Sprache das Volkslied „Der Mai ist gekommen“ vor, und zum Abschluss sang die Gruppe mit Orgelbegleitung das Pommernlied.

Kleines Orgelkonzert in Cammin

Im nahen Hoefschens Fachwerkhaus am Camminer Markt, einem der wenigen Häuser Cammins, das im Krieg unzerstört blieb, gab es Kaffee und leckeren Kuchen.

mitgeführte Textblatt nutzen. Das ist verständlich, wenn man berücksichtigt, dass die „Sänger“ nicht nur aus Greifswald, Zirchow oder Neppermin im heutigen Vorpommern, sondern auch aus Iserlohn, Neumünster, Berlin, Henningsdorf und Geesthacht kamen. Sie wurden zwar nicht in diesen Städten geboren, wuchsen aber dort auf und hatten dort ihre prägenden Sozialisationserlebnisse, denn nicht nur das Territorium, sondern auch der Dialekt, die Traditionen und das Brauchtum der Bewohner prägen das Heimatgefühl.

Zurück in die Heimat?

Wären ihre Eltern und Großeltern in die alte Heimat zurückgekehrt, hätten sie ihre Kinder beziehungsweise Enkelkinder kaum für diesen Schritt begeistern können. Selbst für jene, die später Wohneigentum in Swinemünde oder Misdroy erwarben, blieb Berlin oder Neumünster ihre Heimat. Ein Bäcker aus Misdroy, der jahrzehntelang in Niedersachsen gewohnt hatte, zog 1989 nach Bansin, kaufte dort

Bereits am Abend vor dem Ausflug hatte jeder einzelne im Wintergarten des Hotels bei einem Glas Rotwein seine Vita zu Gehör gebracht. Die Erinnerungen an Pommern waren bei vielen vage, denn sie waren bereits im Kindesalter mit ihrer Mutter, den Geschwistern und den Großeltern in die Fremde gezogen.

Die Flucht aus der alten Heimat hatte schon vor dem Kriegsende begonnen. 1500 Misdroyer, vor allem Frauen, Kinder und Alte, waren im Februar 1945 – die Front war schon nahe – vorsorglich mit Zügen der Deutschen Reichsbahn nach Burgdorf bei Hannover evakuiert worden. Viele Bewohner Swinemüdes hingegen, hatten ihre Heimatstadt Swinemünde erst unmittelbar nach dem verheerenden Bombenangriff vom 12. März 1945 verlassen. Sie waren „enthaust“ worden, hatten kein Dach mehr über dem Kopf.

Andere Bewohner der Doppelinsel und Hinterpommerns hatten sich dem Flüchtlingstreck angeschlossen. Sie führten ihr letztes Hab und Gut auf Pferde-

wachsener begreifen konnte, was seiner Mutter widerfahren war, als sie, von Soldaten der Roten Armee missbraucht, weinend zu ihren Kindern zurückkehrte. Und auf den Bauernhöfen wurden die deutschen Bauernfrauen zu Mägden, die hart für die neuen Besitzer arbeiten und essen mussten, was man ihnen zuteilte.

Aufgrund solcher und ähnlicher schlimmen Erlebnisse konnten die meisten Menschen den Sieg der Roten Armee nur schwerlich als Befreiung vom Nationalsozialismus begreifen, die es objektiv war. Auch diese Gruppe musste schließlich – bis auf sehr wenige Ausnahmen – ihre Heimat verlassen.

Jahrzehntelang blieb die provisorisch genannte neue Grenze unüberwindlich für die früheren Bewohner Swinemüdes und der Insel Wollin. Zum ersten Mal konnte eine größere Gruppe „alter“ Swinemünder und Misdroyer aus der Bundesrepublik im Jahre 1972 die alte Heimat auf dem Umweg über Schweden besuchen. Es handelte sich um echte Heim-



Herr Krüger aus Wartow, heute wohnhaft in Zirchow auf Usedom, ist in der Kolzower Kirche getauft worden. Seine Frau wurde in Swinemünde geboren



Die Kolzower Kirche ist von alten Linden und Kastanienbäumen eingerahmt: Eine Sechserkette der Teilnehmer reicht kaum aus für diese uralte Linde



Die Orgel im Dom zu Cammin von 1669. Sie besitzt 47 Register und 3300 Pfeifen. Ihr Erbauer war Michel Birgel aus Stettin: Auftraggeber und Stifter der Orgel war Herzog Ernst Bogislaw von Croy, dessen Porträt unter der Orgel angebracht ist



Es blieb nur Flieder: Frau Annaliesa R. aus Neumünster, früher Fernosfelde, zeigt den Teilnehmern die Stelle, an der früher ihr Elternhaus stand



Im Hoefschens Fachwerkhaus in Cammin, das im Krieg unzerstört blieb, wurde Kaffee getrunken Fotos (5): Rosenthal

sind. Ihre heutige Form hatte die Dorfkirche im Jahre 1826 durch Schinkel erhalten. Es folgten Stippvisiten in Lebbin und Kalkofen. Das kleine Dorf Lebbin am Stettiner Haff bietet einen schönen Blick auf das Swinedelta, ein seltenes Rückseidentdelta, mit mehr als 40 Inseln. Die Attraktion Kalkofens – zwei Teilnehmer hatten hier einige Jahre ihrer Kindheit verlebt – ist der türkisfarbene See, die frühere Kreidegrube von Ludwig Küster. Auf dem Komantschenberg am Ortseingang befindet sich der Gedenkstein für den bekannten pommerschen Mediziner Carl Ludwig Schleich, den Enkel Ludwig Küsters.

Mittagspause im attraktiven pommerschen Ostseebad Misdroy – früherer Heimatort einer Teilnehmerin. Anschließend wurde die Fahrt über die Dievenowbrücke aufs hinterpommersche Festland und zur früheren pommerschen Hauptstadt Cammin fortgesetzt. Der Camminer Dom, heute eine der beiden Kathedalkirchen

Die folgenden Stationen waren die Wolliner Orte Kolzow, in dessen Kirche mehrere Teilnehmer getauft wurden, Dannenberg und Fernosfelde. Das nahe gelegene frühere Guttsdorf Wartow, Heimatort eines Mitglieds, sollten wir nicht ansteuern, denn dort gäbe es nichts mehr zu sehen. Unverzichtbar war hingegen der Besuch des kleinen, idyllisch in der Inselmitte, zwischen drei Seen gelegenen Dorfes Dannenberg. Es war bis 1945 der Heimatort mehrerer Mitglieder.

Auch eine im Jahr 1936 in Fernosfelde geborene Dame wollte nicht auf einen Besuch ihres Geburtsortes verzichten. An den Bauernhof ihrer Eltern erinnerte jedoch nur noch ein in voller Blüte stehender Fliederstrauch. Über Rehberg und die Stadt Wollin ging es schließlich zurück nach Heringsdorf.

Beim Singen der fünf Strophen des Pommernliedes im Camminer Dom musste der eine oder andere das vorsorglich

eine Villa, nannte sie „Haus Misdroy“ und konnte von nun an ständig seinen früheren Heimatort am Ostufer der Pommerschen Bucht sehen.

Wie eine Antinomie oder eine Paradoxie mutet es an, wenn eine junge Frau aus Neumünster heute verkündet: „Wir wollen unser Haus in Misdroy kaufen“ (das frühere Haus der Oma). Bekanntlich hatte die Bundesrepublik Deutschland durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag und den bilateralen deutsch-polnischen Grenzvertrag vom 14. November 1990 alle Ansprüche auf die Ostgebiete des Deutschen Reiches aufgegeben. Damit hatten die Vertriebenen endgültig ihre alte Heimat, ihre Häuser, Äcker und Betriebe verloren.

wagen, Handwagen oder im Rucksack mit. Für sie war es ein sehr strapaziöser, von Hunger, Kälte, Entkräftung und Hoffnungslosigkeit geprägter Weg. Auf der Insel Wollin staute sich der Treck nicht selten über mehr als 15 Kilometer von Misdroy bis Ostswine.

Eine dritte Gruppe war in der Hoffnung, dass die Doppelinsel Usedom-Wollin mit Swinemünde und die Hauptstadt der preußischen Provinz Pommern, Stettin, deutsch bleiben würden, in der Heimat geblieben. Plakate an öffentlichen Plätzen und Rundfunkmeldungen hatten sie in dieser Ansicht bestärkt.

Rote Armee als Befreier? Wohl kaum

Der Einmarsch der Roten Armee und die spätere Inbesitznahme der Wohnungen, Häuser, Bauernhöfe und Betriebe durch die Polen brachte für die Zurückgebliebenen manch traumatisches Erlebnis. Ein Teilnehmer berichtete, dass er erst als Er-

wehtouristen, sie wurden in Pommern geboren, hatten hier ihre Jugend verlebt, eine Familie gegründet und ein Haus gebaut. Ernst Moritz Arndt brachte es auf den Punkt: „Und seien es kahle Felsen und öde Inseln, und wohne Armut und Mühe dort mit dir, du musst das Land ewig lieb haben.“ Auf der Rückreise wollte Frau Erna Z. aus Misdroy einen Blumentopf mit Erde aus der alten Heimat mitnehmen. Ein Zöllner verbot ihr das mit den Worten: „Hier wird keine Heimaterde mitgenommen.“

Seit der Vertreibung sind fast acht Jahrzehnte vergangen. Die Heimwehtouristen „erster Ordnung“ mit einer starken emotionalen Bindung an die alte Heimat sind verstorben. Für ihre Kinder und Enkel sind die pommerschen Ostseebäder vor allem lohnenswerte Urlaubsziele. Man muss daher kein Prophet sein, um zu verkünden, dass der Heimatkreis Usedom-Wollin spätestens in einem Jahrzehnt nicht mehr existieren wird.

GESCHICHTE UND MUSIK

Veranstaltungen in Pommern

Historische Gebäude in Pommerns einstiger Hauptstadt bieten dem Besucher kulturelle Höhepunkte

Museum für die Geschichte Stettins ab 28. Juni wieder geöffnet

Das Museum für die Geschichte Stettins im Alten Rathaus öffnet seine Tore für die Besucher. Die Ausstellungen können ab dem 28. Juni wieder besichtigt werden. Die Innenräume des Rathauses beherbergen Ausstellungen zur Stadtgeschichte und Kultur von den Anfängen – veranschaulicht durch archäologische Funde – über die Epoche der Pommerschen Her-

zöge, Schweden, Preußen und Deutschen bis hin zur polnischen Nachkriegszeit. Vom 5. bis 13. Dezember 1570 fand hier der Friedenskongress zur Beendigung des schwedisch-dänischen Krieges statt.

● Museum für die Geschichte Stettins, ul. Książa Mściwoja II 8, Szczecin. An Sonnabenden ist der Eintritt frei



Das Alte Rathaus in der Altstadt Stettins bietet mit den rekonstruierten Nachbarhäusern ein malerisches Bild

Internationales Orgelfestival in der Jakobskathedrale in Stettin

Vom 2. Juli bis zum 27. August wird herzlich zu Orgel-Konzerten und Kammermusik eingeladen. Das Internationale Orgelfestival findet zum 15. Mal in der Jakobskathedrale statt. Die einstige evangelische Jakobikirche ist eine der größten Kirchen Pommerns.

Hier erfolgte am 20. Februar 1827 die öffentliche Erstaufführung der Ouvertüre

zu „Ein Sommernachtstraum“ von Felix Mendelssohn-Bartholdy unter der Leitung von Carl Loewe.

● 2. Juli bis 27. August, Jakobskathedrale, ul. Św. Jakuba Apostoła 1, Szczecin. Das vollständige Programm im Internet unter: www.miedzynarodowy.festiwal.organowy.pl

„Eine Demokratie lebt von Gegensätzen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Es ist wirklich eine Schande, wie Uwe Tellkamp neuer Roman in den meisten Medien niedergemacht wird. Schön, dass Sie dagegenhalten. Bitte weiter so!“

Roman Hallmann, Hannover
zu: Monumentale Erinnerungsarbeit (Nr. 24)



Ausgabe Nr. 22

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINE PILLEPALLE-DISKUSSION
ZU: SPENDER AM PRANGER
(NR. 23)

Leider gibt es auf dieser Welt zu viele Menschen, die nicht in Frieden und Eintracht leben können oder wollen und stets auf der Suche nach Streit sind. Einer jener Menschen scheint unter anderem auch der Architekt und Schloss-Kritiker Philipp Oswald zu sein.

Wie anders soll ich das als parteiloser Spender für den Berliner „Schloss-Torso“ sonst deuten, was ich in dem PAZ-Artikel über ihn zu lesen bekam. Dass den hochverdienten Herren Wilhelm von Boddien und Prof. Dr. Richard Schröder durch den unverschämten Angriff Oswalds sozusagen der „Kragen platzte“, ist nachvollziehbar für jede Leserin und jeden Leser, welche ein gesundes Verhältnis zu Recht und Gesetz haben.

Mit Oswalds Aufforderung zum Gesetzesbruch werden hier ausgerechnet diejenigen Herren angesprochen, welche sich in beispielhaftem und offenem Wirken um das Schlossprojekt verdient gemacht haben. Mögen sie deshalb den Anfeindungen mit den absurden Forderungen widerstehen und standhaft bleiben.

Da kommt nun Oswald daher und will ausspionieren lassen, wer für das Projekt Berliner Schloss überhaupt spenden durfte beziehungsweise noch darf. Geht es noch? Auch ich fühle mich von diesem „Herrn der Korrektheit“ in unverschämter Weise persönlich angegriffen und bin ebenso erbost wie die bereits genannten Herren.

Wir könnten dann künftig auch gleich sämtliche geheimen Wahlen abschaffen und mündlich abstimmen lassen – und zwar laut und unüberhörbar. Gesinnungsschnüffelei hätte keine Chance mehr.

Herrn Oswald kann ich nur empfehlen, seine Trauer über den hässlichen und Gott sei Dank längst abgerissenen „Palast der Republik“ zu beerdigen und nicht anzufangen, wieder schandvolle DDR-Sitten zum Leben erwecken zu wollen. Wer kam einst überhaupt auf die witzige Idee, einen Schuhkarton mit Glasfassade und ei-

ner „Armee von Lampen“ Palast zu nennen? Im Wortsinn sollte eigentlich nur ein repräsentativer Prachtbau dieser Bezeichnung würdig sein.

Nun zur „Peinlichkeit“ mit dem Kreuz auf der Schloss-Kuppel sowie der hellen Empörung über die Bibelzitate der Friesinschrift. Das kann bei jedem geschichtsbewussten Menschen in unserem Staat eigentlich nur Kopfschütteln auslösen, zumal wir gegenwärtig mit wirklich echten Problemen ganz anderen Kalibers (darf man wörtlich nehmen) zu tun haben, deren Auswirkungen unvorhersehbar sind. Dagegen sind die derzeitigen Diskussionen in Berlin nur „Pillepalle“.

Ich zähle Herrn Oswald zu den „Weltverbesserern“, die selbst in 500 Jahren noch nach Rechtsverdächtigem aus der deutschen Historie fahnden würden, jedenfalls nach allem, was sie dafür hielten. Hat er eigentlich schon mal daran gedacht, über die Namensgeber für „ihr Schloss“, Wilhelm und Alexander von Humboldt, ein bisschen was irgendwie „Rechtes“ rauszukriegen? Es wäre doch gelacht, wenn sich da nicht wenigstens ein Krümel „falsches Gedankengut“ finden ließe. Martin Luther wurde aus heutiger Sicht ja auch schon verdächtigt.

Joachim Hennig, Balingen

NEUE DENKVERBOTE?
ZU: AUFGESCHNAPPT (NR. 23)

Martin Wageners Buch „Kulturkampf um das Volk“ gibt viele Stellen her, die zum Nachdenken anregen sollten. Eine davon, die allerdings losgelöst vom eigentlichen Text ist, ist die Danksagung auf der Seite 21. Hier führt er nur einen Namen an, schreibt aber dann: „Weitere Fachkollegen haben sich des Geschriebenen angenommen und inhaltliche Anregungen wie formale Korrekturen vermerkt. Ihre Bitte, an dieser Stelle nicht namentlich erwähnt zu werden, wird natürlich respektiert.“

Ist es schon wieder so weit, dass man Repressalien befürchten oder Angst um seinen Arbeitsplatz haben muss, sofern die eigene Meinung nicht der veröffent-

lichten Meinung entspricht? Der Radikalerlass (Berufsverbot) von 1972 ist anscheinend in einigen Köpfen noch vorhanden. Eine Demokratie lebt von Gegensätzen, auch wenn die der politischen Elite nicht gefallen.

Dr. Hans-Dieter Seul, Berlin

VERTRAUEN AUFBAUEN
ZU: DIE GUTEN JAHRE SIND VORBEI
(NR. 22)

Die Vereinigten Staaten werden sich immer stärker dem als Bedrohung empfundenen China zuwenden. Sie werden dem selbstgesetzten Anspruch, Hüter einer liberalen Weltordnung zu sein, immer weniger gerecht. Der militärische Schutzschirm wird erkaufte mit politischer und wirtschaftspolitischer Unterordnung. Das kann für Europa keine Zukunft sein.

Es scheint so, dass Deutschland zwischen die Mühlsteine der USA und Chinas gerät.

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

WIR NEHMEN ALLES NUR IN KAUF
ZU: KRIEG UND CORONA
SOLLEN VON EIGENEN IRRWEGEN
ABLENKEN (NR. 18)

Krieg und Corona sollen ablenken? Richtig ist: Kriege und Corona. Es ist schon fatal, dass in einem Staat, der die Menschen auslaugt, jene auch alles abnicken, was uns verkauft wird. Es ist ja nicht nur die Daseinsvorsorge, die wegbreicht, sondern wir werden in die Armut geschickt. Unser Staat strebt zunächst danach, dass es der Welt gut geht und dass es unseren Gästen gut geht. Und dann kommen wir, mit Abstand, versteht sich. Viele Menschen in unserem Land werden bald nicht mehr in der Lage sein, überhaupt noch eine Daseinsvorsorge zu treffen. Wovon denn auch?

Wir brauchen nicht auf die letzten sechs Jahre zurückzuschauen, als wir zum Gästehaus der Welt und Weltsozialamt wurden. Bleiben wir nur bei dem derzeitigen Krieg: Hier wurden und werden güns-

tige Lebensmittel in die Ukraine gegeben. Genau diese Lebensmittel benötigen hier in Deutschland sehr viele Menschen. Menschen, die sich nicht die Lebensmittel leisten können, die oft mehr als das Doppelte kosten. Lläuft das unter „Pech“ gehabt? Oder aber man ignoriert einfach die vorhandene Armut. Sie wird aber noch gewaltig zunehmen.

Die Energieversorgung wird auch zu einem Desaster. Hier hat die Politik völlig versagt. Kernenergie und Kohle wurden abgesetzt, ohne wirklich Ersatz zu haben. Wir haben stattdessen Energie (Kernenergie) aus dem Ausland dazugekauft. Muss eigentlich wirklich alles teurer werden, weil es Krieg in der Ukraine gibt? Diese Frage musste man sich auch zum Thema Corona stellen. Da wird ernsthaft überlegt, die Fahrstulstunden auf das Doppelte bis Dreifache zu erhöhen. Was, außer die enorme Erhöhung der Spritpreise, hat dieser Krieg damit zu tun? Gibt es wirklich eine Stelle in unserem Land, die das auf Richtigkeit prüft?

Es bleibt abzuwarten, ob die Bürger alles richtig finden, was die Politik vorgibt, und wie sie reagieren, wenn es ihnen an den „Kragen“ geht. Es werden dann genau jene sein, die dann laut nach dem Staat rufen und ihm Versagen vorwerfen. Seit dem Eintreffen der Flüchtlinge aus der Ukraine wurden mit einer „unglaublichen“ Geschwindigkeit Arbeitsplätze, Studienplätze oder Kindergartenplätze geschaffen. Das alles kostet viel Geld. Das hätten wir in Deutschland auch schon vorher dringend benötigt. Hier wurde jahrelang falsch gespart. Jetzt kommt man plötzlich mit einigen Millionen Euro um die „Ecke“.

Haben also zu viele Deutsche Angst, Kritik zu üben? Übersetzt man in Deutschland Kritik mit feindlicher Einstellung? Bist du nicht mein Freund, bist du mein Feind? Wir sind auf dem besten Weg, eine „Abknacknation“ zu werden. Kommen wir endlich dazu, nicht die Welt an erste Stelle zu setzen, sondern darauf zu achten, dass es uns gut geht. Erst wenn das der Fall ist, kann man auch etwas abgeben.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ANZEIGE

Verewigt statt gelöscht: Die Bhakdi-Videos jetzt auf DVD

■ So schnell wie Covid-19 auftauchte, so schnell befand sich die Gesellschaft in einem unaufhaltsamen, von Politik und Medien befeuerten Wahn von Panikmache, Maskenzwang, Lockdown und Impfchaos. Bürgerliche Freiheits- und Grundrechte wurden in einem nie da gewesenen Ausmaß eingeschränkt.

Solide Aufklärung jenseits politischer und medialer Panikmache

Prof. Dr. Sucharit Bhakdi zählt zu den Ersten, die es wagten, öffentlich und mit soliden wissenschaftlichen Erkenntnissen gegen die Herrschaft der Angst zu argumentieren. Woran erkennt man eine echte Pandemie? Wann sind Viren gefährlich? Warum eigentlich Masken? Was wissen wir über gentechnische Impfungen? Wem kann man noch trauen?

Die Angst der Eliten vor dem Gegenargument

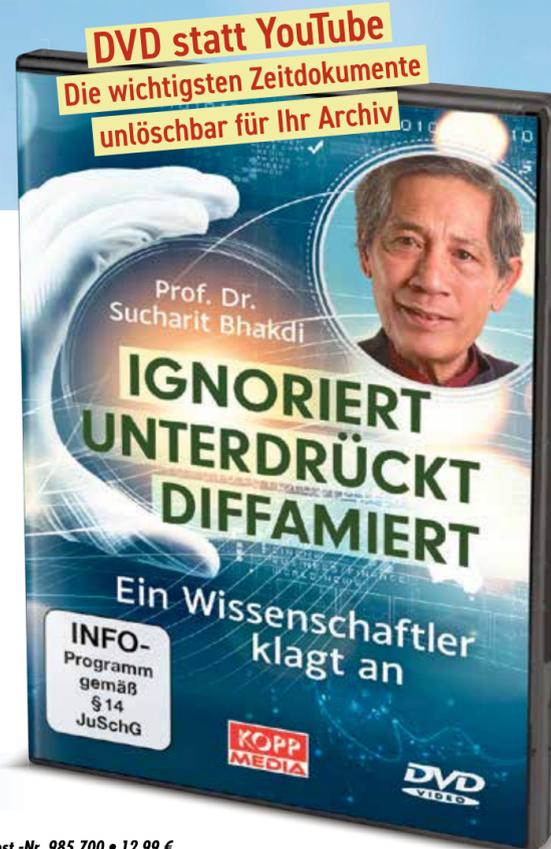
Millionenfach angeklickt, wurden zahlreiche Videos von Prof. Dr. Sucharit Bhakdi von YouTube und anderen Videoplattformen gelöscht. Diese Sammlung besteht aus seinen vier wichtigsten Videos und ver-

schafft Ihnen exklusiven Zugang zu den teilweise gelöschten. Es erwarten Sie:

- Der offene Brief an die Bundeskanzlerin
- Der Beitrag beim Kopp-Kongress zu den Themen Immunität, Herdenimmunität und Impfung
- Die brisanten Fakten zur Impfwirkung
- In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Arne Burkhardt: Die wissenschaftlichen Nachweise zu den Impfschäden

Mehr als 2 Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie haben die Menschen einen Anspruch auf eine sachliche und faktenbasierte Aufarbeitung der Krise, vor der sich die Verantwortlichen bis heute scheuen.

Mit einem Kauf dieser DVD unterstützen Sie den Verein MWGFD und damit die Arbeit von Prof. Dr. Sucharit Bhakdi und Prof. Dr. Arne Burkhardt.



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Prof. Dr. Sucharit Bhakdi: Ignoriert – unterdrückt – diffamiert • 2 DVDs • Laufzeit gesamt 230 Minuten • Best.-Nr. 985 700 • 12,99 €

HEIMATFORSCHUNG

Stadt im Watt

Das Atlantis der Nordsee? Andreas Busch entschärfte die Legenden über das in der Sturmflut von 1362 untergegangene Rungholt

VON MARTIN STOLZENAU

Das sagenhafte Atlantis könnte sich auch in deutschen Meeresgebieten befinden haben. Als heiße Kandidaten werden immer wieder Vineta in der Ostsee und Rungholt in der Nordsee gehandelt. Obwohl sich das mecklenburg-vorpommerische Barth Vinetastadt nennt und es dort ein Vinetamuseum gibt, ist die tatsächliche Existenz des untergegangenen Vineta bis heute umstritten.

Anders verhält es sich im Fall von Rungholt. Der Ort existierte tatsächlich westlich von Husum, wurde wohl in der zweiten Marcellusflut, der Großen Mandränke, im Jahr 1362 zerstört und hinterließ über Jahrhunderte nur noch Legenden, die über die Zeit eine immer größere Ausschmückung erfuhren.

Auf der Grundlage der Überlieferung suchten und fanden Heimatforscher im Watt zwischen Nordstrand und der Insel Pellworm die Überreste von Rungholt. Das reichte von Matthias Boetius über Peter Sax bis zu Andreas Busch, der vor 100 Jahren begann, die Puzzleteile zusammenzufügen und mit eigenen Nachforschungen für beträchtliche Funde sorgte, die heute im Nordfriesischen Museum in Husum besichtigt werden können. Der vor 50 Jahren gestorbene Rungholt-Archäologe wurde mit seinen Forschungen sogar überregional bekannt.

Reste von Holzschleusen im Watt

Er stammte aus der Region, wurde am 16. Juni 1883 auf Nordstrand geboren und entstammte einem alteingesessenen Geschlecht von Bauern und Müllern in Dithmarschen. Der Bäcker Sohn besuchte die Volksschule, konnte sich aber durch sein frühes Interesse für Landkarten viele heimatkundliche Erkenntnisse aneignen.



Landwirt und Hobby-Archäologe: Andreas Busch bei der Vermessung von Brunnenresten im Rungholt-Watt

Foto: pa

Als dann 1921 in der Nähe des eigenen Hofes beim Bau der Lithschleuse Überreste der Dorfkirche von Lith, das bei der Burchardiflut 1634 überflutet worden war, aufgefunden wurden, beschäftigte sich Busch mit der Vergangenheit des untergegangenen Dorfes. Dazu erschloss er sich ab 1922 die Legenden vom Untergang von Rungholt bis hin zur Lektüre der darüber schon bekannten Literatur, darunter die Schriften von Boetius und Sax. Busch studierte zudem geologische, hydrographische und wetterkundliche Erkenntnisse, historische Karten sowie die Entwicklung der Deiche und Siele.

Dazu stellte der Hobbyforscher vor Ort eigene Nachforschungen an. Die bei Ebbe im Watt entdeckten Überreste von Warften, Bauten und Zisternen sowie alte Heimatkarten wie die von Johannes Meyer von 1636 und die aufgefundene Handelsvereinbarung zwischen Rungholt und Hamburg, die wenige Monate vor der vernichtenden Marcellusflut abgeschlossen worden war, sorgten schrittweise für Aufklärung in der Rungholt-Frage.

Demnach war Rungholt eine Siedlung an der nordfriesischen Küste, galt ab dem 13. Jahrhundert als Kirchspiel und hatte vor der Marcellusflut 1362 nach den Be-

rechnungen von Busch zwischen 1500 und 2000 Einwohner. Das liest sich auf den ersten Blick wenig, für heutige Verhältnisse war es kaum mehr als ein Dorf flecken an der Küste. Doch man muss wissen, dass Kiel zur gleichen Zeit etwa die gleiche Einwohnerzahl hatte und Hamburg bei etwa 5000 lag.

Busch erkundete, dass Rungholt aus Lütke Rungholt, Grote Rungholt sowie Niedam bestand, dass die meisten Gebäude auf Warften standen und die Rungholter frühgermanischen Jastorf-Kultur bildete. Interessant ist auch der Fund von Resten zweier Holzschleusen, von umfangreicher

Importkeramik aus dem Rheinland bis hin zu einer Kanne aus Spanien sowie von Bronzegraben und Waffen. Das lässt auf eine rege Handelstätigkeit schließen.

In der Realität war Rungholt wohl ein bäuerlicher Handelshafen mit überregionaler Bedeutung und einigem Wohlstand. Als wirtschaftliche Grundlagen sind in zwischen Salzgewinnung, Viehwirtschaft und Handel überliefert.

Die Flut als „göttliche Strafe“

Der Untergang am 16. Januar 1362 während der zweiten Marcellusflut wurde in den ersten Legenden als „göttliche Strafe für lasterhaftes Leben und respektloses Verhalten gegenüber der Kirche“ interpretiert. Dazu gesellten sich über die Jahrhunderte phantasievolle Zuschreibungen vom angeblich großen Reichtum in Rungholt, weshalb schnell die Assoziation mit Atlantis aufkommt, das vom antiken Philosophen Platon als eine mit Gold und Silber nur so gesegnete Stadt beschrieben wurde.

Busch entblätterte die Legenden und reduzierte sie auf der Grundlage der Funde sowie wissenschaftlicher Berechnungen auf ein reales Maß und veröffentlichte seine Erkenntnisse in mehreren Schriften. Das entwickelte sich zu seiner Lebensaufgabe. 1963 verlieh ihm die Kieler Universität in Anerkennung seines Wirkens die Universitätsmedaille. Als derart geehrter Heimatforscher starb er am 7. Juli 1972 auf der Halbinsel Nordstrand.

Buschs Rungholt-Lebenswerk gilt heute als wissenschaftlich anerkannt. Er zerstörte die Illusion, dass dieser bäuerliche Flecken irgendetwas mit Atlantis zu tun gehabt hätte. Gold- und Silberschätze hat das Watt bis heute nicht freigegeben. Und dass im fernen Athen der Atlantis-Erfinder Platon überhaupt von dem nordfriesischen Rungholt jemals etwas erfahren hat, darf außerdem stark bezweifelt werden.

ARCHÄOLOGIE

Das Gold am Ende des Regenbogens

Es sah aus wie der Verschluss einer Schnapsflasche, entpuppte sich aber als Goldmünze – Ein Fund in Brandenburg gibt Rätsel auf

„Die Goldstücke waren überhaupt nicht in Umlauf“, sagt der Landesarchäologe Franz Schopper vom Archäologischen Landesmuseum in Brandenburg, denn sie seien nicht abgegriffen und nahezu prägefrisch. Nicht nur dieses Faktum wirft bei den Wissenschaftlern Fragen auf. Wie kamen diese Münzen aus einer Legierung von Gold, Silber und etwas Kupfer in brandenburgischen Boden, wo doch die Kelten nie in dieser Region lebten?

Der Rätsel gibt es viele rund um den Keltengoldschatz, den der ehrenamtlich tätige Bodendenkmalpfleger Wolfgang Herkt 2018 auf einem Acker nahe des Dorfes Baitz im Brandenburger Landkreis Potsdam-Mittelmark mit einer Sonde fand. Nachdem er bereits eine Weile die Gegend abgesucht und mindestens 20 Kilo Schrott dem Erdreich entrissen hatte, gab es ein besonderes Signal.

Zunächst hielt Herkt das blinkende Plättchen für den Verschluss einer Schnapsflasche. Doch weit gefehlt, bei näherer Betrachtung erwies sich der Fund als sogenanntes Regenbogenschüsselchen, also eine „nackte“, keltische Münze ohne Prägung. Die Bezeichnung Regenbogenschüsselchen erfolgt aufgrund der gebogenen Form und geht auf die Sage zurück, dass am Ende des Regenbogens ein

Schatz liege. Herkt wusste als Absolvent eines Lehrgangs des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, worum es sich dabei handelte.

Erfreut suchte er weiter und hatte schon bald elf Münzen gefunden. Er setzte das Landesamt für Denkmalpflege sogleich in Kenntnis, woraufhin die systematische Ausgrabung erfolgte und

42 Münzen (19 Vollstatere, 23 Viertelstatere – genormtes Gewicht, das sich an griechischen Vorbildern orientiert) zutage traten. Bisher gab es nur eine einzelne Münze dieser Art in Brandenburg, die in Paaren-Glien (Landkreis Havelland) gefunden wurde. Sie stammen aus der Zeit zwischen 130 und 30 vor Christus und sind auf einem Münzstock mit einem Schlägel geprägt.

Der Numismatiker stellte an Randspuren fest, dass es ein Gegenstück zu einer dieser Münzen in Hessen gibt. Da kämen diese sicher auch her, ist sich Schopper sicher. Wie sie jedoch in eine Siedlung der frühgermanischen Jastorf-Kultur gelangten, bleibt vorerst unklar. Lohn für Handel und Austausch, Beutegut oder Geschenk, alles wäre möglich und könnte die Handelsbeziehungen erhellen.

„Es handelt sich um eine qualitätvolle Goldlegierung. Da Gold recht weich ist, wäre es abgenutzt. Das ist hier nicht der Fall. Dieser Münzschatz ist also ziemlich gebündelt zusammen in unsere Region gekommen.“, erläutert der Mittelalterarchäologe Schopper. Es sei ein sehr großer Wert und überhaupt der zweitgrößte Sammelfund dieser Münzgruppe. Auch im keltischen Bereich gebe es nur einen, der größer sei. Man finde manchmal ein, zwei oder fünf Münzen, aber nie so viele.

Besucher können den Goldmünzschatz bei einer Sonderpräsentation im Archäologischen Landesmuseum in Brandenburg, das sich im mittelalterlichen St.-Pauli-Kloster befindet, noch bis zum 3. Juli bewundern. Danach überlässt man die Münzen der Forschung. In einem Institut in Mannheim erfolgen weitere Untersuchungen zur Metallurgie. Außerdem

bereiten die Mitarbeiter des Museums eine Sonderausstellung für das Jahr 2025 vor, in der sämtliche Funde keltischen Ursprungs aus dem Land Brandenburg präsentiert werden sollen.

Einen Finderlohn gab es leider nicht für den Bodendenkmalpfleger Herkt. Da auch das Land Brandenburg unter das sogenannte Schatzregal fällt, einer rechtlichen Regelung, wonach Funde und verborgene Schätze mit dem Auffinden zu Eigentum des Staates werden, ohne dass es dazu einer weiteren rechtlichen Vorgehensweise bedarf. Doch Brandenburgs Kulturministerin Schüle bemerkte, dass sich im Boden des Landes nicht nur archäologische Schätze befänden, sondern verwies als kleinen Dank auf das „weiße Gold“ Brandenburgs: den Spargel. Diesen galt es nun, mit dem Finder bei einem ausgiebigen Mittagessen zu verspeisen.

Bei der Mahlzeit kam dann noch eine Frage auf, auf die bislang niemand eine Antwort hat: „Warum prägten die Kelten, nicht immer, aber teilweise ihre Münzen in dieser ‚nackten‘ Form?“ Die Kelten bleiben ein rätselhaftes Volk. Silvia Friedrich

● Archäologisches Landesmuseum, Neustädtische Heidestraße 28, Brandenburg. www.landesmuseum-brandenburg.de



„Nackte“ Goldmünzen: Bodendenkmalpfleger Wolfgang Herkt betrachtet seinen Fund

● FÜR SIE GELESEN

Deutschlands
Pflanzengarten

„Warum in die Ferne schweifen“, fragt Ewald Weber, „wenn die heimische Natur mit so vielen aufregenden Pflanzen und Tieren aufwartet?“ Da Deutschland sowohl Küstenstreifen als auch Gebirge besitzt, findet man hier eine abwechslungsreiche Flora mit über 3000 verschiedenen wilden Pflanzenarten. Welch eine Fülle, die aber leider den meisten unbekannt und durch das Artensterben bedroht ist. In den fünf Kapiteln bringt der Autor den Naturinteressierten Deutschlands Flora näher und lüftet dabei auch so manches Geheimnis um die Pflanzen.

Aber auch praktische Tipps fehlen nicht, wie zu der Frage vieler Hausbesitzer: „Schadet Efeu den Bäumen und Mauern?“ Die Antwort ist in verknappter Form, dass es von Fall zu Fall verschieden ist und die Meinungen auseinandergehen. Jedes Kapitel ist interessant und bietet reichlich Informationen. Die Münchner Künstlerin Rita Mühlbauer stattete die Publikation mit bezaubernden Zeichnungen und Aquarellen aus.

Silvia Friedrich



Ewald Weber: „Wo die wilden Pflanzen wohnen. Geschichten über Kratzdistel, Besenginster & Co.“, Oekom Verlag, München 2022, gebunden, 22 Euro

Verklärte
Sichtweise

Manchmal wird ein Loblied als objektive Darstellung verkauft, wobei der Trick darin liegt, in die Eloge etwas Pseudokritik einzubringen. Das gilt auch für die angeblich „ehrliche Bestandsaufnahme des grünen Erfolges“ durch den früheren Leiter des Innenpolitik-Ressorts der „taz“, Ulrich Schulte. Dessen Buch „Die grüne Macht“ ist eine Verklärung der Ideologie und Politik der Grünen. Das zeigen schon Kapitelüberschriften wie „Annalena Baerbock. Senkrechtstarterin ohne Höhenangst“.

Manchmal liegt Schulte auch unfreiwillig richtig. So beginnt der Abschnitt zum Thema Corona mit dem Satz: „In der Krise zeigt sich, wer man wirklich ist.“ Allerdings meint er damit nicht, dass eine Partei, die in der Vergangenheit heftig gegen Genmais und ähnliche Dinge polemisierte, plötzlich zum fanatischen Befürworter von experimentellen mRNA-Impfstoffen mutierte. Vielmehr traten die Grünen nach Schultes Meinung erstaunlich unradikal auf. Was würde er wohl jetzt schreiben, wo sich das Scheitern der von den Grünen mitinitiierten „Energiewende“, die uns in die fatale Abhängigkeit vom russischen Gas und Öl getrieben hat, immer brutaler manifestiert? Und der smarte Robert Habeck, der laut Schulte „anders sein will als andere“, demütig vor grinsenden Ölscheichs diener.

W.K.



Ulrich Schulte: „Die grüne Macht. Wie die Ökopartei das Land verändern will“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2021, broschiert, 240 Seiten, 16 Euro

RATGEBER



FOTO: SHUTTERSTOCK

Unkraut mit
Potential

Brennnesseln verfügen über vielseitige nützliche Wirkungen für die Gesundheit, aber auch für die Schönheit. Eine Ernährungsberaterin zeigt in ihrem Ratgeber, wie man die wenig beliebte Pflanze für sich nutzen kann

Medizin am Wegesrand Zwar gibt es in Bioläden zahlreiche Produkte mit Brennnesselextrakt, aber die Ernährungsberaterin Barbara Simonsohn rät in ihrem Buch „Brennnessel“ dazu, die Pflanzen selbst zu sammeln und zu verwerten.

Nützlich sind nämlich alle Teile der Brennnessel, von den Blättern über die Wurzeln bis zu den Samen. Nicht nur bei rheumatischen Erkrankungen kann sie einge-

setzt werden, sondern auch für die Haut- und Haarpflege sowie im Garten.

Alphabetisch geordnet, gibt Simonsohn unzählige Tipps und Tricks. Wer hätte gedacht, dass die Brennnessel nicht nur bei Blasenschwäche hilft, sondern auch gegen Heuschnupfen. Gesichtsmasken und Haarpflege lassen sich ebenso wie Tee oder Jauche aus dem Gartenunkraut herstellen. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Barbara Simonsohn: „Brennnessel. Das Wunderkraut für Gesundheit, Küche und Schönheit. 101 Anwendungen und Rezepte“, Mankau Verlag, Murnau 2022, broschiert, 158 Seiten, 12 Euro

MEDIZIN

„Größter Kunstfehler aller Zeiten“

Jens Berger übt scharfe Kritik an den getroffenen Corona-Maßnahmen und deren Folgen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Eine Therapie sollte keinesfalls mehr Schaden anrichten als die zu heilende Krankheit. Dieses banale Prinzip wurde während der Corona-Pandemie auf sträflichste Weise vernachlässigt. Insofern ist es durchaus berechtigt, hier vom größten Kunstfehler aller Zeiten zu sprechen. So lautet auch die Hauptthese des Journalisten und Sachbuchautors Jens Berger in „Schwarzbuch Corona. Zwischenbilanz der vermeidbaren Schäden und tolerierten Opfer“. Dabei übt der Verfasser keine Fundamentalkritik am Versuch der Eindämmung des Virus SARS-CoV-2. Vielmehr beklagt er das fehlende Augenmaß bei den politisch Verantwortlichen, die angeblich das Wohl der Bürger im Auge hatten, aber vielfach jegliche nüchterne Interessenabwägung unterließen.

Am Anfang seines Buches stellt Berger zunächst die Frage, inwieweit die Angst vor Corona eigentlich berechtigt gewesen sei. Seine diesbezügliche Antwort lautet, dass es sich bei COVID-19 um „eine extrem selektive Krankheit“ handele – gefährlich vorwiegend nur für Hochbetagte mit Vorerkrankungen, die aber trotzdem oft nicht „an“ oder „durch“, sondern „mit Corona“ starben.

In diesem Zusammenhang verweist Berger auf weitere, deutlich weniger stark dramatisierte Lebensrisiken, die ebenfalls zu einem vorzeitigen Tod führen können. Beispielsweise verkürzen Fettleibigkeit, Bluthochdruck und Diabetes das Leben im Regelfall um mehr als zehn Jahre. Ebenso erliegen in der Bundesrepublik pro Jahr 127.000 Menschen den Folgen ihres Tabakkonsums und weitere 74.000 dem Alkoholmissbrauch, ohne dass die gesamt-

te Gesellschaft deswegen in einen dauerhaften Alarmzustand versetzt wird. Dazu kommen bis zu 40.000 Tote aufgrund von multiresistenten Keimen in Krankenhäusern. Und nicht zu vergessen auch die Opfer der teilweise verheerenden Grippe-Wellen mancher Jahre, welche bislang aber noch nie zur Ausrufung einer „Epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ geführt haben.

Wieso werden diese Risiken samt und sonders unter den Teppich gekehrt, während eine zumeist mit gar keinen oder nur leichten Symptomen einhergehende „Infektion“ zu derart einschneidenden Maßnahmen führte?

Hybris der Politiker zerstörte Existenzen

Im zweiten Teil seines Buches diskutiert Berger, ob die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgerufenen Pandemie eher zu einer Krankheitskrise oder Maßnahmenkrise geführt habe. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass es Unfug sei, das Virus für die ökonomischen und sozialen Verwerfungen während der Pandemie verantwortlich zu machen. Denn die Schuld liege hier nicht bei SARS-CoV-2, sondern bei den politischen Entscheidungsträgern mit ihrer blinden Orientierung an den angeblichen „wissenschaftlichen Erkenntnissen“ einer kleinen Panikmacher-Riege von Virologen und Epidemiologen, die dann zur Oktroyierung von scheinbar „alternativen“ Maßnahmen wie Lockdowns und Kontaktsperren führte. Nicht Corona habe also zahllose Existenzen vernichtet und Menschen psychisch geschädigt, sondern die Hybris der Politiker, welche sich mit unsinnigen Verordnungen als Krisenmanager zu profilieren trachteten.

Was das im Einzelnen bedeutete und wer von den Maßnahmen besonders betroffen war, beschreibt Berger in den folgenden Abschnitten seiner Darstellung. Dabei nimmt er vor allem die ruinösen sozioökonomischen Folgen für den ärmeren Teil der Bevölkerung in den Fokus und kommt am Ende zu folgendem Schluss: Corona sei keineswegs ein Gleichmacher gewesen, wie staatstreu Medienschaffende, saturierte Prominente und fehlinformierte Politiker behaupteten, sondern „der große Ungleichmacher“. Es lasse sich sehr leicht von „Solidarität“ schwafeln, wenn man den Lockdown im gut bezahlten Home Office in einem großen Einfamilienhaus mit Garten aussitze anstatt als Arbeitsloser in einer winzigen Plattenbauwohnung ohne Balkon und vernünftiges Internet.

Vulnerable Gruppen zu wenig geschützt

Die Lockdowns betrachtet Berger aber auch sonst als Fehlentscheidungen ersten Ranges. Hier habe der Staat in unkritischer Übernahme chinesischer Methoden und wenig ausgelegener Ratschläge der WHO zum „brachialen Breitschwert“ gegriffen und das „Skalpell“ ignoriert. Das führte dann zu der „vermeidbaren Katastrophe“ des Massensterbens in den Alten- und Pflegeheimen, weil die dort lebende hochvulnerable Personengruppe zu wenig „geschützt“ wurde, während der Rest der Bevölkerung unter völlig übertriebenen „Schutzmaßnahmen“ litt.

Zum Schluss wagt Berger dann auch noch einen Blick in die Zukunft: „Was wird aus den Maßnahmen, wenn deren Begründung wegfällt?“ Hier lautet seine skeptische Einschätzung: „Die omnipräsente Angst-Propaganda hat bei sehr vie-

len unserer Mitmenschen schon lange die Oberhand gewonnen, man hat sich in der Pandemie eingerichtet und empfindet die Maßnahmen als alternativlose politische Reaktion darauf. Die alte Normalität gibt es nicht mehr.“ Darüber hinaus zeigt sich Berger überzeugt, „dass die während der Lockdowns eingeführten Überwachungsmaßnahmen und die Digitalisierung ... nicht mehr rückabgewickelt werden“. Außerdem bleibe „der Riss, der durch unsere Gesellschaft geht“, weil man „Kritiker am Regierungskurs als Spinner wahrgenommen“ habe.

Diesem Fazit, zu dem Berger im Mai 2021 gelangte, kann mit Blick auf die nachfolgende Entwicklung beziehungsweise die verbissene Auseinandersetzung um den Sinn oder Unsinn des Impfens gegen das Coronavirus vollumfänglich zugestimmt werden. Gerade das letztere Thema böte reichlich Stoff für einen Teil Zwei des „Schwarzbuchs Corona“. Zwar ist die Diskussion über die zahllosen Nebenwirkungen der Corona-Vakzine und die haarsträubenden Zulassungsverfahren noch kaum wirklich in Gang gekommen, doch deutet sich bereits jetzt an, dass es hier nicht mehr nur um „Kunstfehler“ aufgrund von voreiligen Entscheidungen gehen wird, sondern um einen gigantischen Medizin-Skandal.

Jens Berger: „Schwarzbuch Corona. Zwischenbilanz der vermeidbaren Schäden und tolerierten Opfer“, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2021, broschiert, 202 Seiten, 18 Euro



LANDESKUNDE

Dokumentar einer großartigen Kulturlandschaft

Ein Nachruf auf Christian Papendick

VON RENÉ NEHRING

Am 14. Mai 2022 verstarb in Hamburg der Architekt, Fotograf, Reisechriftsteller und Maler Christian Papendick. Geboren am 3. September 1926 gehörte er jenen letzten Jahrgängen an, die das alte Ostpreußen noch in seiner vollen Schönheit erleben konnten, bevor es in den Strudeln des Zweiten Weltkriegs, von Flucht und Vertreibung sowie jahrzehntelanger Sowjetherrschaft für immer in der Geschichte versank.

Papendick wuchs auf in einem bildungsbürgerlichen Umfeld, wie es typisch war für das Deutschland der Kaiserzeit und der Weimarer Republik. Seine Tante war die Schriftstellerin Gertrud Papendick, die damals bereits in vielen Artikeln und Kurzgeschichten für Königsberger Zeitungen sowie in Novellen, Liedern und Gedichten ihre Heimat beschrieben hatte, darunter 1925 das „Ostpreußische Reiterlied“. Und über Papendicks elterlicher Wohnung in der Hardenbergstraße lebte der Maler Alfred Partikel, der als Dozent an der Königsberger Kunstakademie wirkte und dem musisch interessierten Nachbarsjungen den Weg in die Malerei und Kunst wies.

Das Erlebnis der Nehrung

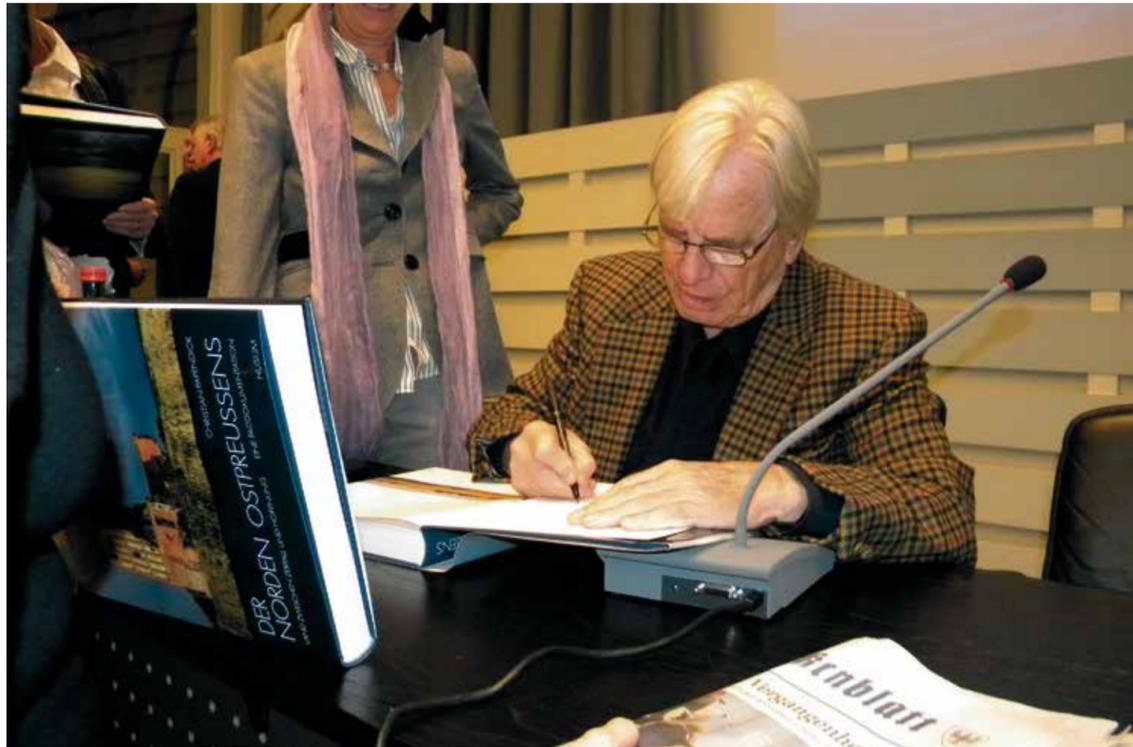
Zum Heranwachsen vieler Bürgerfamilien im Königsberg der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg gehörte die Sommerfrische in den Seebädern der Samlandküste oder in den Fischerdörfern auf der Kurischen Nehrung. Papendick sah die Nehrung erstmals 1940 – und war von einer Sekunde auf die andere begeistert. Für fünf Mark – damals ein kleines Vermögen – erwarb er eine einfache Agfa-Box und fotografierte die Landschaft zwischen Haff und Meer in all ihren Facetten. Was das Erlebnis der Nehrung ihm bedeutete, beschrieb Papendick später so: „Hier entdeckte ich meine künstlerische Ader und begann zu malen und zu zeichnen. Und noch etwas Wichtiges für mein späteres Leben fand ich damals unbewußt – ich lernte sehen!“

Eine noch größere Begeisterung als für die Nehrung selbst empfand der Junge jedoch für die Maler, die damals rund um die Niddener Künstlerkolonie versuchten, die einzigartige Farbpracht der sich ständig verändernden Landschaft auf ihre Zeichenblöcke und Leinwände zu bannen. Neben Partikel und Ernst Mollenhauer war dies vor allem der gebürtige Dresdner Richard Birnstengel, der wie so viele in jener Zeit an das Haff zog – und danach nie wieder von dieser Landschaft loskam. Birnstengel schaute dem Jungen beim Malen zu, erkannte sein Talent und gab ihm hier und da Ratschläge, was er verbessern könne.

Eine „glückliche Fügung“ – so nannte es Papendick später wörtlich – wollte es, dass er nach Erreichen des Abiturs im Sommer 1944 zunächst nicht zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Das gab ihm die Gelegenheit, ein letztes Mal auf die Nehrung zu ziehen, alles in sich aufzusaugen – und vieles mit seiner Agfa festzuhalten. „Es war ein irrer Sommer“, so Papendick Jahrzehnte später, „die Ostfront bewegte sich unaufhaltsam auf uns zu, so dass es nur noch eine Frage der Zeit war, bis der Krieg über uns kommen würde. Um so begierlicher saugte ich alles in mir auf.“

Neuanfang im Westen

Nach dem Krieg und dem Verlust der Heimat fand die versprengte Familie in Norddeutschland wieder zusammen, zunächst in Lüneburg, später in Hamburg. Mit dem Verkauf von selbst gemalten Aquarellen



Gefragter Autor: Christian Papendick bei der Vorstellung seines Buches über das nördliche Ostpreußen

Foto: PAZ-Archiv

nordwestdeutscher Landschaften trug der junge Ostpreuße zum Lebensunterhalt der Familie in der Fremde bei.

Der Anblick der zerstörten Elbmetropole brachte Papendick auf die Idee, Architektur zu studieren, was er denn auch von 1949 bis 1954 an der Hamburger Hochschule für Bildende Künste tat. Anschließend arbeitete er bei seinem Diplomvater Werner Hebebrand in dessen Büro für Wiederaufbau bei dem zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehörenden Wohnungsbaunehmen „Neue Heimat“. In dieser Zeit heiratete er auch seine Frau Lisa, die er selbst nur „Biene“ nannte, und die bis zu ihrem Tod vor wenigen Jahren mehr als sechs Jahrzehnte seine engste Gefährtin war.

Von 1960 an war Papendick als freischaffender Architekt tätig, seit 1987 auch als Garten- und Landschaftsarchitekt. Unzählige Eigenheime baute oder gestaltete er im Laufe seines Berufslebens von innen, letzteres unter anderem für Altkanzler Helmut Schmidt.

Das Erlebnis der Kurischen Nehrung freilich blieb ihm in all den Jahren stets präsent: „Immer zog es mich auf Reisen in kleine Fischerhäfen, in denen ich malte und zeichnete, und immer waren es die Farben der Kurischen Nehrung, die unwillkürlich auf das Papier kamen“, erinnert sich Papendick in einem seiner Bücher.

Wiederentdeckung der Heimat

Wiedersehen konnte er die geliebte Landschaft der Kindheit, die nach dem Kriege hinter dem „Eisernen Vorhang“ lag, freilich erst fast ein halbes Jahrhundert später, zu Beginn der 90er Jahre. Der Eindruck, den die Nehrung auf ihn machte, war noch immer überwältigend. Wie ein Schwamm saugte er wieder alles auf, was er sah, und wie ein Besessener fotografierte er alles, was ihm vor die Kamera kam: den morbiden Charme der alten Fischerhäuser, die Gräber aus längst versunkenen Zeiten auf dem Niddener Friedhof und immer wieder auch die letzten noch auf der Nehrung lebenden Landsleute.

Zusammengefügt wurde alles 1996 in dem im Husum-Verlag verlegten Bildband „Die Kurische Nehrung. Landschaft zwischen Traum und Wirklichkeit“, in den nicht nur aktuelle Aufnahmen einfließen, sondern auch Schnappschüsse des Autors aus seinen Schülertagen. Hinzu kamen historische Aufnahmen anderer legendä-

rer Fotografen wie Paul Isenfels und Fritz Krauskopf. Die begleitenden Texte steuerte sein Schwager Albrecht Leuteritz bei, Bruder von „Biene“ Papendick, Kunsthistoriker und Erziehungswissenschaftler.

Zusammen fanden beide – Papendick und Leuteritz – in den 90er Jahren einen regelrechten Traumjob. Für ein deutsches Reiseunternehmen, das in jener Zeit zahlreiche Studienreisen in das wieder erlebte Ostpreußen organisierte, führten sie Woche für Woche abwechselnd die Gruppen zu den schönsten Orten der Nehrung. So konnten sie – was alle als ein Geschenk empfanden – ganze Sommer über in Nidden verbringen.

Sommertage in Ostpreußen

Zweimal hatte ich selbst die Gelegenheit, Christian Papendick aus reinem Zufall persönlich vor Ort in Ostpreußen zu begegnen. Im Juni 1997, als ich in Königsberg studierte und einer jungen Mitarbeiterin im Büro der Stadtgemeinschaft Königsberg, die gerade angekommen war, einige Sehenswürdigkeiten des nördlichen Ostpreußens zeigte, trafen wir im Fischerdorf Gilge auf der Festlandseite des Kurischen Haffs Papendick und seine Frau in dem kleinen Café der russlanddeutschen Leni Ehrlich. Bei einem Kaffee und einer Zigarette erzählte er, den Blick auf den kleinen Gilge-Fluss gerichtet, von seinen Erkundungen. Die Fotos des Tages hatte er da schon geschossen.

Die zweite Begegnung hatte ich im August 2003, als ich mit meiner Frau Gunda und unseren beiden ältesten Kindern, die damals freilich noch ganz klein waren, nach Tagen im Königsberger Gebiet eine Fahrt ins Blaue auf die nördliche Nehrungshälfte unternahm. Ohne ein Quartier gebucht zu haben (jedoch mit Zelt und Schlafsack für den Notfall ausgerüstet), wollten wir uns im Nachfolgebau des früheren Gasthofs Hermann Blode, dem einst legendären Mittelpunkt der Niddener Künstlerkolonie, nach einem Zimmer erkundigen. Diese waren freilich alle ausgebucht. Dafür fanden wir Papendick an der Rezeption stehend, der sich sofort an die Begegnung ein paar Jahre zuvor in Gilge erinnerte. Er empfahl, in der früheren Strandvilla des Malers Carl Knauff nachzufragen, wo wir tatsächlich in einem einfachen, jedoch im Stil der Niddener Künstlerkolonie gehaltenen Schuppen ein einfaches Quartier bekamen.

Unser Glück war, dass in jener Woche Schwager Leuteritz die Studienreisenden führte, sodass uns Papendick mit seiner Frau mit täglich wachsender Freude und Herzlichkeit die schönsten Orte der Nehrung zeigte: neben den längst wieder leuchtenden Fischerhäusern von Nidden, Preil und Perwelk auch den „Bernsteinhafen“ von Schwarzort sowie einige der wüstenähnlichen Dünenlandschaften der Nehrung. Besonders beeindruckend war die Negelsche Düne: zum einen wegen

ihrer majestätischen Größe, zum anderen, weil unter ihr Alt-Negeln verschüttet ist, eines jener Nehrungsdörfer, die vor langer Zeit von den Wanderdünen geschluckt wurden.

An den Abenden saßen wir dann, Schwager Leuteritz hinzustoßend, vor dem Hotel, den Blick auf das wieder einmal in gänzlich neuen Farben schimmernde Haff gerichtet und lauschten Papendicks Erzählungen von einst und heute. Auch Leuteritz und seine Schwester konnten bewegende Geschichten erzählen, war ihr Vater doch Redakteur der SMAD-Zeitung „Tägliche Rundschau“ gewesen, bis er – zusammen mit einem Großteil seiner Kollegen Mitte der 50er Jahre über Nacht in die Sowjetunion deportiert und nie wieder gesehen wurde. Ich selbst wiederum erzählte von den Erlebnissen meines Studiums in Königsberg von 1996 bis 1997. So begegneten sich in diesen Sommertagen und -nächten des Jahres 2003 Geschichten vom alten und neuen Ostpreußen. Der von „Biene“ Papendick ausgesprochene Tost „Prost auf das schöne Nidden“ klingt noch heute in den Ohren.

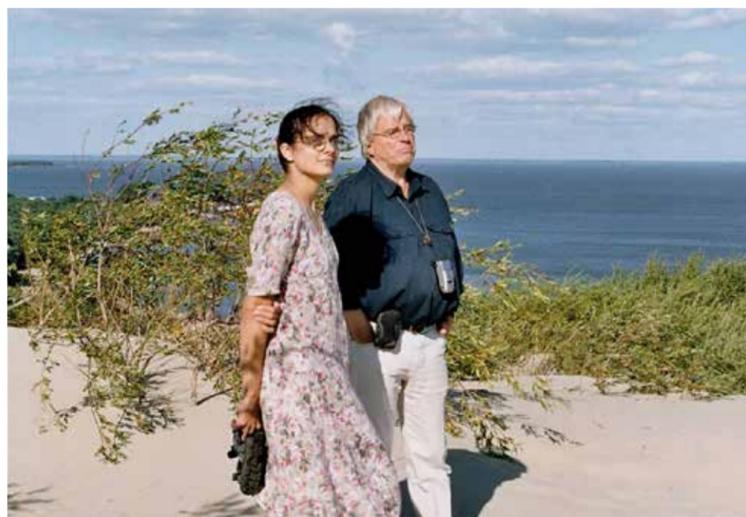
Land zwischen Zerfall und Hoffnung

Man tut Christian Papendick mit Sicherheit kein Unrecht, wenn man ihn einen von der Kurischen Nehrung und dem Norden Ostpreußens Besessenen nennt. Stets war und blieb er fasziniert von den unendlich scheinenden Landschaften und deren ständig wechselnden Farben, fasziniert aber auch von ihren Menschen und deren Geschichten. Und stets hatte er eine Kamera dabei, um ja kein Motiv zu verpassen.

Als Ergebnis dieses unermüden Fotografierens erschien 2009 – wieder bei Husum – der gleichfalls monumentale Bildband „Der Norden Ostpreußens. Land zwischen Zerfall und Hoffnung. Eine Bildokumentation“. Auch hierzu steuerte Schwager Leuteritz die begleitenden Erläuterungen bei, ergänzt um historische Texte der Tante Gertrud Papendick und aktuelle Informationen des Russen Jurij Iwanow. War das Buch über die Nehrung noch eine Liebeserklärung an eine gerade wiederentdeckte Sehnsuchtslandschaft gewesen, so wurde der Bildband über das nördliche Ostpreußen zur traurigen Dokumentation einer sterbenden Kultur. Verstepte Böden, wo einst eine „Kornkammer des Reiches“ war. Verfallene Burgen, die vor Jahrhunderten Mittelpunkte einer der größten Siedlungsleistungen des Abendlandes waren. Und immer wieder die roten Ziegel ruinöser Kirchen, in denen zuvor unzählige Generationen das „Vater unser“ gebetet hatten.

Das Wissen darum, dass viele jener in den 90er und frühen 2000er Jahren noch im Verfall befindlichen Gebäude inzwischen ganz verschwunden sind, lässt den Leser diese Dokumentation heute mit Wehmut in die Hand nehmen. Um so wichtiger die dokumentarische Arbeit von Papendick, für die er 2011 mit dem Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen geehrt wurde. Dass er und sein Schwager es auch einfacher hätten haben können, zeigt der dritte – chronologisch zweite – Band der beiden: „Sylt. Insel zwischen Sturm und Stille“ aus dem Jahre 2005 (ebenfalls bei Husum).

Wer schreibt, der bleibt, weiß ein altes Sprichwort. Und in der Tat sind diese Bände nun, da Christian Papendick für immer seine Augen geschlossen hat, ein großartiges Vermächtnis. Sie sind das Vermächtnis einer einzigartigen Landschaft und ihrer ganz spezifischen Kultur – sowie eines Künstlers, der ganz darin aufgegangen und mit beiden verschmolzen ist.

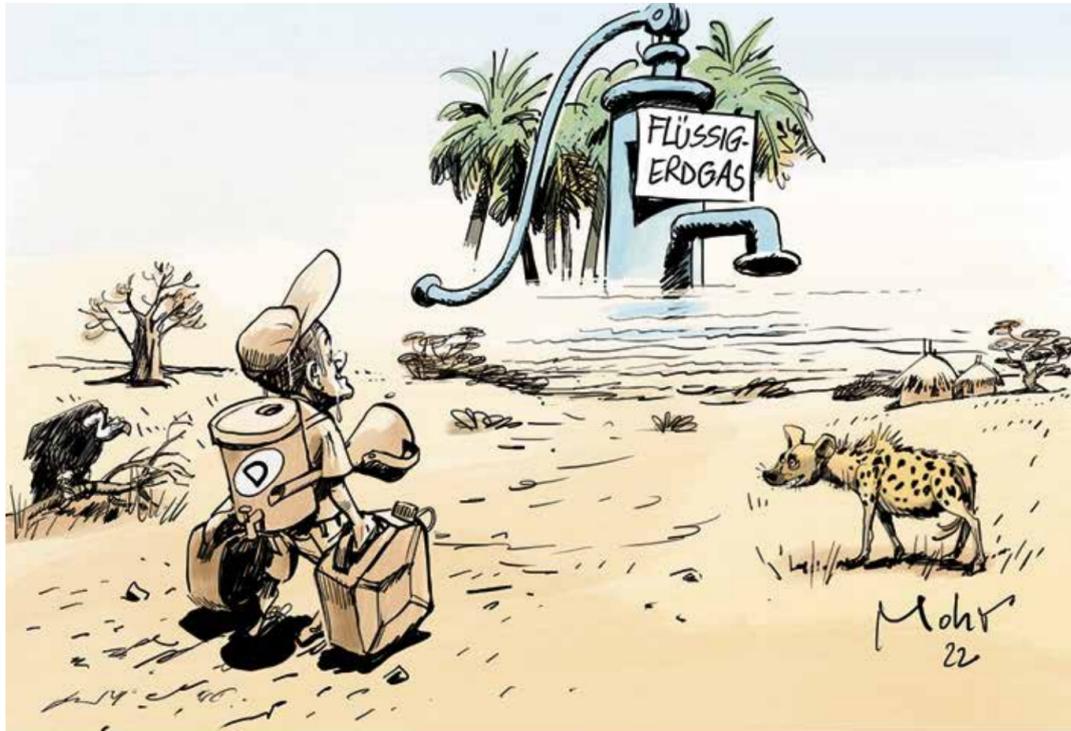


Sommertage im August 2003: Christian Papendick bei einem Streifzug über die Kurische Nehrung

Foto: Nehring

● AUFGESCHNAPPT

Kaum schien die Wahrnehmung des Coronavirus als Bedrohung abzuklingen, tauchte ein neuer Angstmacher auf – die Affenpocken. Große Sorge bereitet einigen Wissenschaftlern allerdings nicht der medizinische Aspekt, sondern die politische Korrektheit. Der Name lasse Rückschlüsse auf Afrika zu, was zu Diskriminierungen führen könnte. Warum gerade Forscher die Existenz von Affen ausschließlich mit Afrika verbinden, sei dahingestellt. Jedenfalls griff die Weltgesundheitsorganisation (WHO) das Ganze sofort auf. Deren Generaldirektor twitterte, man arbeite „mit Partnern und Experten aus der ganzen Welt daran, den Namen des #Affenpockenvirus, seiner Varianten und der von ihm verursachten Krankheit zu ändern“. Inzwischen steht wohl fest, dass vor allem Nagetiere das Virus übertragen, aber um weitere Diskriminierungsklippen zu umgehen, gilt jetzt die Bezeichnung hMPXV A.1 als Favorit. Ein Name, der genau so schnell vergessen sein wird, wie die – bislang so genannten – Affenpocken. E.L.



Suchender, kommst du nach Afrika...

● STIMMEN ZUR ZEIT

Durch den Umgang mit dem Wikileaks-Gründer Julian Assange unterminierte der Westen aufs Äußerste seine Glaubwürdigkeit, warnt Deniz Yücel in der „Welt“ (19. Juni):

„Man kann nicht glaubwürdig Kriegsverbrechen in der Ukraine verurteilen und ahnden, wenn man Verbrechen durch eigene Soldaten deckt und diejenigen verfolgt, die sie aufdecken – wie man auch nicht überzeugend Freiheit für den russischen Oppositionspolitiker Alexander Nawalny fordern kann, wenn man zugleich danach trachtet, Julian Assange für 175 Jahre wegzusperren. Wer nicht über Assange sprechen will, möge zu Nawalny schweigen – und umgekehrt.“

Dieter Farwick, Publizist und Brigadegeneral a.D., lässt auf „conservo.blog“ (20. Juni) eine interessante Beobachtung durchblicken:

„Die ‚unzerbrechliche Freundschaft‘ von China und Russland hat einen Knacks bekommen. Putin ist enttäuscht über die spärlichen Unterstützungen durch China – ein Zeichen seiner (Putins) Selbstüberschätzung. China ist eine Weltmacht, Russland ist lediglich ‚Juniorpartner‘, für den China kein Risiko eingeht. Es hat eigene Sorgen wegen Taiwan und der rigiden Null-Corona-Strategie, unter der die Bevölkerung und die Wirtschaft leiden.“

Eine Hamburger SPD-Politikerin fordert, dass „oben ohne“ in deutschen Freibädern generell erlaubt werde, da unterschiedliche Kleidervorschriften für Frauen und Männer diskriminierend seien. Anabel Schunke ist begeistert, wie sie in der Schweizer „Weltwoche“ (21. Juni) schreibt:

„Der Vorstoß ist Weltklasse. Muslimische Prüderie trifft auf offenerherzige Gleichberechtigung, auf Deutschland 2022. Und das auf ganz engem Raum. Besser kann man nicht demonstrieren, dass man als Gesellschaft entweder bedingungslose Zuwanderung oder westliche Freiheit haben kann. Wetten, dass das nicht zusammenpasst?“

Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), warnte zum „Tag der Industrie“ am 21. Juni in Berlin:

„Massive Abhängigkeiten als Preis für Kostenvorteile ... zu akzeptieren, das war aus heutiger Sicht genauso falsch wie der Verzicht unseres Landes auf eigene hinreichende Investitionen in seine Verteidigungsfähigkeit. Wir haben uns die Feuerwehr gespart, weil wir das Brandrisiko für vernachlässigbar gehalten haben. Jetzt brennt es lichterloh.“

● WORT DER WOCHE

„Die eigene Kultur mit ihren Traditionen und den Alltagsgewohnheiten gilt in Deutschland längst als diskriminierend, wenn nicht gar rassistisch. Heimatbindung wird nur den Eingewanderten zugesprochen.“

Reinhard Mohr in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 21. Juni

DER WOCHENRÜCKBLICK

Auch wieder falsch

Wie der Judenhas nach Kassel kam, und warum sie wohl bald wieder „Kanaken“ sagen

VON HANS HECKEL

Erst vor ein paar Tagen gab der deutsch-israelische Publizist Chaim Noll auf der „Achse des Guten“ sein Erstaunen preis über den Hang der Deutschen, „unbeirrt am Unbrauchbaren“ festzuhalten. Wenn Sie rätseln sollten, was er damit meinen könnte, fragen Sie Claudia Roth. Die hat gerade allerhand Ärger am Hals mit der jüngst eröffneten Kasseler „documenta 15“ wegen ihrer „Unbeirtheit“, mit der sie an einem (mindestens) „unbrauchbaren“ Kunstwerk festhielt. Seit Januar wurde in der deutschen Kulturszene über ein Bild gestritten, das es in sich hat. Das Gemälde der indonesischen Künstlergruppe Taring Padi zeigt einen Juden mit Hut und Schläfenlocken, blutunterlaufenen Augen, Hakennase und haifischartigen Zähne. Am Hut ist das SS-Zeichen zu sehen. Kurzum: Der Jude als das Böse an sich.

Monatelang wollte Kulturstaatsministerin Roth die offen antisemitische Aussage der Künstler aus dem ganz überwiegend muslimischen Inselreich nicht erkennen können und verteidigte das Machwerk gegen jede Kritik. Erst am vergangenen Montag gestand sie ein: „Das ist aus meiner Sicht antisemitische Bildsprache.“ Das Machwerk wurde dann verhüllt, ob es überhaupt noch hängt, wenn Sie diese Zeilen lesen, ist im Moment offen.

Die „documenta“-Leitung wollte eigentlich ein Zeichen gegen den „Neokolonialismus“ setzen und beauftragte das indonesische Künstlerkollektiv Ruangrupa damit, die Ausstellung zu kuratieren, also auszuwählen, was da hin soll. Dabei hätte man in Kassel wissen können, dass Angehörige des Kollektivs schon lange metertief in die Boykottbewegung gegen Israel verstrickt sind.

Das wollte man aber nicht sehen, denn im „woken“, „antikolonialistischen“ Lager hat man sich angewöhnt, die Welt so einzuteilen, dass die Weißen die Bösen sind und alle anderen deren Opfer. In dieser moralischen Klemme kann der weiße „Antikolonialist“ nichts Edleres tun, als dem ewig unterdrückten „globalen Süden eine Stimme zu geben“, wie es in Kassel nun geschah. Wenn dieser „globale Süden“ seine Stimme aber dazu nutzt, übelste Hetze herauszubrüllen, wird es ausgesprochen knifflig. In Kassel hat man sich also dahinein geflüchtet, die Hetze zudecken. Aus strikt „antikolonialistischer“ Sicht ist das aber eigentlich ein Akt reinster

„neokolonialistischer“ Anmaßung, durch die die „strukturelle Diskriminierung“ der Nichtweißen ganz plastisch wird. Also auch wieder falsch? Es ist zum Mäusemelken!

Weil das alles so kompliziert ist, hat die Bundesrepublik eine Antidiskriminierungsbeauftragte. Für diesen Posten wurde nun Ferda Ataman nominiert. Eine gute Wahl, denn die in Stuttgart geborene Tochter türkischer Einwanderer kennt sich mit Diskriminierung bestens aus. So ließ sie verlauten, dass sie es in Ordnung findet, Deutsche als „Kartoffeln“ zu bezeichnen. Ob sie sich selbst dann auch gern als „Kanakin“ titulieren lässt?

Als Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes wäre der altbekannte „Generalverdacht“ gegen bestimmte Gruppen eines ihrer Hauptbeobachtungsobjekte. Auch darin ist sie ein Profi. So äußerte sie am Anfang der Corona-Pandemie, für den Fall einer Überlastung des Gesundheitssystems habe sie „eine Ahnung, welche Bevölkerungsgruppen in Krankenhäusern zuerst behandelt werden, wenn die Beatmungsgeräte knapp werden“.

Sie unterstellte den (deutschen) Ärzten damit, dass sie die Dringlichkeit einer Intensivbehandlung nach rassistischen Kriterien stufeln würden, und stellt die Mediziner damit alle unter „Generalverdacht“. Wie sie darauf kommt? Ach, bei Ataman ist einfach alles „Rasse“, was zählt. So sei es schon rassistisch, wenn ein weißer Deutscher einen anderen Menschen fragt, woher er käme, sagt sie.

Widersprüche und Verrenkungen

Andererseits war sie lange bei der Immigrantinnen-Lobbygruppe „Neue Deutsche Medienmacher“ aktiv, die eine 30-Prozent-Quote für farbige Journalisten und solche aus Einwandererfamilien fordert. Wie soll man (abgesehen von den Farbigen) aber herauskriegen, ob jemand zu der privilegierten Quote-Kaste zählt oder nur ein autochthoner Deutscher ist, wenn man ihn nicht fragen darf, wo seine Wurzeln liegen? Schwierig.

Andererseits: Solche Einwände lassen sich leicht damit abwehren, dass man den Kritiker einfach als Rassisten brandmarkt. Die SPD-Politikerin Sawsan Chebli meint denn auch, dass die Angriffe gegen Ataman und andere, „die Muslime sind oder als solche gelesen werden“, „System“ hätten, also „rassistisch“ motiviert seien. Indes: Mit dieser Masche wollte man schon die Macher des jüdenfeindlichen „documenta“-Bildes rausheulen. Hat nicht richtig funktioniert.

Es scheint da ein hinterhältiges Naturgesetz zu geben, das lautet: Je schlichter und grobschlächtiger eine Ideologie gerät, desto schreiender werden die inneren Widersprüche, die sie hervorbringt. Und umso schräger fallen schließlich die Verrenkungen aus, die man vollführen muss, um das Konstrukt zu rechtfertigen.

Robert Habeck kann ein Lied davon singen. Alles, nur nicht Kernkraft, lautet die schlichte Formel des grünen Ministers. Also will er jetzt auf Kohle und Erdgas setzen, wie er (eingestandenermaßen) zähneknirschend überall eingesteht. Das Knirschen ist dabei wichtig, um die eigene Anhängerschaft zu besänftigen.

Die Verrenkung ist dabei wirklich sehenswert. Habeck erklärt, dass die derzeit noch betriebenen drei Kernkraftwerke nicht in Betrieb bleiben könnten, weil die Brennstäbe nur bis Jahresende hielten. Das habe ich ihm anfangs sogar geglaubt (und hier geschrieben), bis mich fachkundigere Leute eines Besseren belehrten: Die Stäbe hätten eine Brenndauer, die deutlich über das Jahresende hinausreiche, und auch die drei im vergangenen Dezember stillgelegten AKW könnten schnell wieder ans Netz gehen.

Der Minister erweckt hingegen den Eindruck, dass nach dem Dezember dieses Jahres die Kernkraftwerke erst in vielen Jahren wieder betriebsbereit seien, dass da also eine große Lücke entstünde, derweil Gas und Kohle sofort zur Verfügung stünden. In Wahrheit ist es genau umgekehrt: Die AKW sind jetzt verfügbar, während die Gas-Terminals erst noch geplant und gebaut werden müssten und man für die Kohle, die bislang zu mehr als 50 Prozent aus Russland kam, zunächst einmal neue Anbieter finden muss.

Da hat Habeck nicht viel Glück: Ausgerechnet jetzt sind in Kolumbien, von dem er viel Kohle beziehen wollte, seine grünlinken Gesinnungsfreunde an die Macht gekommen, die auch so schnell wie möglich aus der Kohleförderung aussteigen wollen. Könnte eng werden, aber Hauptsache keine AKW mehr.

Plagt Sie angesichts all dessen bereits die Sehnsucht nach einer CDU-Regierung? Dann zum Abschluss noch das hier: Ex-Kanzlerkandidat Armin Laschet twitterte zur Ataman-Nominierung: „Liebe Ferda Ataman, ich gratuliere dir aus vollen Herzen zur Berufung als neue Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung.“ Frau Ataman hat fünf Jahre lang Laschets Reden geschrieben.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de